

NEUE ZEIT

MAI 1980

19

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
— Hauptbibliothek —
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24 305



aus dem Bestand der Bibliothek

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Datum _____ Unterschrift des Leiters _____

35. Jahrestag des großen Sieges



7500-3308
BIBLIOTHEK-BEZ
123 678 190
14159-19

STURMGLOCKEN

DES VOLKSKRIEGES

Jedes Jahr im Mai kehren wir in Gedanken zurück in das Jahr 1945, zum Sieg, verneigen wir uns vor den gefallenen Helden, legen wir Blumen aufs Grab des Unbekannten Soldaten und auf Massengräber. Das Gedenken daran lebt in Büchern, Musik, Malerei, Fotos und Plakaten.

Die Veteranen erinnern sich an Plakate aus jener schweren Zeit, die wie im alten Rußland die Sturmglocken das Volk zum Kampf auf Leben und Tod gegen den Faschismus riefen. Hier einige Reproduktionen.

„Mutter Heimat ruft!“, und wie viele Sowjetmenschen gingen auf diesen Ruf hin freiwillig an die Front.

„Alle Kraft des Hinterlandes für die Front!“ Und die „Schmiede des Sieges“ schickte alles für den Sieg.

Verbrannte Erde, Galgen und Tod hinterließen die Faschisten. Das war Physiognomie der „braunen Pest“.

Der Kreml, ein Soldat und nur die Worte: „Wir halten Moskau!“. Hitler hatte für seine „unbesiegbaren Truppen“ schon die Parade auf dem Roten Platz angesetzt, aber die Schlacht um die Hauptstadt durchkreuzte seinen wahnwitzigen Plan.

Plakate zu jedem Erfolg der Roten Armee. „Grölend in die Offensive, heulend zurück“, „Europa wird frei!“, die Alliierten verjagen die „braune Pest“, und endlich: „Die Rote Armee hat aufgeräumt!“

РОДИНА-МАТЬ ЗОВЕТ!



Diese Plakate sind eine Chronik des Krieges, des Sieges, den die Menschheit jedes Jahr feiert, ...

35 JAHRE DANACH

Stehst Du höher, siehst Du mehr. Daran denkt man, während die Menschheit auf der Treppe der Jahre, die uns von der Zerschlagung des Faschismus und dem Kriegsende in Europa trennen, die 35. Stufe erreicht hat. In der Nacht zum 9. Mai 1945 kapitulierte die Hitlerwehrmacht. Die Welt brach in Jubel aus.

Der Jahrestag des Sieges ist jedoch weniger der Vergangenheit zugewandt. Schon die Tatsache, daß und wie er begangen wird, sagt vieles. Nicht umsonst gibt es in einigen Ländern Politiker, die die Feierlichkeiten anlässlich der Zerschlagung des Faschismus schamhaft abschaffen. Wem zuliebe? Doch nicht etwa zum Gedenken an jene, die ihr Blut für die Befreiung Europas vergossen haben!

Verneigen wir uns im Gedenken an jene, die ihr Leben für die Freiheit, für den Sieg ließen. Ehren wir den, der seinen Beitrag dazu geleistet hat. Tun wir alles, damit das Andenken an den Sieg für immer in unseren Herzen bleibt und auch in den Herzen kommender Generationen. Das ist unsere Pflicht.

Vergessen wir aber nicht: Die von der Welt seit dem Mai 1945 durchlebte Zeit wurde oft nicht zum besten genutzt. Manchmal, um mit deftiger Fehlinformation das Vergangene zu verschleiern, die Menschen die Schrecken des Krieges vergessen zu machen. Zbigniew Brzezinski redet seinen Mitbürgern zu, es sei nicht gar so gefährlich, im Gegenteil nützlich, an die Möglichkeit eines neuen Krieges zu denken. Seine lieben neuen Kollegen in der Mao-Kluft haben schon lange ausgerechnet, wie viele Millionen im Falle dieses Krieges umkommen und wie viele am Leben bleiben. Gemeinsam bereiten sie neue Diversionen und Provokationen gegen den Frieden vor, heizen das Wettrüsten und die Entwicklung immer neuer Massenvernichtungswaffen an.

Wie wenig scheren sich diese Leute um die historischen Erfahrungen der Völker! Aber die Lehren des Krieges sind doch nicht umsonst gewesen. Sie haben uns beigebracht, den Frieden nicht nur zu schätzen, sondern für seine Bewahrung zu kämpfen. Nicht umsonst ist in der Welt von heute eine Massenbewegung gegen den Krieg entstanden, die sich zu einer wahrhaft materiellen Kraft entwickelt hat.

Von der 35. Stufe erkennt man auch anderes: Bei der Verteidigung des Friedens darf es keine Gleichgültigkeit geben, denn die Kräfte des Militarismus haben nicht kapituliert. Sie haben nur die Braunhemden und die SS-Runen abge-

legt. Die Reaktionäre aller Schattierungen wollen die Menschheit an eine Wiederholung des Vergangenen gewöhnen. Vieles wiederholt sich, darunter die abgegriffensten Tricks. Die Story von der „roten Gefahr“ wird von der US-Propaganda heute nicht seltener in Umlauf gesetzt als einst von der Goebbels-Propaganda. Und wie steht es mit der These, um zu wirklicher Abrüstung zu kommen, müsse man sich erst bis an die Zähne bewaffnen? Oder: die Bürger der sozialistischen Staaten warteten nur darauf, von ihren Wohltätern aus dem Westen „befreit“ zu werden?

Eine besonders wichtige Lehre aus dem zweiten Weltkrieg und dem Großen Vaterländischen Krieg des sowjetischen Volkes ist: Der Sozialismus hat zwischen 1941 und 1945 eine so schwere Prüfung bestanden, wie sie noch von keiner anderen sozialen Ordnung bestanden wurde. Die Verteidigung unter so ungünstigen Voraussetzungen aufzunehmen, so viel zu verlieren, ununterbrochen von allen Auguren der westlichen Welt Untergangsprophezeiungen zu hören und dennoch durchzuhalten! Kaum ein Staat wohl dürfte sich finden, der unter solchen Umständen existent geblieben wäre. Die Sowjetunion ist existent. Sie existiert kraft ihres sozialen und geistigen Potentials.

Das sollten die Leute nicht vergessen, denen die Erfolge des Sozialismus nicht gefallen. Die tiefe Treue der sowjetischen Menschen zu den Ideen des Friedens und der Zusammenarbeit wurzelt nicht in der Furcht vor ihren Gegnern, sondern in der Bereitschaft, ihre sozialistischen Errungenschaften wie ihren Augapfel zu hüten. Diese Bereitschaft haben sie mehrmals bewiesen, und die Provokateure sollten keine Hoffnung hegen, daß die Nerven der sowjetischen Menschen versagen. Das sozialistische Weltsystem, entstanden nach dem 2. Weltkrieg, ist eine starke und zuverlässige Stütze des Friedens.

Der Zusammenhang zwischen Sozialismus und Frieden ist tiefgreifend und logisch. Durch den Krieg fand er seinen Ausdruck in der unantastbaren geschichtlichen Aussage, die lautet: Die sozialistische Sowjetunion konnte den Aggressor nicht nur auf ihrem Territorium schlagen, sondern auch den Völkern Europas die Freiheit bringen. Als führende Kraft der Antihitlerkoalition inspirierte die Sowjetunion die Widerstandskämpfer und die nationale Befreiungsbewegung der Völker.

Der 35. Jahrestag der Zerschlagung des Faschismus wird zu einer Zeit begangen, da die Welt denen Einhalt gebieten muß, die leichtsinnig mit der internationalen Sicherheit spielen. Der Imperialismus und seine Helfershelfer vergeifen sich an den Früchten der 35jährigen friedlichen Arbeit Europas und der ganzen Welt. Angesichts dessen wird das Gedenken an den vergangenen Krieg zu einem Mitstreiter im heutigen politischen Kampf, im Kampf für die Erhaltung des Friedens.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 19 MAI 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

35 Jahre danach	1
Appell der Kommunisten an die Völker Europas für Frieden und Abrüstung	5
Aktuell und konstruktiv	6
Auszeichnungen für Friedenskämpfer	7
J. Gudkow — USA. Balanceakt am Rande eines Abgrunds	8
V. Gribatschow — Washingtons „karibische Faust“	9
V. Sidenko — Diplomatisches Windei	10
W. Leonidow — Naher Osten. Vor der „letzten Frist“	10
Josip Broz Tito zum Gedenken	12
M. Podwigin, V. Tschernjowski — DDR. Kein Phänomen mehr	13
J. Botschkarjow — Konferenz in Lagos	15
Notizen ♦ Glossen	16
I. Trofimowa — CSSR. Westlich von Prag	18
L. Besymenski — Berliner Finale (Dokumentarbericht)	20
Pressekonferenz Andrej Gromykos in Paris	26
Gemeinsame Mitteilung über den Besuch Andrej Gromykos in Frankreich	30
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Vor 35 Jahren wurde der Faschismus besiegt. Für diesen großen Sieg ließen Millionen Menschen ihr Leben. Die Feierlichkeiten zum Tag des Sieges gelten nicht nur dem Andenken der Gefallenen, sie sind auch ein Aufruf an alle, den Frieden auf der Welt zu stärken.

Titelbild: Das Monument der Mutter Heimat in Wolgograd

Foto: A. Semeljak

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja PlotschadJ

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Die Völker der Welt begingen den 1. Mai, den Tag der Internationalen Solidarität der Werktätigen im Kampf gegen Imperialismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Massendemonstrationen, Kundgebungen und Versammlungen wurden abgehalten.

Am 17. April beschloß das Komitee des Internationalen Leninpreises „Für Festigung des Völkerfriedens“ die Verleihung der Preise des Jahres 1979. Sie wurden vergeben an: Urho K. Kekkonen, Präsident der Republik Finnland; Le Duan, Generalsekretär des ZK der KP Vietnams; Miguel Otero Silva, Schriftsteller, Öffentlichkeitsarbeiter (Venezuela); Hervé Bazin, Schriftsteller, Öffentlichkeitsarbeiter (Frankreich); Abdul Rahman al-Khamisi, Schriftsteller, Öffentlichkeitsarbeiter (ARÄ) (siehe S. 7).

Leonid Breshnew und Alexej Kossygin übermittelten Urho Kekkonen ihren Glückwunsch anlässlich der Verleihung des Internationalen Leninpreises „Für Festigung des Völkerfriedens“.

Am 6. Mai traf das Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP, der Vorsitzende des Ministerrats der Volksrepublik Polen, Edward Babiuch, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Moskau ein. Er wurde am gleichen Tage von L. I. Breshnew im Kreml empfangen.

Der Generalsekretär des ZK der Jemenitischen Sozialistischen Partei, Ministerpräsident der Volksdemokratischen Republik Jemen, Ali Nasir Muhammad, wurde zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Volksrats gewählt. Aus diesem Anlaß übermittelte L. I. Breshnew Ali Nasir Muhammad ein Glückwunschschreiben.

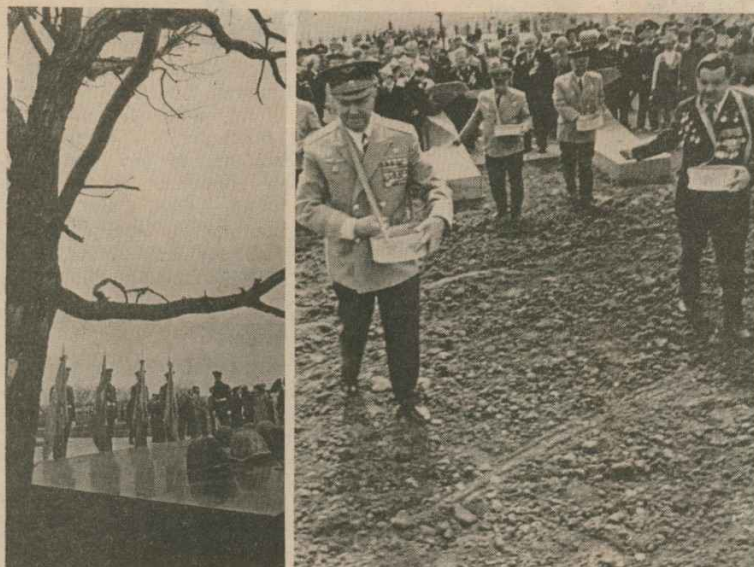
Am 5. Mai trafen Andrej Kirilenko und Boris Ponomarew mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der Jemenitischen Sozialistischen Partei und Sekretär des ZK der JSP Ali Baazib zusammen.

Das Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas in Paris am 28. und 29. April faßte einen „Appell der Kommunisten an die Völker Europas für Frieden und Abrüstung“ (siehe S. 5).

Am 4. Mai verstarb der Präsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, der Vorsitzende des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, Josip Broz Tito. Das ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR sprachen den Führungsorganen Jugoslawiens, den Kommunisten und allen Werktätigen ihr tiefes Beileid anlässlich des Ablebens Josip Broz Titos aus. Leonid Breshnew

„NEUE ZEIT“

19 80



Am 3. Mai fand in Wolgograd auf dem berühmten Mamajew-Hügel die feierliche Eröffnung der unionsweiten Gedenkwatch anlässlich des 35. Jahrestages des Sieges des sowjetischen Volkes über den Hitlerfaschismus statt. Auf dem Feld der Gefallenen bei Wolgograd, wo in den Kriegstagen heftige Kämpfe tobten, wurde ein Denkmal eingeweiht. Auf dem Feld der Gefallenen wurde Weizen ausgesät. Die ersten Sämlinge waren berühmte Helden der Schlacht bei Stalingrad.

Fotos: A. Semljanitschenko

und andere führende Persönlichkeiten der KPdSU und des Sowjetstaates suchten am 6. Mai die Botschaft der SFRJ in Moskau auf. Sie ehrten mit einer Schweigeminute das Andenken Josip Broz Tifos und trugen sich in das Kondolenzbuch ein.

Das vietnamesische Volk beging am 30. April den 5. Jahrestag der Befreiung des Südens des Landes von den amerikanischen Interventionen und den südvietnamesischen Marionetten Washingtons.

Am 29. April schloß in Genf der erste Teil der Sitzung des Abrüstungsausschusses 1980. Zum ersten Mal nahmen alle Nuklearstaaten daran teil. Der Ausschluß faßte mehrere Beschlüsse, die zu einem Fortschritt bei den Abrüstungsverhandlungen beitragen werden. Es wurden Arbeitsgruppen zum Verbot chemischer Waffen, zum Verbot radioaktiver Waffen, zur Festigung der Sicherheit der Nichtnuklearstaaten und zu einem umfassenden Abrüstungsprogramm gebildet.

Am 1. Mai stimmte der UNO-Sicherheitsrat über einen Resolutionsentwurf zur Unterstützung des gerechten Kampfes des palästinensischen Volkes ab. In dem Papier werden erneut die unannehmbaren Rechte der Palästinenser, darunter

das Recht auf Selbstbestimmung, einschließlich des Rechts auf Schaffung eines unabhängigen Staates, betont. Die Resolution stellt ferner fest: Israel muß alle im Juni 1967 okkupierten arabischen Gebiete, einschließlich Jerusalems, räumen. Der Vertreter der USA legte sein Veto gegen den Resolutionsentwurf ein und blockierte ihn damit (siehe S. 10).

Am 28. und 29. April fand in Lagos, der Hauptstadt Nigerias, eine außerordentliche Versammlung der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedsländer zu Wirtschaftsfragen statt (siehe S. 15).

Wie aus einer Mitteilung des Innenministeriums Afghanistans hervorgeht, haben konterrevolutionäre Kräfte in Kabul versucht, durch provokatorische Aktionen unter der Jugend Unruhe zu stiften. Einige aktive Teilnehmer dieser Ausschreitungen wurden verhaftet. Die Untersuchungsergebnisse ergaben, daß die wahren Organisatoren der Unruhen Vaterlandsverräter, CIA-Agenten und Handlanger der chinesischen Chauvinisten sind. Das Innenministerium der Demokratischen Republik Afghanistan appellierte an die Schüler und Studenten, nicht der feindlichen Propaganda anheimzufallen und den Feinden des Volkes nicht zu folgen.

Anfang Mai wurde Schweden von dem größten Arbeitskonflikt in der Nachkriegsgeschichte erfaßt, in den rund 1 Million Werktätige einbezogen sind. Arbeiter und Angestellte staatlicher, kommunaler und Privatbetriebe sowie Institutionen streiken aus Protest gegen die Weigerung der Arbeitgeber, neue Tarifverträge abzuschließen. Die Unternehmer beantworteten das mit einer Massenaussperrung von 750 000 Werktätigen.

Am 28. April wurde in Washington mitgeteilt, Außenminister Vance sei zurückgetreten, weil er mit der in der Nacht zum 25. April vom Präsidenten angeordneten Diversionsaktion in Iran nicht einverstanden war. Der Rücktritt wurde angenommen. Neuer Außenminister wurde Senator Edmund Muskie (siehe S. 8).

Der iranische Außenminister Ghotbzadeh unternahm Ende April/Anfang Mai eine Reise durch verschiedene Erdöl-länder des Nahen Ostens. Staatsmänner Kuweits, Katars und der Vereinigten Arabischen Emirate versprachen als Zeichen der Solidarität mit Iran, die Förderung des für westliche Länder bestimmten Erdöls zu reduzieren, sofern Iran darum bittet.

Die US-Militäraktion hat in Iran allgemeine Empörung, ihr Mißerfolg stürmische Begeisterung ausgelöst. In Teheran und anderen Städten kam es zu Kundgebungen unter antiamerikanischen Losungen. Ayatollah Khomeini und Präsident Banisadr riefen das Volk auf, alle Kräfte einzusetzen, um mögliche neue Verschwörungen Washingtons zu vereiteln. Die der Linie Ayatollah Khomeinis folgenden Studenten teilten mit, daß ein Teil der amerikanischen Geiseln aus Teheran nach Isfahan, Qum, Yezd, Nejasabad und Täbris verlegt worden sei.

Die Tagung des Europarats, des höchsten EG-Organes, endete in Luxemburg mit einem Mißerfolg. Der Vorsitzende der Tagung, Italiens Ministerpräsident Cossiga, gab auf einer Pressekonferenz zu: Die Führer der westeuropäischen „Neun“ haben zu keinem einzigen innenpolitischen Problem der Gemeinschaft eine Entscheidung getroffen. „Niemand früher habe ich so enttäuschende Ergebnisse erlebt“, erklärte der Vorsitzende der EG-Kommission Jenkins.

Am 28. April beförderte ein kubanisches Flugzeug eine Gruppe der illegalen kolumbianischen Organisation „Bewegung des 19. April“ (M-19), die

vor zwei Monaten die Botschaft der Dominikanischen Republik in Kolumbien besetzt und dort 60 Personen, darunter 14 Botschafter, als Geiseln gehalten hatte, nach Havanna. Im Ergebnis langwieriger Verhandlungen zwischen M-19 und der Regierung Kolumbiens wurde ein Abkommen unterzeichnet, dem zufolge sich die Behörden verpflichten, die Akten der zu unterschiedlichen Haftstrafen verurteilten Aktivisten dieser Bewegung zu überprüfen. Gemäß diesem Abkommen kamen auch die als Geiseln gehaltenen ausländischen Diplomaten nach Kuba. Die übrigen Geiseln wurden bereits in Bogota freigelassen.



Eine internationale Antikriegskundgebung mit Tausenden Teilnehmern fand in Polen auf dem Gelände des ehemaligen faschistischen Konzentrationslagers Auschwitz statt. Sie galt dem 35. Jahrestag der Befreiung der Häftlinge dieses Todeslagers durch die Sowjetarmee. Unser Bild: Kundgebungsteilnehmer beim Niederlegen von Kränzen und Blumen für die Opfer des Faschismus

Foto: CAF—TASS

Am 5. Mai wurde der Ministerpräsident Griechenlands, Konstantinos Karamanlis, in der dritten Abstimmungsrunde des Parlaments zum neuen Landespräsidenten gewählt. Für ihn stimmten 183 von 300 Abgeordneten.

Die Königin der Niederlande, Juliana, hat auf den Thron verzichtet. Neue Königin ist ihre älteste Tochter, Prinzessin Beatrix. Die Krönungszeremonie fand am 30. April statt. An diesem Tag kam es in Amsterdam zu Protestdemonstrationen, um die Aufmerksamkeit auf den Wohnraumangel zu lenken. Die Demonstrationsteilnehmer protestierten ferner gegen die Ausgabe von 100 Millionen Gulden für die Krönungsfeierlichkeiten. Bei einem Versuch, die Demonstration aufzulösen, kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei mehr als 100 Personen verletzt wurden.

Am 27. April fanden im BRD-Bundesland Saar Landtagswahlen statt. Die

CDU mußte dabei empfindliche Verluste einstecken. Sie erhielt 44% der Stimmen gegenüber 49,1% bei den vorigen Wahlen. Von 7,4 auf 6,9% sanken die Stimmen für die FDP. Zum ersten Mal in der Geschichte des Saarlands wurden die Sozialdemokraten zur stärksten Fraktion: Sie erhielten 45,4 gegenüber 41,8% der Stimmen. Die Regierung des Saarlands wird trotzdem nach wie vor von der CDU—FDP gestellt, da die FDP hier im Unterschied zu anderen Bundesländern eine Koalition mit der CDU eingegangen ist.

In El Salvador wurde ein Staatsstreich extremreaktionärer Armeeoffiziere vereitelt. An der Spitze der Verschwörung standen der gestürzte Diktator Carlos Humberto Romero und zwei seiner engsten Berater.

Japans Ministerpräsident Ohira unternahm Anfang Mai eine einwöchige Auslandsreise, bei der er die USA, Mexiko und Kanada besuchte.

Am 2. Mai traf der Präsident Pakistans, General Zia-ul-Haq, zu einem einwöchigen offiziellen Besuch in Peking ein.

Die faschistische Pinochet-Junta untersagte in Chile Demonstrationen und Kundgebungen zum 1. Mai. Am Vorabend des 1. Mai unternahmen Geheimpolizei, Polizei und Armee-Einheiten Razzien in der Hauptstadt und anderen Städten. In Santiago wurden mehr als 500 Personen eingekerkert. Trotz des Verbots kam es in vielen Städten zu Demonstrationen. Die Polizei verhaftete eine große Anzahl der Demonstranten.

In der Hauptstadt Tschads, N'Djamena werden die Kämpfe zwischen den rivalisierenden militärischen und politischen Gruppierungen des Regierungschefs Quedei und des ehemaligen Verteidigungsministers Habre immer heftiger. Die Stadt weist starke Zerstörungen auf und wurde von fast allen friedlichen Bewohnern verlassen.



Einwohner Tschads flüchten über den Grenzfluß Schari in das benachbarte Kamerun

Foto: UPI—TASS

Bereits 35 Jahre sind seit der Zerschlagung des faschistischen Deutschland vergangen. Immer weiter rückt der 2. Weltkrieg in die Geschichte, der für uns sowjetische Bürger der Große Vaterländische Krieg war, der schwerste und grausamste aller Kriege. Ich bin stolz darauf, daß meine Heimat trotz der schweren Verluste und Zerstörungen stark und mächtig aus diesem Krieg hervorging.

Ich möchte mich an meine Kameraden wenden, die Krieg und Gefangenschaft in faschistischen Lagern durchmachen mußten.

Ich bitte sie, sich an den April 1945 zu erinnern, als wir sowjetischen Kriegsgefangenen im Lager Luckenwalde, südlich Berlins, einen bewaffneten Aufstand anführten und danach unseren Lagerkameraden, Polen, Jugoslawen, Franzosen, Engländern, Amerikanern, Norwegern und Italienern, zur Freiheit verhalfen.

Als sich die sowjetischen Truppen Berlin näherten, beschlossen die Faschisten, alle Häftlinge umzubringen. Wir kamen den Harknern jedoch zuvor. In der Nacht zum 16. April 1945 erhob sich das Lager. Die Wachen wurden entwapfnet und festgesetzt. Die sowjetischen Kriegsgefangenen kamen aus dem Untergrund, bewapfneten sich mit Beutegewehren und MGs und marschierten sofort den auf Berlin vorgehenden Truppen der ersten Ukrainischen Front entgegen.

Liebe Kameraden aus der Gefangenschaft! Ihr erinnert Euch bestimmt an die Schrecken des letzten Krieges und der faschistischen Gefangenschaft. Ihr erinnert Euch unserer Solidarität, unserer festen Freundschaft in jener schweren Zeit. Nicht umsonst sagt man, Freunde erkennt man in der Not.

Denkt daran heute, da die Militaristen neue Todeswapfen schmieden, mit einem neuen Krieg drohen.

Wir alle zusammen müssen den Frieden schützen. Nur die gemeinsamen Anstrengungen der Völker können die Imperialisten aufhalten, ihre üblen Vorhaben zunichte machen und den Krieg verhindern.

G. KOLPASCHNIKOW
Arbeiter des Waggonausbesserungswerks „Woitowitsch“,
Moskau

APPELL DER KOMMUNISTEN AN DIE VÖLKER EUROPAS FÜR FRIEDEN UND ABRÜSTUNG

Die sinnlose Beschleunigung des Rüstungswettlaufs ruft eure Beunruhigung hervor.

Völker Europas, ihr habt Grund zur Wachsamkeit.

Die Mittel der Zerstörung und des Todes, die auf unserem so dicht besiedelten Kontinent angehäuft oder auf ihn gerichtet sind, beschwören eine große Gefahr für unser aller Zukunft herauf. Ihr wißt auch, daß dies ungeheure Vergeudung bedeutet und daß die für die Befriedigung der tagtäglichen Bedürfnisse und für die weitere Entwicklung der Völker Europas unentbehrlichen Mittel verschwendet werden. Ihr seht, welcher großen Schaden die in letzter Zeit entfesselte Kampagne der Kriegspsychose, die die Welt erneut in den Strudel des kalten Krieges ziehen soll, der Sache des Friedens und der Entspannung, des gegenseitigen Vertrauens und der internationalen Zusammenarbeit zufügt.

Trotzdem sollen mitten in Europa neue Kernwaffenarsenale angelegt, die Erfolge der Entspannung zu nichts gemacht werden. Schon unterzeichnete Abkommen werden offen unterhöhlt, Verhandlungen und bereits bestehende ökonomische, kulturelle, sportliche und zwischenmenschliche Beziehungen unterbrochen.

Die Völker unseres Kontinents haben die Erkenntnis über den Wert des Friedens, der Freundschaft, der ehrlichen und dauerhaften Zusammenarbeit teuer erkaufte. Der 35. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus führt erneut vor Augen, in welchem hohem Maße der Frieden ein grundlegendes Menschenrecht, ein für die Menschen unerläßlicher Wert ist.

Wir alle, die wir unser Leben in den verschiedenen Ländern Europas gestalten, können durch die Fortsetzung der gegenwärtigen gefährlichen Eskalation alles verlieren. Wir müssen schon den Gedanken an die Verwüstung dieser Region, deren beträchtliches Bevölkerungspotential für die ganze Menschheit notwendig ist, zurückweisen und ihren kulturellen und historischen Reichtum —

Bestandteil der Menschheitsgeschichte — schützen.

Wer auch immer wir sind, wo in Europa wir auch immer leben, wir haben alles zu gewinnen bei der Suche nach abgestimmten Lösungen der bestehenden Probleme. Wir haben alles zu gewinnen durch die Reduzierung der Rüstungen und Streitkräfte, durch Fortschritte der Entspannung in Übereinstimmung mit den Erfordernissen einer gleichen und garantierten Sicherheit für alle Staaten und Völker.

Die Kräfte, die dies erreichen können, sind vorhanden.

Wir Kommunisten sind für den Frieden. Wir wollen Abrüstung, Zusammenarbeit und Völkerfreundschaft. Deshalb verkünden wir: Der Frieden ist unsere gemeinsame Sache, und nur unsere gemeinsame Tätigkeit kann seinen Sieg sichern.

Wir wollen gemeinsam

— darauf hinwirken, daß der NATO-Beschluß über die Produktion und die Stationierung neuer USA-Raketen in Europa annulliert bzw. seine Verwirklichung tatsächlich ausgesetzt wird, um unter Bedingungen der Gleichheit und gleichen Sicherheit effektive Verhandlungen über die Frage der Mittelstreckenraketen zu beginnen;

— für die möglichst schnelle Ratifizierung des SALT-II-Vertrages und die Fortführung von Verhandlungen wirken, deren Ziel die weitere Reduzierung der strategischen Rüstungen ist;

— für entschiedene Fortschritte bei den Wiener Verhandlungen, für die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen kämpfen und alle Teilmaßnahmen in dieser Richtung unterstützen, einschließlich der Schaffung kernwaffenfreier Zonen auf unserem Kontinent mit der Garantie, daß gegen sie keine Kernwaffen eingesetzt werden;

— für das Treffen über europäische Sicherheit und Zusammenarbeit 1980 in Madrid kämpfen, unser Ziel verfolgen, bei der Verwirklichung aller Festlegungen der Schlußakte von Helsinki durch alle Staaten voranzukommen, in erster Linie die politische Entspannung

durch eine militärische zu untermauern;

— uns für die Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung auf unserem Kontinent nach Warschau einsetzen;

— die praktische Verwirklichung der Festlegungen der UNO-Sondertagung zur Abrüstung fordern;

— darum kämpfen, daß die auf diesem Wege freiwerdenden Mittel für die Erfordernisse der weiteren Entwicklung und den Kampf gegen den Hunger eingesetzt werden. Das stimmt mit den Wünschen der nichtpaktgebundenen Länder und mit den Interessen der ganzen Menschheit überein.

In der Tat: Der Kampf um Abrüstung ist heute eine Aufgabe von höchster Dringlichkeit!

Wir, die Kommunisten aller Länder Europas, sind, wenn es um Frieden und Abrüstung geht, zu jedem Dialog, zu Verhandlungen und gemeinsamen Aktionen, welcher Art auch immer, bereit. Wir wollen, daß sich zu diesem Zweck alle friedliebenden Kräfte vereinen. Welcher Nationalität, Lebensweise und Überzeugung auch immer, wir sagen euch allen, Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Christen und Vertretern anderer Konfessionen:

„Der Frieden ist unser gemeinsames Gut.“

Von diesem Treffen aus bekunden wir unsere Bereitschaft, die Verwirklichung einer offenen Initiative anzustreben, die ein Treffen und einen Dialog auf breiter Grundlage ermöglicht. Wir sind bereit, Konsultationen und einen Meinungsaustausch in für alle annehmbaren Formen mit allen Kräften in Europa zu führen, die entschlossen sind, im Geiste von Helsinki und im Hinblick auf das Madrider Treffen für die Entspannung und die Reduzierung der Rüstungen auf unserem Kontinent zu wirken.

Männer und Frauen guten Willens! Handeln wir gemeinsam in jedem Land und in ganz Europa.

In der Einheit wird die Sache des Fortschritts, des Glücks und des Friedens siegen.

AKTUELL UND KONSTRUKTIV

An dem in Paris auf Initiative der Französischen KP und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei abgehaltenen Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas beteiligten sich mehr als 20 Bruderparteien des Kontinents. Wie die Teilnehmer betonten, war der Meinungsaustausch nützlich und von tiefer Sorge um die Geschicke von Frieden und Menschheit getragen.

Nachstehend die Ansprachen von Vertretern der beiden Parteien, die das Treffen anregten: das Schlußwort Andrzej Werblan, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PVAP, und die Ansprache Maxime Gremetz', Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der FKP, vor französischen und ausländischen Journalisten nach Abschluß des Forums.

Andrzej WERBLAN:

Unser Treffen nähert sich seinem Ende. Wir dürfen heute sagen, daß es nützlich war und in jeder Beziehung gute Resultate gebracht hat.

Das Treffen verlief in einer Atmosphäre von Einheit, freien brüderlichen Konsultationen, im Geiste des proletarischen Internationalismus, unserer marxistisch-leninistischen Ideen, im Geiste der historischen Mission der Kommunisten.

Als Ergebnis der brüderlichen Meinungsaustausche und Konsultationen haben wir ein genaues klassenmäßiges Urteil über die heutige schwierige verwickelte Etappe der internationalen Entwicklung formuliert. Wir verwiesen auf die Quellen und Ursachen der steigenden Spannungen und der Verschlechterung der internationalen Lage. Diese Ursachen liegen in der aggressiven Politik des Imperialismus, der die Verantwortung für die Fortsetzung und Erweiterung des Weltkriegs, für das Anheizen der Kriegsgefahr und die Verletzung der in Helsinki vereinbarten Prinzipien trägt.

Wir alle bekundeten unseren Willen, die Entspannung zu schützen und für Abrüstung zu kämpfen. Wir brachten die tiefe Überzeugung zum Ausdruck, daß es notwendig ist, vor allem die Aufhebung des NATO-Beschlusses über die Produktion und die Stationierung neuer USA-Raketen in Europa anzustreben bzw. zu erreichen, daß dieser Beschluß zunächst nicht realisiert wird, damit unter den Bedingungen der Gleichheit und gleichen Sicherheit effektive Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen eingeleitet werden können, was die Entspannung fördern und zur Herbeiführung positiver Veränderungen in der Weltlage, besonders auf unserem Kontinent, beitragen würde.

Unsere Partei dankt allen Bruderparteien besonders für die Unterstützung des polnischen Vorschlags, eine Konferenz über Fragen der militärischen Entspannung und der Abrüstung in Europa nach Warschau einzuberufen.

Unsere gemeinsamen Konsultationen

waren höchst konstruktiv, und wir sprachen uns einmütig dafür aus, daß sie in neuen Initiativen und Treffen ihre Fortsetzung finden sollen. All das hat seinen Niederschlag in dem Appell gefunden, den wir einmütig gebilligt haben.

Ich möchte noch einmal betonen: Als Organisatoren des Treffens taten die FKP und die PVAP alles, um die Teilnahme aller Bruderparteien Europas am Treffen zu ermöglichen. Auch hier setzten wir im Zuge der Arbeit gemeinsam alles daran, damit sich unserem Appell jene kommunistischen Parteien, die sich nicht am Treffen beteiligten, anschließen könnten. Wir hoffen, daß dies der Fall sein wird.

Wir haben an die breitesten politischen, gesellschaftlichen, religiösen und sonstigen Kräfte appelliert, die am gemeinsamen Kampf für Frieden, Abrüstung, für die Zurückweisung der Kriegsgefahr, für die Verbesserung der Weltlage interessiert sind. Man kann annehmen, daß das Treffen eine gute Grundlage für eine solche Zusammenarbeit geschaffen hat.

Unser Treffen und seine Ergebnisse werden uns helfen, die Pflicht zu erfüllen, sie entsprechen unserer Verantwortung gegenüber der Arbeiterklasse, den Völkern unserer Länder, dem ganzen Kontinent.

Von großer Bedeutung ist, daß unser Appell kurz vor dem Kampf- und Feiertag des Proletariats — dem 1. Mai — veröffentlicht wird, dessen Idee hier, in Paris, als Inbegriff der revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse geboren wurde.

Im Namen der Organisatoren möchte ich allen anwesenden Vertretern der Bruderparteien herzlich für die Zusammenarbeit und für ihren entscheidenden Beitrag zum Erfolg unseres Treffens danken.

Wir wollen unseren Dank vor allem der FKP und ihrer Führung aussprechen, die uns eine so herzliche Gastfreundschaft und ein so gutes Arbeitsklima gesichert haben.

Damit möchte ich das Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien

Europas für Frieden und Abrüstung schließen.

Für weitere Erfolge der Sache des Friedens! Für unsere Zusammenarbeit, für neue Treffen!

Maxime GREMETZ:

Ich bin nicht bevollmächtigt, ein Fazit des Treffens im Namen der teilnehmenden Parteien zu ziehen. Sie werden es wohl selbst tun. Ich habe nur den Auftrag festzustellen, daß dies eine gute, nützliche Begegnung war.

Sie gab uns Gelegenheit zu einer freien Diskussion, einem umfassenden Meinungsaustausch zwischen Vertretern von 22 kommunistischen Parteien. Wir betrachten das als eine flexible, weltoffene und wirksame Form der Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen Parteien.

Unser Treffen hat die Rolle der kommunistischen Parteien im Friedenskampf veranschaulicht. Selbstverständlich äußerten viele Parteien die Besorgnis ihrer Völker über die zugespitzte Weltlage, die aus den Umtrieben des Imperialismus, u. a. den NATO-Beschlüssen resultiert. Die Teilnehmer rufen alle Völker Europas auf, die dringlichen Aufgaben des Schutzes des Friedens in ihre Hand zu nehmen und eine Reduzierung der Rüstungen zu erwirken.

Sie umrissen einige Ziele des Kampfes für die Festigung der politischen und militärischen Entspannung in Europa, für die Einstellung des Rüstungswettlaufs. Wir sind überzeugt, daß sich alle kommunistischen Parteien Europas mit diesen Zielen solidarisieren.

Da der Frieden unser gemeinsames Gut ist, sind wir gewillt, alle Kräfte einzusetzen, damit Maßnahmen zugunsten des Friedens und der Abrüstung getroffen werden, denen alle friedliebenden und demokratischen Kräfte — Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Christen — zustimmen.

So wurde der Vorschlag der KP Finnlands gebilligt, ein für alle Friedenskräfte Europas offenes repräsentatives Treffen durchzuführen und dort allseitig einen weiten Fragenkreis in der Optik der Helsinki-Beschlüsse und des Treffens in Madrid zu besprechen. Das Organisatorische wäre noch zu präzisieren.

Diese Ideen enthält der von unserem Treffen angenommene Appell der Kommunisten für Frieden und Abrüstung, der sich an die Völker der Länder Europas wendet.

Die Teilnehmer werden den Appell in ihren Ländern weit verbreiten und ihn allen kommunistischen Parteien, allen demokratischen und friedliebenden Kräften in Europa sowie internationalen Organisationen zuleiten.



Urho Kaleva
KEKKONEN



LE DUAN



Miguel
OTERO SILVA



Hervé
BAZIN



Abdul Rahman
al-KHAMISI

AUSZEICHNUNGEN FÜR FRIEDENSKÄMPFER

In der weltweiten Bewegung der Friedensfreunde stehen Millionen Menschen unterschiedlicher Nationalität, unterschiedlicher politischer und religiöser Anschauungen. Sie alle einen die hochsinnigen Ideale des Kampfes für Einstellung des Waffrustens, Entspannung, friedliche Koexistenz und freundschaftliche Zusammenarbeit.

Am Vorabend des 1. Mai — des Feiertags der Solidarität der Arbeiter in aller Welt — wurde die Verleihung der internationalen Leninpreise „Für Festigung des Völkerfriedens“ 1979 an fünf hervorragende Staatsmänner, Politiker und Persönlichkeiten bekanntgegeben. Die Entscheidung über die Zuerkennung dieser Preise faßte ein Komitee, dem namhafte Vertreter der sowjetischen und der ausländischen Öffentlichkeit angehören.

Es ist zutiefst symbolisch, daß der vom Präsidium des Obersten Sowjets gestiftete internationale Preis „Für Festigung des Völkerfriedens“ den Namen Lenins trägt, des Begründers der Friedenspolitik des Sozialismus, der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, des furchtlosen Kämpfers gegen imperialistische Aggressionskriege, für eine gerechte, demokratische Welt.

Die neuen Preisträger sind:

Urho Kaleva Kekkonen — Präsident der Republik Finnland, bekannter Vorkämpfer für die Einstellung des Waffrustens, für die Fortsetzung der Bemühungen um Reduzierung der Rüstungen in Europa, gegen die Entwicklung neuer Arten von Massenvernichtungswaffen. Unter seiner Führung trifft Finnland für die eindeutige Realisierung aller Prinzipien und Punkte der Schlußakte der gesamteuropäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit ein. Positiv gewertet wurde auch die Initiative des Präsidenten, Nordeuropa zur kernwaffenfreien Zone zu erklären.

Le Duan — Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei Vietnams, namhafte Persönlichkeit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung. Sein Leben ist untrennbar mit dem heldenhaften Kampf des vietnamesischen Volkes für nationale Befreiung, für den Sieg des Sozialismus in Vietnam verbunden. Le Duan hat einen großen persönlichen Beitrag zur Entwicklung und Durchsetzung des außenpolitischen Kurses der Partei geleistet, der den Bestrebungen des vietnamesischen Volkes nach einem friedlichen und glücklichen Leben in Unabhängigkeit und Freiheit entspricht. Seinen Ausdruck findet dieser Kurs in der Festigung des Bruders und der Solidarität mit der UdSSR und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft, im Ausbau der Verständigung und Zusammenarbeit zwischen den Völkern des asiatischen Kontinents und der ganzen Welt, in der Stärkung der Einheit und Geschlossenheit aller friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte der Erde, in der aktiven Beteiligung Vietnams an der Bewegung der Nichtpaktgebundenen.

Der entschlossene und konsequente Kampf des sozialistischen Vietnam, der von Le Duan geführten Partei der Kommunisten, für Frieden und Völkerfreundschaft, gegen Imperialismus, wird von der fortschrittlichen Weltöffentlichkeit hoch bewertet.

Miguel Otero Silva — hervorragender Schriftsteller und Persönlichkeit des gesellschaftspolitischen Lebens Venezuelas, der leidenschaftlich für den Frieden, für Entspannung und Zusammenarbeit unter den Völkern eintritt. Seine vom Haß gegen soziale Ungerechtigkeit, Faschismus, imperialistische Unterdrückung und Krieg durchdrungenen Werke wurden mit hohen nationalen Preisen gewürdigt und in viele

Sprachen übersetzt.

Miguel Otero Silva kämpfte aufseiten der spanischen Republik gegen den Faschismus. Er war Präsident des Journalistenverbandes und Senator des Nationalkongresses Venezuelas. Zorn erfüllt entlarvt er das faschistische Regime in Chile, die reaktionären Diktaturen der Vasallen des US-Imperialismus in den lateinamerikanischen Ländern.

Hervé Bazin — hervorragender französischer Schriftsteller, ehemaliger Angehöriger der Résistance, aktiver Verfechter der Festigung freundschaftlicher Kontakte zwischen den Schriftstellern verschiedener Länder. Tief zu Herzen ging ihm die Tragödie Chiles, die er in seinem Roman „Feuer verschlingt Feuer“ schilderte. Die den sowjetischen Menschen gut bekannten Bücher Bazins werden in der ganzen Welt gelesen. Die darin enthaltenen Ideale sozialer Gerechtigkeit und der Völkerfreundschaft verteidigt der Schriftsteller auch in seiner gesellschaftlichen Arbeit. Als Mitglied des Nationalbüros der Französischen Friedensbewegung tritt er für die Notwendigkeit der Verankerung der internationalen Entspannung, für den Schutz kultureller Werte ein.

Abdul Rahman al-Khamisi — Schriftsteller aus der ARÄ, Kämpfer für die nationale Befreiung des ägyptischen Volkes von den britischen Kolonialherren, antifaschistischer Publizist während des 2. Weltkriegs, glühender Patriot und Gegner des reaktionären Monarchenregimes in Ägypten. Er unterstützte voll und ganz den antiimperialistischen Kurs Gamal Abdel Nassers und seine Bemühungen um den Ausbau der Freundschaft und Zusammenarbeit Ägyptens mit den friedliebenden Kräften. Abdu Rahman Hamissi leistet viel für den Zusammenschluß der patriotischen Kräfte des Landes, tritt gegen die ägyptisch-israelischen Separatabmachungen unter US-Schirmherrschaft, für die Stärkung der arabischen Einheit auf progressiver antiimperialistischer Basis, für eine gerechte politische Regelung im Nahen Osten ein.



BALANCEAKT AM RANDE EINES ABGRUNDS

Das bewaffnete Abenteuer in Iran und die panische Flucht der „Commandos“ wollten den Amerikanern noch nicht in den Kopf, so sehr waren sie von der Nachricht selbst und von den Ausmaßen der Katastrophe in der Wüste Dasht-e-Kavir über-rumpelt. Die erste Mitteilung wurde im Fernsehen um 1 Uhr in der Nacht zum Sonnabend durchgegeben. Um 7 Uhr früh sprach der Präsident im Fernsehen. Seine Rede war kurz, ihr Sinn dunkel. Eine deprimierende Unruhe ergriff alle.

Noch am selben Sonnabend fand in Washington eine Massendemonstration statt, an der trotz kalter Regenschauer 25 000 teilnahmen. Ursprünglich war sie als Protest gegen das nukleare Wettrüsten gedacht, und er machte sich auch rückhaltlos Luft. Doch nach den Nachrichten jenes Morgens kam die Entrüstung über die Kriegsgefahr hinzu, die durch die Operation der „Commandos“ über Amerika heraufbeschworen wurde.

Terry Knapp, ein Teilnehmer der Demonstration, sagte: „Nach der Invasion in Iran wußte ich, daß mein Platz hier ist. Carters wahnwitzige Aktion zeugt davon, daß er zu allem bereit ist.“

Am Montag wurde vor dem Pentagon unter der Losung „Stoppt die Kriegsmaschinerie!“ demonstriert. Verhaftungen setzten ein, mehr als 300 Personen kamen hinter Gitter.

Die Presse übersah diese Ereignisse geflissentlich, desgleichen das Fernsehen. Das Weiße Haus begann

mit der Behandlung der Wunden, die das klägliche Fiasko hinterlassen hatte.

Irgendwo bei Washington traf sich der Präsident mit 150 Teilnehmern der Militäraktion, dann ging er nach San Antonio, Texas, um den Verwundeten „die Hand zu drücken“. Bei zwei von ihnen mußte davon abgesehen werden, weil sie wegen Verbrennungen in Lebensgefahr schwebten.

Ende April lag der Fall von Saigon genau fünf Jahre zurück. Der diesjährige April hat die Gefahr in bedrohliche Nähe gerückt, daß sich die Geschichte mit dem Kriegsabenteuer wiederholt, das seinerzeit Amerika mit Schmach bedeckte, es spaltete und sich anerkanntermaßen als untaugliches Mittel der Staatspolitik erwies.

William Safire von der „New York Times“ erinnert an die Ähnlichkeit zwischen dem „Herangehen“ Carters 1980 und dem L. B. Johnsons 1964, als dieser die großangelegte USA-Intervention in Südostasien startete, die mit dem großen Debakel endete. Warnend schreibt Safire: „Ebenso wie heute wurden die Schritte zu einer militärischen Lösung damals fast unmerklich getan... Kein einziger davon war ausschlaggebend, aber alle zusammen zogen sie uns in den Morast hinein.“

Kurz vor den Ereignissen, die zur Katastrophe in der iranischen Wüste führten, überreichte eine Delegation methodistischer Würdenträger (diese Kirche zählt in den USA 10 Millionen Anhänger) Carter eine Erklärung, in der er aufgefordert wurde, „nicht denjenigen nachzugeben, die zu einer militärischen Intervention drängen, und keine Schritte zu unternehmen, die zu einem Krieg führen könnten“. Am 24. April erklärte der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige

ge Angelegenheiten in einem Schreiben an den Außenminister, die Zeit sei gekommen, den Kongreß gemäß dem Gesetz über die militärischen Vollmachten in der Iranpolitik zu konsultieren. Völlig ungewöhnlich war eine Konferenz von hohen Beamten des Weißen Hauses, die am 22. April stattfand. Der Grund waren die gleichen Befürchtungen. Wie verlautet, warnte Hendrik Hertzberg, der die Reden des Präsidenten aufsetzt, auf der Konferenz: „Wir gleiten auf einer abschüssigen Bahn zur militärischen Konfrontation hin-ab.“ Stuart Eizenstat, Carters Hauptberater für innenpolitische Fragen, äußerte besorgt, daß die Reaktion der arabischen Staaten auf solche Schritte globale Störungen der Erdöllieferungen nach sich ziehen könnte.

Schließlich stieß Washington auf eindeutigen Widerstand seiner Bündnispartner. Bonn verwies auf die Gefährlichkeit militärischer Maßnahmen. Der stellvertretende Außenminister Großbritanniens sprach von „enormen, unabsehbaren Gefahren, die in der islamischen Welt entstehen könnten, sollte es zu einem Versuch der militärischen Lösung dieses Problems kommen“. Der kanadische Ministerpräsident teilte Brzezinski mit, er sehe nicht, wie eine Militäraktion „uns nützen könnte“.

Das Weiße Haus machte vor eindeutigem Betrug nicht halt, u. zw. sowohl am eigenen Volk als auch an den verbündeten Regierungen. Heute weiß man aber: Der Beschluß zum Eingreifen in Iran wurde am 11. April gefaßt.

In allgemeiner Form wurde dieser Plan am 22. März in Camp David erörtert, wo der Außenminister erste Einwände geltend machte. Am 10. April fuhr Cyrus Vance für 4 Tage zu einem seit langem geplanten Urlaub nach Florida, und die Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates, auf der der endgültige Beschluß gefaßt wurde, fand ohne ihn statt. In der „Washington Post“ lesen wir: „Mehrere Amtspersonen im Staatsdepartement und anderswo fragen sich, ob die Ratsitzung nicht vorsätzlich so arrangiert worden war, damit Vance nicht anwesend war, als Carter den militärischen Plan bestätigte.“

Die Westeuropäer sahen sich in einer besonders mißlichen Lage. In einem Fernsehinterview Carters für Korrespondenten aus Großbritannien, der BRD, aus Italien und Frankreich wurden sie praktisch vor ein Ultimatum gestellt: Entweder sie verhängen Wirtschaftssanktionen über Iran, oder Washington unternehme Militäraktionen im Persischen Golf, was West-



Mit diesen Zeichnungen umrahmt die Zeitschrift „Time“ (USA) einen Beitrag über die Außenpolitik der Regierung Carter.

europa zur Erdölverknappung verurteilt hätte. Wie James Reston schrieb, vereinbarten die Europäer „eine Formel, die Präsident Carter das Gesicht zu wahren und ihnen selbst Kopf und Kragen zu retten erlaubt“. Die EG-Länder schoben die Wirtschaftssanktionen bis Mitte Mai auf, und ein Boykott der iranischen Öllieferungen wurde im Schlußkommuniqué nicht einmal erwähnt. Da aber die grundsätzliche Zustimmung zum Boykott vorlag, erklärte das Weiße Haus, Maßnahmen militärischer Art würden vorläufig ausgesetzt. In den westeuropäischen Hauptstädten fühlte man sich als Friedensstifter. Das sollte nicht lange währen.

Der Präsident pochte auf die nationale Würde, auf die Trauer der Familien der Gefallenen, um sich der Unterstützung zu versichern. Bei weitem nicht alle gewährten ihm. Senator Hatfield sagte: „Das ganze Ding wirkte wie ein Glücksspiel. Das Risiko war weit größer als jede Gewinnchance.“

Das Echo aus Europa war trotz aller Zurückhaltung ebenso vernichtend. Ein hochgestellter Sprecher Bonn: „Die Inkompetenz, die diese Administration auszeichnet, ist unglaublich.“ Ein Sprecher der französischen Regierung: „Ich würde mich viel besser fühlen, wenn Carter vor die Amerikaner getreten wäre und erklärt hätte: ‚Ihr neuer Präsident ist Walter Mondale.‘“ (Mondale ist heute Vizepräsident der USA.)

Aber der stärkste Schlag für die Administration und ihren Kurs war der Rücktritt, den Vance „aus grundsätzlichen Erwägungen“ eingereicht hatte. Diese Demission bedeutet einen offenen Protest gegen die Politik der Konfrontation — einen Protest nunmehr innerhalb der Regierung. Cyrus Vance weigerte sich, den heutigen Kurs mitzumachen und ihn zu verantworten. Die Ernennung von Senator Muskie zum Außenminister soll nach allgemeiner Meinung die Lücke füllen und, wie die „Washington Post“ schreibt, „die Befürchtungen vermindern, daß der Sicherheitsberater Brzezinski, ein Falke, die Hauptfigur in der Außenpolitik der USA wird“.

Indessen schaltete sich der Präsident offen in seine Wahlkampagne ein. Unter Berufung darauf, daß „die Zeiten sich geändert haben“, gab er seinen freiwilligen Weißen-Haus-Arrest auf, den er ursprünglich bis zur Freilassung der Geiseln ausdehnen wollte. Dieses Argument des Präsidenten ist zumindest seltsam, sind doch die amerikanisch-iranischen Beziehungen in eine

WASHINGTONS „KARIBISCHE FAUST“

In Washington bauscht man noch immer die Lesart über die „Präsenz einer sowjetischen Brigade auf Kuba“ auf. Unter diesem Vorwand gründeten sie seinerzeit den Stab des Karibischen Einsatzverbandes der USA in Florida. Darauf erfolgte eine ostentative Truppenlandung in Guantánamo, wo das Pentagon rechtswidrig einen Militärstützpunkt unterhält. Auf Beschluß Washingtons war geplant, die Übung „Solid Shield 80“ in unmittelbarer Nähe Kubas abzuhalten. Amerikanische Mariner sollten zum x-ten Male Guantánamo „im Sturm nehmen“. Demnach wird nicht nur militärischer Druck ausgeübt, sondern auch ein Nervenkrieg geführt.

Im Weißen Haus trauert man der Zeit nach, als das karibische Becken ein Binnensee der USA war. Dazu die „Christian Science Monitor“: „Das Gespenst des neuen Kuba verfolgt Washington, wenn es sieht, wie seine eigene langjährige Hegemonie in der Karibik abbröckelt.“ Der treue Diener und Strohmann der USA Somoza, der 43 Jahre in Nicaragua wütete, ist gestürzt. Auch die Veränderungen, die auf Grenada, Dominica und Saint-Lucia vor sich gehen, mißfallen dem Weißen Haus. Um wenigstens das morsche Regime in El Salvador zu retten, überschüttet Washington es mit großen Waffenpartien. Wie es in einer Erklärung des kubanischen Außenministeriums heißt, richten sich die militärischen Vorbereitungen in diesem Raum sowohl gegen Kuba als auch gegen das salvadorianische Volk in seinem Ringen mit der herrschenden Junta.

Als Carter sein Amt antrat, versprach er, eine neue Ära in den Beziehungen zur Karibik einzuleiten, eine Ära „reifer, gesunder, ... auf

Achtung basierender Beziehungen“, wie ein Assistent des USA-Ministers für interamerikanische Angelegenheiten erläuterte. Diese Worte sind keinen Deut wert. Washington betreibt eine wütende antikubanische Kampagne: Havanna werden die sozialen Veränderungen in der Region, „die Verbreitung des marxistischen Bazillus“ in der Karibik usw. angelastet. In Wirklichkeit bangt Washington um eine Region, an deren Naturreichtümern die USA-Monopole seit Jahren unkontrolliert Raubbau trieben, hat Angst auch vor sozialen Veränderungen in den Ländern der Region und strengt sich deshalb an, die Bewegung der Nichtpaktgebundenheit zu spalten und die Autorität Kubas unter ihren Teilnehmern zu untergraben.

Auf der Kundgebung am 1. Mai in Havanna sagte Fidel Castro, daß Washington auf die geplante Landeoperation in Guantánamo wie auch die geplante Truppenübung verzichtet hat. „Wir haben einen großen Sieg davongetragen“, betonte er, „doch darf dieser Erfolg uns nicht einlullen. Wir müssen wachsam bleiben.“ Die Gefahr einer USA-Aggression bestehe weiter, weshalb es so wichtig sei, die Stärke des kubanischen Volkes zu demonstrieren. Man könne sagen, führte Castro fort, daß wir alle heute die Schlacht für die territoriale Integrität der Heimat gewonnen haben. Im Kampf gegen die Anschläge auf seine Souveränität stütze sich Kuba auf seine Freunde und Verbündeten, vor allem die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder. Darin liege das Unterpfand der Sicherheit und des erfolgreichen Vormarsches Kubas zur neuen Gesellschaft.

V. GRIBATSCHOW

außerordentlich akute Phase eingetreten, so daß sie vielleicht mehr Aufmerksamkeit denn je erfordern. Aber die letzte Runde der Primaries ist wohl entscheidend. Das läßt erneut an Motive denken, von denen man sich im Weißen Haus beim Abenteuer in Iran leiten ließ.

David Broder, der die Wahlkampagne in der „Washington Post“ beleuchtete, zitierte in einem seiner jüngsten Artikel einen Wähler aus Atlanta. Hier ein Auszug aus dessen Brief: „Im Oktober 1979 zeigten öffentliche Umfragen, daß Carter 76% der Befragten gegen sich hatte — das war ein negativer Rekord. Unter Berufung auf humane Erwägungen ließ er den Schah zu uns einreisen, und die Botschaft wurde

besetzt. Die Welt weiß, wie sich das auf Carters Wahlkampagne auswirkte und die negative Einstellung zu ihm in eine positive umschlagen ließ. Jetzt sind laut Umfragen erneut 68% gegen Carter. Welches Risiko wird er nun eingehen, um die öffentliche Meinung umzukehren? Dieser Mann ist wie kein anderer von Politik besessen und kann mühelos jeden seiner Schritte begründen. Es beunruhigt mich tief, wie weit er das Volk unseres Landes bringen kann, um wiedergewählt zu werden.“

Der Brief stammt übrigens vom denkwürdigen 11. April.

J. GUDKOW
Eigenbericht

New York

DIPLOMATISCHES WINDEI

Wie Mark Twain sagte, gackert manches Huhn so laut, als hätte es einen kleinen Planeten gelegt.

Die Presse des Westens erhob ein großes Gackern ob des neuen Eis, das die britische Diplomatie vor kurzem legte. Man hätte glauben können, es handele sich um ein Produkt der britischen außenpolitischen Weisheit. Doch erweist sich, daß die Toryregierung da nur ein diplomatisches Windei ausgebrütet hat. Trotzdem entwickelt London eine fieberhafte Betriebsamkeit in der Hoffnung, die EG-Länder würden sich seines Entwurfs annehmen.

Es geht um einen „Plan zur Neutralisierung Afghanistans“, den der britische Außenminister Lord Carrington unterbreitet hat. Schon die Bezeichnung des Plans, die Fragestellung selbst ist fehlerhaft. Afghanistan gehört nämlich seit langem zu den neutralen, genauer, den nichtpaktgebundenen Staaten und treibt energisch die Politik positiver Neutralität. Als Mitglied der Bewegung der Nichtpaktgebundenen tritt es gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus auf. Die Treue der Regierung Babrak Karmals zu dieser Politik ist in den „Grundprinzipien“ der Demokratischen Republik Afghanistan, die ihr Revolutionsrat vor kurzem angenommen hat, erhärtet worden. Wenn diese Politik aktiver Neutralität und der Status Afghanistans als nichtpaktgebundener Staat auf die Probe gestellt werden, so sind die imperialistischen und reaktionären Kräfte unschädlich zu machen, die ihre Aggression gegen die DRA fortführen.

Der Plan enthält eine vage Andeutung der Anerkennung dieser offensichtlichen Wahrheit. Auf jeden Fall heißt es darin, der Westen müsse „die Verpflichtung übernehmen“, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Afghanistans einzumischen. Allerdings ist das so formuliert, daß man an konstruktivem Gehalt eines solchen Versprechens zweifeln muß. Dieses wird stark dadurch entwertet, daß der Plan mit keinem Wort konkrete Maßnahmen zur vollständigen und garantierten Einstellung jeder, auch bewaffneter Einmischung von außen gegen Regierung und Volk Afghanistans erwähnt.

Dies sei betont: Vollständige und garantierte Einstellung der Einmischung. Anders gesagt, genügt es

nicht, formelle Nichteinmischung und Einhaltung der Neutralität Afghanistans zu verkünden. Es bedarf eines Programms von Maßnahmen, um die Aggression zu unterbinden, die durch Einschleusung von Söldnerbanden verübt wird. Es gilt, die Belieferung dieser Banden mit Waffen einzustellen und die Lager, in denen sie militärisch ausgebildet werden, zu schließen. Es ist notwendig, den eigenen Einfluß auf das benachbarte Pakistan, das Hauptaufmarschgebiet der Aggression, geltend zu machen und seine Führung zum Einstellen der feindlichen, im Grunde aggressiven Aktivitäten gegen die DRA, zu Verhandlungen mit ihr zu veranlassen. Der Carrington-Plan enthält kein Wort über solche konkreten Maßnahmen. Unter diesen Umständen kann die „Neutralisierung“ nur eine Fiktion sein, ein Betrug an der Öffentlichkeit zur Bemäntelung der andauernden Intervention des Imperialismus, des Hegemonismus und der Reaktion gegen Afghanistan. Demnach dürfte klar sein, daß eine solche Verpflichtung nicht viel wert ist.

Doch verlangen die Imperialisten vom afghanischen Volk und von der afghanischen Revolution dafür nichts weniger als den Abzug des begrenzten sowjetischen Truppenkontingents, der von der legitimen afghanischen Regierung gebeten wurde, gerade die imperialistische Aggression und Einmischung zurückweisen zu helfen. Wie kann man ein Gleichheitszeichen setzen zwischen der Teilnahme an einem internationalen Raub und einer gesetzlich erwiesenen Hilfe für das Opfer dieses Raubs?

Die Forderung Carringtons nach dem Abzug der sowjetischen Truppen zu erfüllen, hieße, Afghanistan den Aggressoren auszuliefern und die revolutionären Errungenschaften seines Volkes zu liquidieren. Zweifellos ist die sowjetische Militärhilfe gegenwärtig eine wesentliche Garantie dafür, daß das afghanische Volk die sich auf die einheimische Konterrevolution stützenden äußeren Kräfte zurückweist. Nicht von ungefähr schrieb die Londoner „Sunday Times“ in einem Kommentar zum „Neutralisierungsplan“, der darin vorgesehene „Abzug der Russen“ wäre ein „großer Sieg“ der USA. Daß die USA mit der antiafghanischen Aggression zu tun haben, braucht nicht erst gesagt zu werden.

Wer auf den Abzug der sowjeti-

schen Truppen hofft, während die Aggression andauert und sich die Aggressoren und ihre Handlanger faktisch weigern, konkrete Maßnahmen zur vollen und garantierten Einstellung aller Formen der äußeren Einmischung, darunter auch der bewaffneten, anzunehmen, hat auf Sand gebaut. Projekte, die ohne Rücksicht auf die reale Wirklichkeit, auf objektiv bestehende politische Faktoren gemacht werden, sind aussichtslos. Sehr merkwürdig ist deshalb eine Behauptung der „Nordsee-Zeitung“ (BRD), die solche Vorschläge erst Ende April als den „einzigen konstruktiven Beitrag für die Überwindung der Afghanistan-Krise“ nannte.

Daß die Urheber des Plans die Realität ignorieren, zeigt sich auch darin, daß sie sich über die legitime Regierung Afghanistans hinwegsetzen. Von der „Neutralisierung“ wird so geredet, als wäre eine solche Regierung überhaupt nicht da. Die Urheber des Plans scheinen die ganze historische Epoche der Befreiung der Völker verschlafen zu haben und zu glauben, noch immer „in der guten alten Kolonialzeit“ zu leben. Aber wie sehr sich die Anhänger von Mrs. Thatcher nach dieser Zeit auch zurücksehnen mögen, sie ist für immer vorbei. In Kabul besteht eine souveräne legitime Regierung Afghanistans, und ihre Meinung gibt

NAHER OSTEN

Es naht der 26. Mai, die von Kairo bestimmte „letzte Frist“ für eine Vereinbarung mit Israel über die sogenannte palästinensische Autonomie im Rahmen des Camp-David-Abkommens. Außerdem verschärfen die Behörden Israels die Repressalien gegen die arabische Bevölkerung des Westjordanufers, die sich mit der Okkupation nicht abfinden will. Unter diesen Umständen wird die offizielle ägyptische Propaganda immer nervöser. In politischen Kreisen der ARÄ spricht man ausdrücklich davon, daß Begin nicht der Mann sei, mit dem man sich auf weitere Schritte zum „Frieden“ einigen könne. Offenbar baut Kairo jetzt auf andere Leute aus der herrschenden Spitzenschicht Israels. Wieso?

Die Zeitschrift „New Outlook“ (Tel Aviv) brachte in ihrem Märzheft die Ergebnisse einiger Meinungsforschungen. Der einen zufolge, die die Zeitung „Haaretz“ veranstaltete, sagt Begin Politik nur 25% der Landesbevölkerung zu. Eine andere von der Zeitung „Jerusalem Post“ hat gezeigt, daß der Regierungsblock Likud, falls jetzt Wahlen stattfänden, in der Knesset viele Sitze einbüßen, dagegen der

bei der Erörterung und Verwirklichung beliebiger Pläne zur Normalisierung der Lage den Ausschlag. Die Autoren aller möglichen Vorhaben in bezug auf Afghanistan haben in erster Linie diese Meinung in Betracht zu ziehen. Vom Leben losgelöste Schemata, die einzig und allein von dem Bestreben zeugen, Afghanistan einen fremden Willen aufzuzwingen und Fragen der Souveränität der DRA hinter deren Rücken und über deren Regierung hinweg zu entscheiden, haben keine Chance, auch nur Diskussionsgegenstand zu werden.

Wenn gewisse Leute so tun, als gäbe es keine afghanische Regierung, ist das nicht nur ein Rückfall in das Empire-Denken. Aus der Nähe betrachtet, verrät der Plan eindeutig, daß seine Urheber sich von ihm die Wiederherstellung der alten, volksfeindlichen Zustände in Afghanistan, den erneuten Machtantritt der von der Aprilrevolution hinweggefügten Kräfte und die Ersetzung der jetzigen legitimen Macht in Afghanistan durch Leute erhoffen, die dem Imperialismus jeden Wunsch von den Augen ablesen.

Somit erfüllt der Londoner Plan zur „Neutralisierung“ nicht diesen Zweck, setzt er sich doch über die

wahren Gründe der Situation und über die Gegebenheiten in und um Afghanistan hinweg.

Man soll jedoch nicht denken, Afghanistan und die UdSSR wären gegen die Suche nach politischen Wegen zur Behebung der Spannungen um Afghanistan. Im Gegenteil. Sie suchen nach solchen Wegen tatkräftig.

Eine gute Grundlage für die Normalisierung der Lage um Afghanistan und im Mittleren Osten könnte das von der DRA-Regierung unterbreitete Programm werden, das u. a. vorsieht:

- zweiseitige Verhandlungen mit der Regierung Irans bzw. Pakistans über eine Normalisierung der afghanisch-iranischen bzw. afghanisch-pakistanischen Beziehungen durchzuführen;

- ohne jegliche Bedingungen eine Konferenz zur Normalisierung der Lage in der ganzen Region einzuberufen und einen Pakt über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit der Länder der Region auszuarbeiten;

- Verhandlungen zwischen den Regierungen dieser Länder abzuhalten, u. zw. über eine Senkung

der Militärausgaben, eine Reduzierung von Rüstungen und Streitkräften bei entsprechenden internationalen Sicherheitsgarantien;

- Verhandlungen über Maßnahmen abzuhalten, die die Spannungen sowie die Mißgunst der Massenmedien in den Ländern der Region mindern, eine Atmosphäre von Vertrauen und gegenseitiger Verständigung herbeiführen sollen;

- Konsultationen zwischen den Regierungen der Länder am Indischen Ozean und am Persischen Golf durchzuführen, u. zw. über eine Wiederaufnahme der Verhandlungen, betreffend die Umwandlung des Indischen Ozeans und des Persischen Golfs in eine Friedenszone bei entsprechenden internationalen Garantien und bei der Senkung des Niveaus der militärischen Präsenz.

Vergleicht man diese beiden Vorhaben — den Carrington-Plan und das Programm der afghanischen Regierung —, so wird klar, wer in der Tat die Situation um Afghanistan und im ganzen Mittleren Osten normalisieren will und wer eine Wind- ei-Diplomatie betreibt.

V. SIDENKO

VOR DER „LETZTEN FRIST“

Block unter Führung der Partei der Arbeit mehr Mandate bekommen würde.

Deshalb hat General Weizmann, der Verteidigungsminister, gleich nach den Gesprächen Beginns mit Carter vom April zur Auflösung des Parlaments und zu Wahlen aufgefordert. Er ließ durchblicken, daß er bereit sei, den Wahlkampf mit Begin aufzunehmen und mit dem Führer der Partei der Arbeit, Peres, einen Block zu bilden.

Dieser kritisiert seit einigen Monaten ebenfalls die Regierung Begin nicht nur in innerpolitischen und besonders in Wirtschaftsfragen, sondern auch wegen der Verhandlungen über die palästinensische Autonomie. Er verlangt größere Flexibilität beim politischen Schacher mit Sadat. Natürlich entspricht das den Erwartungen Sadats, dem es, der amerikanischen „Newsweek“ zufolge, wenigstens um ein scheinbares Vorwärtkommen mit der Bereinigung der Palästinafrage zu tun ist.

Sind diese Hoffnungen aber berech-

tigt, wenn man die Situation in der israelischen Führung in Betracht zieht?

Wie das „Journal d'Egypte“ (Kairo) mit Recht feststellt, kann man eine Kontinuität der Politik Israels den besetzten Gebieten gegenüber ohne weiteres erkennen. Als Begin zur Macht kam und seine Annexionspläne bekanntgab, mit denen er ein „Groß-Israel“ anstrebt, wunderte sich niemand im Land. In den zehn Jahren vorher hatte die Partei der Arbeit eigentlich auch eine solche Annexionspolitik mit der Methode betrieben, die Welt vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Kein anderer als Peres vertrat in einer öffentlichen Wahldiskussion vom 17. Mai 1977 mit seinem Rivalen Begin diese Methode. Er sagte: „Es ist besser zu handeln, als Erklärungen abzugeben. In der Tat bauen wir in den besetzten Gebieten viele“ (Siedlungen). Der Chef der damaligen Regierung der Partei der Arbeit, Rabin, sprach folgende in der „Haaretz“ 1976 zitierte Worte: „Keine einzige Siedlung ist ge-

baut worden, um irgendwann wieder abgerissen zu werden.“

Der Korrespondent des „Monde“ in Israel, Amnon Kapeliouk, berichtet, daß schon unter der Regierung der Partei der Arbeit die extremistische Gruppierung „Gush Emunim“, die für einen unbegrenzten israelischen Siedlungsbau und gegen alle Zugeständnisse an die Araber ist, Rückhalt in der damaligen Regierungspartei selbst und sogar den stillschweigenden Beistand einiger Minister, auch Peres', hatte. Der Führer der Partei der Arbeit hat sich wiederholt über die PLO und über die bloße Idee einer Selbstbestimmung der Palästinenser geäußert.

Wir sehen also, daß die Hoffnungen auf eine völlig andere Einstellung Israels zur Palästinafrage auf dem Boden der zionistischen Doktrin gegenstandslos sind. Kairo will aber eigentlich gar keine andere Einstellung, sondern nur, daß die israelischen Partner ihm helfen, seine Politik endloser Zugeständnisse an die Aggressoren zu tarnen.

W. LEONIDOW

Kairo



JOSIP BROZ TITO ZUM GEDENKEN

In Jugoslawien wehen die Staats- und Parteiflaggen auf Halbmast. Das Land trauert. Im 88. Lebensjahr verstarb Josip Broz Tito, ein Mann, dessen Name für immer in die Geschichte eingehen wird.

Josip Broz Tito hat den steinigen Weg des Revolutionärs zurückgelegt. Mit 18 Jahren tritt der Metallarbeiter in die Sozialdemokratische Partei Kroatiens und Sloweniens ein. Bereits zu Beginn des ersten Weltkrieges wird er wegen seiner Antikriegspropaganda von den österreichisch-ungarischen Behörden verhaftet und an die Front geschickt. Es folgen eine schwere Verwundung, Gefangenschaft, Gefangenenerlager in Sibirien, die Flucht, Petrograd, die Beteiligung an einer Demonstration gegen die Provisorische Regierung im Juli 1917, wieder Verhaftung und Verbannung nach dem Uralgebiet.

In Omsk tritt er im Oktober 1917 in die Rote Garde ein, beteiligt sich an der Bekämpfung Koltschaks, leistet gemeinsam mit den Bolschewiki politische Arbeit unter der Bauernschaft. Jahrzehnte später wird der Führer der Kommunisten, aller jugoslawischen Werktätigen, der Mann der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung mit dem Leninorden und danach mit dem Orden der Oktoberrevolution ausgezeichnet. Das hat Symbolgehalt. In der Jugend war Tito Augenzeuge der in Rußland heranreifenden Explosion, des läuternden Oktobergewitters geworden, das der Aufakt zur großen Welterneuerung wurde.

1920 in die Heimat zurückgekehrt, tritt Tito der Kommunistischen Partei Jugoslawiens bei und schließt sich aktiv der revolutionären Arbeiterbewegung an. 1928 ist er Sekretär des Stadtkomitees der KP Jugoslawiens in Zagreb. Im gleichen Jahr wurde er verhaftet und wegen seiner kommunistischen Betätigung zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach der Entlassung setzte er die illegale Parteiarbeit fort. 1934 wird er ins

Politbüro des ZK der KP Jugoslawiens gewählt.

1935—1936 hielt sich Tito in Moskau auf, wo er in der Komintern arbeitete und als Mitglied der Delegation der KP Jugoslawiens am VII. Kongreß der Komintern teilnahm. Ende 1936 kehrte er illegal nach Jugoslawien zurück. Seit 1937 leitete Tito die Kommunistische Partei Jugoslawiens. Im Oktober 1940 wird er auf der 5. jugoslawischen Konferenz der KP zum Generalsekretär des ZK der KP Jugoslawiens gewählt; seit November 1952, nach der Umstrukturierung der Partei in den Bund der Kommunisten Jugoslawiens auf dem VI. Parteitag, wurde er Generalsekretär des BKJ und seit Oktober 1966 sein Vorsitzender. So kurz ein paar Meilensteine der politischen Biographie Josip Broz Titos. Hinter der knappen Aufzählung steht das große Leben eines treuen Sohnes der Völker Jugoslawiens.

Der Name Tito ist mit dem heldenhaften Kampf der jugoslawischen Werktätigen gegen die faschistischen Okkupanten verbunden. Als Oberster Befehlshaber der Volksbefreiungsarmee und der Partisanengruppen Jugoslawiens und seit November 1943 auch als Vorsitzender des Nationalkomitees für die Befreiung Jugoslawiens leitete er diesen Kampf. Die Völker Jugoslawiens verteidigten in harten Kämpfen ihre Freiheit. Seit dem Herbst 1944, als die unmittelbaren gemeinsamen Kampffaktionen der Soldaten der Sowjetarmee und der Volksbefreiungsarmee Jugoslawiens begannen, koordinierte Tito das Vorgehen beider Truppen in den Kämpfen um die Befreiung des Landes und seiner Hauptstadt Belgrad vom gemeinsamen Feind.

Für seine hervorragende Rolle im Volksbefreiungskampf, für Mut und Tapferkeit wurde Tito der Rang eines Marschalls und der Titel Volksheld Jugoslawiens verliehen. Seine großen Verdienste im Kampf gegen das faschistische Deutschland wurden mit dem sowjetischen Siegesorden und dem Suworow-Orden 1. Stufe gewürdigt.

Nach dem Krieg leistete Tito eine große Arbeit zur Organisation des sozialistischen Aufbaus in der SFRJ, wobei er dem Dienst an den Völkern Jugoslawiens alle Kraft und Energie widmete. Als Präsident der SFRJ stand Tito ihrem Präsidium sowie dem Bundesrat vor und war Oberkommandierender der Streitkräfte des Landes. Josip Broz Tito ist Held der Sozialistischen Arbeit Jugoslawiens. 1972 wurde ihm der zweite, 1977 der dritte Orden eines Volkshelden Jugoslawiens verliehen.

Für die Zeitgenossen ist Titos

Name mit dem Kampf für Frieden, Entspannung und friedliche Koexistenz verbunden. Mit Jawaharlal Nehru, Gamal Abdel Nasser u. a. war er Mitbegründer der Nichtpartei-gebundenen-Bewegung. Der Führer des BKJ kämpfte aktiv in den Reihen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung gegen die Kräfte der Reaktion, für die Gewährleistung der Völkersicherheit und den sozialen Fortschritt.

Auf dem XI. Parteitag der jugoslawischen Kommunisten, der Titos letzter Parteitag werden sollte, sagte der Vorsitzende des BKJ und Präsident der SFRJ, in der jetzigen Zeit formiere sich eine neue Welt — eine Welt der Freiheit, des Sozialismus, der demokratischen und gleichberechtigten Beziehungen zwischen Völkern und Menschen.

Für die sowjetischen Menschen ist der Name Genosse Titos auch mit der Festigung unserer Freundschaft verbunden. In der Botschaft der Führung der KPdSU und des Sowjetstaates an die Führer Jugoslawiens, seine Kommunisten und alle Werktätigen heißt es:

„Josip Broz Tito maß der Entwicklung der allseitigen Zusammenarbeit zwischen dem BKJ und der KPdSU, zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion große Bedeutung bei. Seine regelmäßigen Begegnungen mit sowjetischen Staatsmännern trugen zur Festigung der sowjetisch-jugoslawischen Freundschaft bei. In dieser Zeit der Trauer bekräftigten das Zentralkomitee der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR erneut den unerschütterlichen Wunsch der Sowjetunion nach Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zur Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, zum Bund der Kommunisten Jugoslawiens auf der Basis der unerschütterlichen Einhaltung der gemeinsam auf hoher Ebene koordinierten Prinzipien und Vereinbarungen, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen, der Gleichberechtigung, der strikten Achtung der souveränen Rechte, im Geiste gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens.“

Die sowjetischen Menschen teilen die Trauer der Völker Jugoslawiens. Der Name des hervorragenden Staats- und Parteiführers Jugoslawiens, der namhaften Persönlichkeit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, des unermüdbaren Friedenskämpfers wird für immer in unseren Herzen bewahrt sein. Josip Broz Tito gehört zu jenen Revolutionären, deren Andenken die Zeit nicht auslöschen kann.

KEIN PHÄNOMEN MEHR

Von unseren Sonderkorrespondenten
Michail PODWIGIN, Vitali TSCHERNJAWSKI

Wir stehen vor einem zweigeschossigen grauen Haus, wie sie für das alte Berlin typisch waren. Für die Passanten hätte es nichts Besonderes, wäre da nicht die Gedenktafel mit der Aufschrift: „In diesem Gebäude wurde am 8. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation des faschistischen Deutschland unterzeichnet“.

Der historische Akt, bei dem Hitlers „Tausendjähriges Reich“ begraben und der opferreichste und verheerendste Krieg beendet wurde, vollzog sich hier im Saal der Pionierschule in Karlshorst, dem heutigen Museum der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland. In den 14 Räumen findet man Ausstellungstücke aus der Geschichte des 2. Weltkrieges, der antifaschistischen Widerstandsbewegung in Deutschland, dem Kampf deutscher Antifaschisten in sowjetischen Partisaneneinheiten und dem Wirken des Nationalkomitees „Freies Deutschland.“

Kurz vor dem 35. Jahrestag des Sieges über Nazi-Deutschland und der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus hat das Museum besonderen Zustrom: Arbeiter, Angestellte, Schüler, Studenten, Touristen aus vielen Ländern, Soldaten der NVA und der Sowjetarmee.

Wir blättern in dem dicken Gästebuch. Zwei Eintragungen daraus sollen für viele stehen.

„Das Museum hat uns Schüler der 8a der Anton-Saefkow-Oberschule tief beeindruckt. Wir freuen uns, daß die Sowjetarmee den Faschismus besiegt hat, und hoffen, es wird nie wieder einen so schrecklichen Krieg geben.“

Und:

„Wir haben das Museum anlässlich des 35. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus besucht. Die heldenhafte Befreiungsmission der Sowjetsoldaten, die den Hitlerfaschismus zerschlugen, hat einen unauslöschlichen Eindruck auf uns gemacht. Offiziersschüler der OHS „Ernst Thälmann“.“

Von fast einer Million Besuchern,

die das Museum bisher hatte, haben Tausende ähnliches niedergeschrieben.

Sie taten das nicht einfach aus Höflichkeit, um den Mitarbeitern des Museums etwas Freundliches zu sagen: Die Jugendlichen und die Erwachsenen leiteten von Herzen kommende Gefühle. Daraus kann man schließen: In den 35 Jahren seit der Befreiung sind im ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat neue Menschen herangewachsen, die treu zu Sozialismus und Frieden stehen. Ist es nicht erstaunlich, nicht phänomenal, daß in einer historisch so kurzen Zeit im Bewußtsein der Deutschen zwischen Oder und Elbe ein so grundlegender Wandel eingetreten ist?

Rundheraus gesagt, der Nazi-Demagogie waren viele aufgesessen, und die ersten Kriegserfolge der Hitlerwehrmacht waren den einfachen Deutschen zu Kopf gestiegen. Selbst nach den harten Niederlagen im Osten diente der überwiegende Teil Führer und Reich getreulich weiter. Das mag an deutscher Mentalität wie Disziplin und Ordnungssinn oder an Angst vor dem erbarmungslosen faschistischen System gelegen haben, jedenfalls kämpfte die Wehrmacht bis zum letzten Augenblick gegen die angreifende Sowjetarmee.

Zeugnis eines Schriftstellers

Das Tragische an den letzten Monaten, Wochen und Tagen des Krieges war, daß die Deutschen auch da noch heftig, manchmal sogar verzweifelt Widerstand leisteten, schrieb Konstantin Simonow in seinen Tagebüchern. Ihn mußten die sowjetischen Soldaten schonungslos brechen. Die im Westen umgehenden Behauptungen, Berlin hätte viel früher genommen werden können, die Deutschen hätten bei Kriegsende den Russen gar nicht so starken Wider-

stand geleistet, um Berlin sei gar nicht so erbittert gekämpft worden, wie die Russen sagen, sind einfach Lügenmärchen, betont der Schriftsteller. Politiker und Historiker, die sie in die Welt gesetzt haben, wissen sehr wohl, wie es wirklich war, daß die Deutschen im Osten bis zum Schluß Widerstand leisteten, während sie es im Westen vorzogen, sich zu ergeben.

Zur Erhärtung seiner eigenen Beobachtungen zitiert Simonow den sowjetischen Soldaten Konstantin Mamedow, Träger dreier Ruhmesorden: „Die Deutschen verteidigten sich verbissen. Ich kann jedenfalls aus eigener Erfahrung sagen, daß die Kämpfe um so heftiger wurden, je näher wir Berlin kamen. Der Widerstand war verzweifelt. Der Deutsche war ein unglaublich starker Gegner, wie man ihn so schnell kein zweites Mal findet. Das war eine gedrillte, mit Kampftechnik versehene Maschine, die in der Welt einfach nicht ihresgleichen hatte.“

Woher kam damals dieser wütende Widerstand? Aus dem antisowjetischen, antikommunistischen Geist, von dem die faschistische Wehrmacht triefte, antwortete Simonow. Hauptfeind ist der Bolschewismus; hatten die Nazis allen im Reich eingepfiff.

Daraus ist ersichtlich, wie kompliziert die Aufgabe war, mit der die wenigen Kommunisten und Antifaschisten nach der Befreiung konfrontiert waren: diese vom Faschismus geistig verkrüppelte Masse mit-



In diesem Gebäude in Berlin-Karlshorst wurde am 8. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation des faschistischen Deutschland unterzeichnet. Heute ist es Museum.

zureißen, umzuerziehen und für den Sozialismus zu gewinnen.

Das wird nicht vergessen

„Nicht einfach die Frage, die Sie da aufgeworfen haben“, sagte Eva

Bernwald, Sekretär für Agitation in der SED-Kreisleitung Berlin-Lichtenberg, „und nicht mit einem Wort zu beantworten.“

Wir sitzen in ihrem Arbeitszimmer im Haus der Kreisleitung in der Wandlitzstraße.

„Zunächst möchte ich sagen, so sehr sich Hitler und seine Clique auch bemühten, das andere Berlin, die Stadt der Klassenkämpfe des deutschen Proletariats, der Revolution von 1918, der Barrikaden und des Roten Wedding, das antifaschistische Deutschland vergessen zu machen, es gelang nicht. Als die Sowjetarmee gesiegt hatte, konnten die fortschrittlichen, demokratischen Kräfte aufatmen und wir Kommunisten den Kampf um einen sozialistischen Staat auf deutschem Boden aufnehmen. Wenn man heute zurückblickt, erkennt man, was für eine immense politisch-ideologische Arbeit unsere Partei damals geleistet hat. Als zweites denkt man sofort an die sowjetischen Soldaten. Ihre Streitkräfte waren ja in der großen Befreiungsmission und mit humansten Absichten gekommen. Allein in Berlin teilten Soldaten und Offiziere ihre Ration mit der Zivilbevölkerung und retteten dadurch in den ersten Tagen Zehntausende vor dem Hungertod. Nach der Kapitulation wurden Lebensmittel ausgeteilt, die eiligst aus der UdSSR herangeschafft worden waren. Schon ab 15. Mai gab es in Berlin Karten für Brot, Fleisch, Fett und Zucker. Auch an Milch für die Kinder wurde gedacht. Bald bekamen die Berliner Gas, Wasser und Strom.

Am 14. Mai begann der Verkehr auf der ersten U-Bahnlinie, einen Tag zuvor hatte der Berliner Rundfunk die Sendetätigkeit aufgenommen. Das alles in der zerbombten, von tagelangen Straßenkämpfen zerstörten Stadt. So etwas wirkt mehr als alle Worte und wird nicht vergessen.“

Unterbrechen wir hier das Gespräch, um erst einmal etwas zu berichten, was damit direkt in Zusammenhang steht.

Die gute Tat des Generals

In der Hubertusstraße in Lichtenberg, unweit der verkehrsreichen Straße der Befreiung (nach der Befreiungstat der Sowjetarmee so benannt), liegt das Anfang 1900 entstandene Oskar-Ziethen-Krankenhaus. Am 25. April 1945, als in Berlin noch erbittert gekämpft wurde, traf der erste sowjetische Stadtkommandant, Generaloberst Bersarin, hier ein. In den Keller seien 14 Neugeborene in Sicherheit gebracht worden, wurde ihm gemeldet. Ihre Mütter seien umgekommen, und sie müßten hungern. Umgehend ordnete der General an, Milch für sie zu beschaffen und überhaupt alle Kranken mit Essen zu versorgen.

„Als wir davon hörten, fragte un-

sere FDJ-Leitung über die ‚Berliner Zeitung‘ an, wer damals hier geboren wurde“, erzählte uns Margarete Pilz, Parteisekretär des Krankenhauses. „Das sind die Antworten.“

Von den Briefen, die sie uns zeigte, wählten wir einen aus und verabredeten uns mit seiner Verfasserin, der netten Ingrid Schröder.

Es geht ihr nicht schlecht, wenn ihr auch im persönlichen Leben nicht alles geglückt ist. Sie ist geschieden, hat einen 15jährigen Sohn, der Feinoptiker werden möchte. Er wird die Fachschule des Zeiss-Kombinats in Jena besuchen. Sie selbst hat unlängst eine Fachschule für Ökonomie absolviert. Jetzt hat sie eine interessante Beschäftigung und verdient gut. Der SED gehört sie an, weil sie überzeugt ist, so der Gesellschaft, der Republik mehr nützen zu können.

Was ihr die sozialistische Ordnung gebracht hat? Das Recht auf Arbeit, auf eine Tätigkeit, die ihr liegt, und ausgezeichnete Bildungsmöglichkeiten. Das Recht auf Bildung ist aus dem Leben der DDR nicht mehr wegzudenken. Jeder weiß, daß es woanders, z. B. in der BRD, nicht so ist. Ihre Freizeit ist ausgefüllt mit der Kunst: sie liebt Theater und klassische Musik. Auch das verdankt sie dem Sozialismus.

Fundament der Freundschaft

„Wissen Sie, so wie Ingrid Schröder denken die meisten bei uns, die im Jahr der Befreiung geboren sind“, sagt der Kreisvorsitzende der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft von Lichtenberg, Rudolf Ziegenhals. „Und nicht nur die heute 35jährigen, sondern unsere ganze Jugend. Mehr als 50% der Bürger unserer Republik sind nach 1945 geboren.“

Ziegenhals, ein stämmiger grauhaariger Mann mit breiten Arbeiterhänden ist mit uns bei Eva Bernwald.

„Die guten Taten der Sowjetbürger sind sozusagen zum Fundament der Freundschaft zwischen unseren Völkern geworden. Welcher aufrechte Deutsche könnte die Tat des Sowjetsoldaten vergessen, der ein deutsches Kind rettete?“



Wir wissen, was Ziegenhals meint.

20 000 Sowjetsoldaten gaben ihr Leben allein in den Straßenkämpfen in Berlin. Mehr als 5000 sind im Treptower Park beigesetzt. Ein Hügel auf dem Heldenfriedhof, in dem 200 Gefallene ruhen, trägt ein Mausoleum mit der Bronzestatue eines Sowjetsoldaten. Ihm zu Füßen liegt ein zerschlagenes Hakenkreuz. Das Schwert in der Rechten ist gesenkt, mit dem linken Arm drückt er ein kleines Mädchen an die Brust. Der Bildhauer hat eine wahre Begegnung gestaltet.

Jahre später wurde bekannt, woher er seine Eingebung hatte. Am 29. April 1945 rettete der Soldat Nikolai Massolow unter heftigem feindlichem Beschuß ein 3jähriges deutsches Mädchen, dessen Mutter von einer SS-Kugel tödlich getroffen worden war.

Die Humanität der sowjetischen Soldaten gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung, den von Hitler betrogenen einfachen Deutschen weckte bei den Berlinern Dankbarkeit und Sympathie für ihre Befreier, betont Ziegenhals. Nach der Gründung der DDR wurde die deutsch-sowjetische Freundschaft zu einer Volksbewegung. Allein in Lichtenberg hat die DSF 55 000 Mitglieder; das ist praktisch die Hälfte der Einwohner. Und so ist es in ganz Berlin, in der ganzen Republik.

Viel tut der Kreisvorstand, um Wissen über die Sowjetunion und die Erfahrungen des ersten sozialistischen Landes zu vermitteln. Er veranstaltet Treffen mit Angehörigen der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland und bemüht sich, für sie eine ungezwungene herzliche Atmosphäre zu schaffen. Es bestehen auch Kontakte zwischen deutschen und in der DDR lebenden sowjetischen Familien. Diese menschlichen Kontakte sind gleichsam der Amboß, auf dem die feste Freundschaft geschmiedet wird.

Das Volk hat entschieden

„Die DSF leistet eine umfangreiche politisch-ideologische Arbeit“,

„NEUE ZEIT“

19-80

wirft Eva Bernwald ein. „Wir wissen, daß es dabei noch Mängel und Formalistisches gibt und es manchmal an Einfällen fehlt. Aber die Funktionäre tun viel. Mit Erfahrung und Beispiel der Sowjetunion helfen sie uns, dem Bewußtsein der DDR-Bürger die sozialistischen Ideale einzugeben.“

Man glaube ja nicht, daß die politisch-ideologische Arbeit, die Erziehung der Jugendlichen in der DDR keine Mühe machte. Täglich sind wir mit massierter feindlicher Propaganda aus Westfernsehen und westlichem Rundfunk konfrontiert. Hinzu kommen die Besuche von Verwandten und Bekannten aus der BRD und Westberlin. In Berlin sind es im Durchschnitt täglich an die 35 000. Fast jeder agitiert gewollt oder ungewollt für den Kapitalismus. Wir müssen ihrer mündlichen und materiellen Agitation unsere Argumente entgegensetzen, die unvergänglichen Werte unserer Gesellschaft beweisen. Das ist nicht leicht, wie Sie wissen, aber wir arbeiten hartnäckig. Unsere Agitation ist wahr, klar und überzeugend, und deshalb erreichen wir unser Ziel. Wir konzentrieren uns auf das, was jeden berührt: die Liebe zur DDR, zu unserer sozialistischen Heimat, den Stolz auf unsere Leistungen, die aufrichtige Sympathie für die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Bruderländer, kurz, auf sozialistischen Patriotismus und Internationalismus.“

Beim Abschied kommt Eva Bernwald noch einmal auf den Beginn unseres Gespräches zurück:

„Ich sagte, Sie haben eine wichtige, aber komplizierte Frage aufgeworfen, die sich nicht sogleich erschöpfend beantworten läßt. Dennoch hoffe ich, Rudolf Ziegenhals und ich haben Ihnen das Wichtigste gesagt.“

Von unseren Gesprächspartnern bei der Kreisleitung Lichtenberg haben wir das Wichtigste erfahren: Im Osten Deutschlands hat das Volk nach der Befreiung durch die Sowjetarmee den sozialistischen Entwicklungsweg gewählt und bleibt ihm treu.

Berlin

NZ

KOMMENTAR

KONFERENZ IN LAGOS

In den letzten Apriltagen fand in der Hauptstadt Nigerias, Lagos, eine außerordentliche Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer der Organisation der Afrikanischen Einheit statt. Sie galt hauptsächlich der Diskussion von Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas im künftigen Jahrzehnt.

Das sind für Afrika außerordentlich brennende Fragen. In den zwei Jahrzehnten der Unabhängigkeit ist es den afrikanischen Ländern, trotz einzelner Erfolge, insgesamt nicht gelungen, einen wirtschaftlichen Aufschwung zu erzielen. Die Entwicklung verläuft dort langsamer als auf allen anderen Kontinenten. Das jährliche Prokopfeinkommen ist mit 365 Dollar das niedrigste. 45% der erwerbsfähigen Bevölkerung haben keine Arbeit.

Der Hauptgrund für die ökonomische Rückständigkeit der Länder Afrikas liegt darin, daß sie, ungeachtet der erzielten politischen Unabhängigkeit, Objekte einer erbarmungslosen Ausbeutung durch die transnationalen Konzerne bleiben. In einem Referat des OAU-Generalsekretärs an die Versammlung heißt es, sollten diese Tendenzen andauern, drohten den afrikanischen Ländern in den nächsten Jahren eine völlige Wirtschaftskatastrophe und noch stärkere Unterdrückung durch die imperialistischen Staaten.

Die in Lagos versammelten Staats- und Regierungschefs der afrikanischen Länder wollten einen Weg zur Rettung Afrikas vor dieser Gefahr festlegen. In dem beschlossenen konkreten Aktionsplan zur Entwicklung des Kontinents wird hauptsächlich auf die Entwicklung der subregionalen und regionalen Zusammenarbeit im Wirtschaftsbereich gebaut. Ferner wurde ein Protokoll über die Bildung einer Afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft für den gesamten Kontinent beschlossen.

Die Verwirklichung dieser Entscheidungen dürfte nicht leicht werden. Um so mehr, als die Imperialisten zweifellos dafür sorgen werden, sie zu bremsen und ihren Inhalt auszuhöhlen. Die Versammlung in Lagos hat gezeigt, daß sich die Führer der Länder Afrikas trotz aller Differenzen zwischen ihnen über die Notwendigkeit im klaren sind, die politische Unabhängigkeit durch die wirtschaftliche zu ergänzen. Darin sehen sie den Weg zur Beseitigung der Rückständigkeit und Armut ihres Kontinents.

J. BOTSCHKARJOW

TOKIO MELDET...

Lang ist es her, daß die Peking-Führer als ehrpusseligste Entlarver des japanischen Militarismus auftraten. Verstummt sind die Proteste gegen die Aufstockung des japanischen Militärpotentials. Jetzt läßt Peking nichts aus, sich zustimmend zur Stärkung der Militärmacht des Nachbarn zu äußern, und bejammert sogar, daß dort zu wenig für die Rüstung ausgegeben werde.

In einem Gespräch mit einer japanischen Delegation ließ sich der Vorsitzende des Staatsrats der VR China Hua Guofeng darüber aus, die Militärmacht Japans müsse verstärkt werden, insbesondere die Luftwaffe, wobei er gleich nach einer „langfristigen Strategie zum Widerstand gegen die Sowjetunion gemeinsam mit den USA, Japan, den Ländern Westeuropas und Chinas“ rief.

Chinas stellvertretender Verteidigungsminister Su Yu erklärte, Japan könne mehr als bisher für die „Verteidigung“ tun. Der stellvertretende Generalstabschef der chinesischen

Streitkräfte, General Wu Xinquan, der am 29. April in Peking mit einem leitenden Mann der regierenden Liberal-Demokratischen Partei Japans, Y. Nakasone, zusammentraf, forderte überhaupt eine Verdoppelung des japanischen Militärhaushalts.

Tokiater Pressemeldungen zufolge hat sich das Außenministerium eilig von den Äußerungen der chinesischen Führer distanziert und erklärt, Japan brauche keine Hinweise aus Peking. Der gleiche Nakasone wiederholte jedoch nach einem Gespräch mit chinesischen Führern fast buchstäblich deren Worte und verbreitete sich über eine „potentielle sowjetische Bedrohung“, über die nötige Verstärkung der „Selbstverteidigungskräfte“, einschließlich der Luftwaffe auf der nördlichsten japanischen Halbinsel Hokkaido.

Nakasone u. a. Politiker Japans können den chinesischen Generalen durchaus melden, daß ihre Ratschläge befolgt wurden.

N. LOSSINSKI

祝中美人民世代友好
FRIENDSHIP BETWEEN THE
CHINESE PEOPLE AND THE
AMERICAN PEOPLE
GENERATION AFTER
GENERATION



Solche Tücher bieten Andenkenbuden in der chinesischen Stadt Guangzhou (Kanton) feil. Der stellvertretende Ministerpräsident des Staatsrats der VR China Geng Biao erläuterte den wahren Zweck dieses Pekinger Liebesgels mit Washington so: „Im Augenblick sollen die USA uns ruhig schützen ... wenn wir die Zeit gekommen glauben, sagen wir Onkel Sam: Sei fesch, pack dein Bündel.“

Es wäre interessant, von Geng Biao zu erfahren, welche amerikanische Generation ihr „Bündel packen“ wird.

F. JURJEV

GROSSZÜ

Springers deckte eine für die B sie sei von eines Ausfall schen Rüst für die digung“ bed

Was ist pas Bundeswehr ihr Hochrüstung verzichtet? N

Mitte der wenn die A Bundeswehr Flugzeugen abgeschlossen die Rüstungsf brach liegen, die „Welt“.

Sie müßten ihre wehrtechn tätigkeiten ein ins Ausland v der Waffenex länder nicht s nommen wird wären schr beitslosigkeit,

Doch die einen Auswe „die Liberal Rüstungsexpo men. Gegenw Waffen in „n geliefert. Das

MONOLOG EINES GERETTETEN

Also ich wußte ja schon lange, wie das endet. Ich bin kein Politiker und kann nicht sagen, ob wir nach Teheran fliegen sollten oder nicht. Ich bin ein US-Militärpilot, der an diesem Einsatz teilnahm.

Schon im November 1979 haben wir das Ding neben dem ehemaligen Gefängnis von Ford Bragg (Nordkarolina) geprobt. Von oben wurde bestimmt, unsere Gruppe sollte mit sechs Flugzeugen und acht Hubschraubern ausgerüstet werden. Das war ein Fehler. Wir sind ja schließlich eine Großmacht mit Supertechnik. Da hätte man 20 Flugzeuge und 20 Hubschrauber klarmachen müssen. Damit's sicherer wird. Seit bei unseren Zivilmaschinen „Boeing“ und „Douglas“ die Motoren wie Pfennigabsätze abknicken, hatte ich begriffen, daß man bei einer ordentlichen Militäraktion Reservetechnik einplanen muß. Da können

ruhig fünf zusammenknallen und zehn unterwegs abtrudeln, die restlichen kommen an.

Geprobt haben wir unter maximal realen Bedingungen. Die Landetruppen stürmten irgendeine Bretterbude, die unsere Botschaft in Teheran darstellte. Das hat prima geklappt. Nachher ging's dann allerdings daneben. Übrigens fetzt es bei unserer Army immer, wenn sie auf eigenem Gelände oder auf unseren ausländischen Stützpunkten übt. Sind ja schließlich 'ne Großmacht. Verstehen zu kämpfen, was man da auch so von Vietnam usw. reden mag. Auch jetzt ist der Kampfgeist in der Armee genau richtig. Da kannste Gift drauf nehmen.

Wir übten also, und da höre ich doch, daß Präsident Carter verboten hat, den Russen komplizierte Technik zu verkaufen. Als Patriot habe ich das natürlich begrüßt. Aber mit Ein-

schränkung. Ich dachte so bei mir: Unsere Hubschrauber sollten wir ruhig weiter liefern. Wenn der Präsident den Russen schon eins auswaschen wollte, dann hätten die unsere Hubschrauber kriegen müssen.

Wir üben, und da geht gerade die Winterolympiade in Lake Placid los. In den Zeitungen habe ich gelesen, daß die Hälfte der Touristenbusse schlapp machten. Und eine Ordnung hat geherrscht, wie bei 'ner Börsenpanik. Die Sportler haben sie im Zuchthaus einquartiert. Und wir in Ford Bragg krauchen auch um ein Gefängnis 'rum. Solche Zufälle gibt's.

Wir üben. Zwischendurch lese ich in der Zeitung: die streiten sich wegen des Präsidentenvorschlags, Frauen in die Armee aufzunehmen. Na, denke ich, cherchez la femme hat uns grade noch gefehlt. Auf dem Flugzeugträger „Nimitz“, von dem unsere Hubschrauber starten sollten, war mal 'ne Schauspielerin, die uns

„NEUE ZEIT“



Zeich

aufmuntern so bei raus? Jetzt Hubschrauber sind naß gew Dussel hat der drückt und sie besprengt. Als gewußt, daß v A propos, als

Kindergeiseln

In US-Gefängnissen sitzen mehr als 600 mexikanische Kinder als Geiseln. Das berichtete die Kommission für die Rechte der „Chicanos“, der Amerikaner mexikanischer Abstammung. Im 20. Jahrhundert Kindergeiseln im Superland der westlichen Demokratie?

Jahr für Jahr kommen Tausende aus Mexiko zur landwirtschaftlichen Saisonarbeit in die Südstaaten der USA. Die Behörden schließen praktisch die Augen, denn billige Arbeitskräfte werden gebraucht. Ohne Papiere, von der Not getrieben, völlig rechtlos, werden sie von US-Farmern für miese Löhne zu harter Arbeit eingesetzt. Dabei ist das „Agrarwunder“ in der Kalifornischen Wüste laut „Newsweek“ eben diesen Menschen zu verdanken.

Ohne sie stünden viele kleine Fabriken und Handelsbetriebe still.

Um die Mexikaner ständig in Furcht zu halten, macht die US-Polizei immer wieder Razzien und wirft sie ins Gefängnis. Allein in der Haftanstalt von San Diego, so die mexikanische „Excelsior“, sind 60% der Häftlinge Mexikaner.

Ende Februar brachte ein Vorgang in Hebronsville die gesamte mexikanische Bevölkerung der USA auf. Texas-Polizei eröffnete das Feuer auf einen mit 14 Mexikanern besetzten Wagen. Es gab drei Tote, darunter ein 6jähriges Mädchen.

Die Schuldigen blieben straffrei, denn für die US-Rechtsprechung sind mexikanische Arbeiter keine Menschen. Damit sie nicht auf den Gedanken kommen, ihre Rechte zu verteidigen, wurden ihre Kinder als Geiseln eingesperrt.

W. DOLGOW



„Und der sagt noch, wir könnten nicht zusammenarbeiten!“

WENIGER SAUFEN

Arthur Lewis, britischer Parlamentarier, weiß, was zu tun ist: weniger saufen. Im Unterhaus erklang die Frage des Jahrhunderts: Wie steht es in England um den Konsum russischen Wodkas? Der wird nämlich, kriegte Lewis heraus, in der Sowjetunion hergestellt. Wird die britische Wirtschaft nicht ins Wanken geraten, wo doch für dieses aufreizende (rot kann man es ja nicht nennen) Getränk Finanzen aus dem Regierungsfonds für Delegationsempfänge verschleudert werden? Schleichen sich mit diesem Getränk nicht auch die gräßlichen Ideen ein, denen ehrenwerte Parlamentarier dann zum Opfer fallen?

Die Antwort erfolgte am 15. April und ist im offiziellen parlamentarischen Rechenschaftsbuch „Hansard“ festgehalten. Ja, antwortete der Minister für Staatsbeamte Channon, da haben wir was verbockt. Seit Juli 1974 bis heute wurden für diesen greulichen russischen Wodka 619 Pfund Sterling und 80 Pence berappt. Das aber hört auf. Selbst offizielle ausländische Gäste werden sich nun mit britischem Schnaps begnügen müssen!

Hätte man in den fünf Jahren die 619 Pfund und besonders die 80 Pence eingespart, dann stünde es anders um die Wirtschaft und auch um die Politik.

Das Wichtigste aber: Die britischen Gesetzgeber sind endlich dem gefährlichen Einfluß Moskaus entzogen.

W. WJASOW

der Rechten empfiehlt der Regierung, „mit Lieferungen großzügiger zu verfahren“, die „der Stabilität in einer bestimmten Region oder in einem bestimmten Land dienen“ könnten.

Die Verbote werden

übrigens von den bundesdeutschen Waffenexporteuren leicht umgangen. Von einem derartigen „Stabilisierungsversuch“ wußte die BRD-Presse unlängst zu melden: An der Grenze von Honduras und Kostarika zu Nikaragua ver-

suchen Söldnertrupps von insgesamt 3000 Mann unter CIA-Anleitung in diesem Land „Ordnung zu schaffen“. Natürlich mit Waffen made in Germany.

L. SMIRNOWA



I. Gapotschki

brannte, hat der Brandschutz nicht funktioniert. Die „New York Times“ jammert jetzt, alles sei bloß wegen der Feuchtigkeit, des Schuams und des Mangels an Unterleutnants auf den Schiffen schiefgegangen. Schwindel. Schuld war bloß das Weib auf'm Schiff: ist 'n schlechtes Omen.

Wir üben. Die Landetruppen haben schon die ganze Bude in Ford Bragg durchlöchert. Endlich kommt der Befehl: Es geht los. Da höre ich, daß die Flugzeuge von einer Piste bei Kairo aufsteigen sollen. Und da war grade vorher dieser iranische Ex-Schah angekommen. Wieder ein schlechtes Omen.

Das andere wissen Sie: Wir starteten, landeten, krachten zusammen, brannten. Jetzt schreiben die Zeitungen, wenn es windstill gewesen wäre, wären wir wahrscheinlich hingekommen. Quatsch. Wir sind schließlich eine Großmacht mit Supertechnik. Schon allein der Kampfgeist! Wieso da Wind? Der

Dreh ist der, daß der Mond nicht hell genug war.

Dann aber hatten wir echtes Schwein. Als wir uns verkrümelten, sind wir auf dem Weg in die BRD über Westeuropa mit keinem zusammengerasselt. Sonst hätten die in Washington noch geglaubt, unser Ärger mit den Verbündeten sei zu einem militärischen Konflikt geworden. Dann hätte womöglich wieder einer den falschen Knopf gedrückt, und dieses ganze Westeuropa wäre hochgegangen. Wir sind schließlich eine Großmacht, kämpfen können wir...

Jetzt haben sie ausgerechnet, daß unsere Rettungsaktion (die Bezeichnung ist o. k., wir haben uns immerhin gerettet.) 150 Millionen Dollar geschluckt hat. Die sind hin.

In Amerika sind wir jetzt — alle die noch leben — Helden. Ich aber habe ja von Anfang an gewußt, wie das endet, zu viel schlechte Vorzeichen...

Aufgezeichnet von

M. TSCHERNOUSSOW

WESTLICH VON PRAG

Irina TROFIMOWA

Václav Burian lernte ich in Prag kennen. Als Sekretär des Kreisspartiteilkomitees Cheb und Kandidat des ZK der KPTsch war er zu einem Plenum des Zentralkomitees gekommen. Meine tschechoslowakischen Freunde wußten, daß ich am nächsten Tag nach Cheb fahren wollte, und führten uns zusammen. Wie ich erfuhr, war Václav Burian 1952 aus Südböhmen nach Aš bei Cheb übersiedelt, und besser hätte mir wohl niemand von dieser Region erzählen können.

Was waren die wichtigsten Veränderungen im Kreis Cheb in den 35 Jahren seit der Befreiung der Tschechoslowakei? Václav Burian nannte mir keine Zahlen, er antwortete:

„Wenn die Urlaubszeit kam, sagte ich: Ich fahre heim, nach Südböhmen. So ging das noch so manches Jahr nach der Übersiedlung in den Kreis Cheb. Komme ich jetzt nach Südböhmen, so sage ich: Ich fahre heim, nach Aš. Auch für meine Kameraden, die aus Mittelböhmen, Mähren und der Slowakei gekommen sind, um das neue Leben aufzubauen und die Grenze zu schützen, ist die Gegend um Cheb nun ihr Zuhause.“

Erst nach meinem Besuch in Cheb konnte ich diese Worte Václav Burians richtig verstehen.

Der Bezirk, zu dem Cheb, Mariánské Lázně, Františkovy Lázně, Aš und Kynžvart gehören, liegt an der westlichen Grenze des Landes. Hier begann die Tragödie, in die der deutsche Faschismus das tschechoslowakische Volk stürzte. Nichts blieb der hiesigen Bevölkerung erspart. Die Tschechen und Slowaken wurden nach dem Münchner Abkommen vertrieben, viele mußten Gefängnisse und Konzentrationslager durchmachen.

Nach der Befreiung, besonders nach dem Februar 1948, als die Tschechoslowakei den sozialistischen Weg einschlug, normalisierte sich das Leben überall rasch. Im Kreis Cheb war die Situation komplizierter. Viele der Tschechen und Slowaken, die sich hier niederließen, blieben nicht lange. Die einen wollten in jener international wenig stabilen Zeit nicht in der Nähe der Grenze sein, anderen waren die Lebensbedingungen zu schwer. Heute zählt der Kreis Cheb 88 000 Einwohner, damals wa-

ren aber 230 000 gekommen und später wieder gegangen. Allmählich lebten sich jedoch Tschechen, Slowaken und Deutsche (ihre Anzahl beträgt im Kreis 3500) ein und bauten dieses Grenzgebiet in all seiner Schönheit wieder auf.

Das schöne Cheb

Ich hatte insofern Glück, als ich nach Cheb im kalten Vorfrühling kam und noch keine Touristenschwärme vorfand. Etwas Schönes möchte man in Ruhe und Stille genießen. Ich weiß noch, daß das in Florenz unmöglich war. Die Piazza della Signoria war von Touristen überschwemmt. Sie standen in Haufen vor dem Palazzo Vecchio, hockten auf dem Gerüst um die berühmte Loggia mit dem bronzenen Perseus des Benvenuto Cellini, und zwei junge Männer legten ihre Jacken auf die Metallplatte auf dem Platz, wo einst Savonarola verbrannt worden war, und machten es sich dort bequem.

Auf dem stillen Jiří-Poděbrad-Platz, so benannt nach dem letzten tschechischen König, dessen Residenz die Pfalz zu Cheb war, kann man die Stadt in Ruhe erleben. Der Platz wird von einem steinernen Roland bewacht, der sich auf sein Schwert stützt. In Europa gibt es nur noch ganz wenig ähnliche Statuen. Der Ritter aus Stein bedeutete, daß die Ortschaft zur Stadt erhoben war. Doch war Roland nur in Sagen unbesiegbar. Cheb wurde mehrmals von Deutschen kolonisiert. Im Jahre 1972 beging die Stadt den 650. Jahrestag der Vereinigung Chebs und der umliegenden Lande mit der tschechischen Krone. Cyril Nekuda, Direktor des Archivs, zeigte mir die Goldenen Bullen von Karl IV. und die Ludwigs von Bayern und Zikmunds I. An den Rollen des brüchigen Papiers hingen massiv wirkende, jedoch erstaunlich leichte Siegel mit der Darstellung des jeweiligen Potentaten. Cyril Nekuda erläuterte, daß die Siegel aus Wachs hergestellt und vergoldet worden waren. In den Urkunden wurden die Privilegien Chebs und Umgebung als Bestandteil des tschechischen Königreichs bestätigt. Die Bulle Ludwigs von Bayern z. B. aus

dem Jahre 1330 sprach der Stadt das Recht zu, einen Rat einzuberufen und Münzen zu prägen, und gab den Einwohnern die Zollfreiheit.

Viele der Gebäude, die den rechteckigen Platz säumen, künden von der Geschichte. Im heutigen Stadtmuseum wurde 1634 Wallenstein, der hier „ein großer Feldherr und ein kleiner Tscheche“ genannt wird, wegen heimlicher Verbindungen zum feindlichen Heer ermordet. Im heutigen Postamt befand sich im vorigen Jahrhundert das Hotel „Zur goldenen Sonne“, dort stieg Goethe bei seinen Besuchen in Cheb ab. Unweit ist das Grüner-Haus; einst gehörte es dem Polizeipräsidenten Jan Sebastian Grüner, einem Freund Goethes und seinem ständigen Begleiter auf den Wanderungen in der Umgebung.

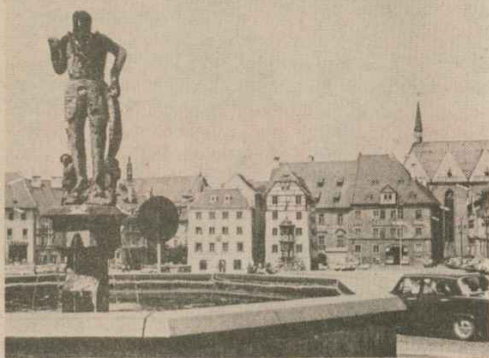
Als die amerikanischen Flieger im April 1945, einen Monat vor dem Sieg, die Stadt mit Bomben zermalmten, blieb ihr historischer Kern zum Glück fast unversehrt. Aber die Häuser waren baufällig, die Farben verblaßt, Balkons eingestürzt, der Stuck abgeblättert.

Der Wiederaufbau des Stare Miasto in Warschau gilt schon als klassisches Beispiel für die Kunst der Restauratoren, die nach erhaltenen Zeichnungen ein Stück Altstadt wiederhergestellt haben. In Cheb brauchte man das historische Zentrum nicht Ziegel um Ziegel wiederaufzubauen. Aber in der Eleganz, mit der die strengen gotischen oder prunkhaften barocken Fassaden, die Balkons und Erker, die schmiedeeisernen Tore und die altertümlichen Wappen darüber ausgestaltet sind, kann es der Jiří-Poděbrad-Platz durchaus mit dem Warschauer Stare Miasto aufnehmen. Besonders anmutig ist wohl Špalíček, eine lückenlose Häuserzeile mit ihren schmalen oder breiten Fassaden, ihren spitzen Giebeln, Sattel- und Flachdächern. Ein zweistöckiger Erker mit einem kleinen Turm schmückt ein Haus. Die Fassade des Nebenhauses zielt ein schönes Handwerkszeichen, ein durchbrochener Metallkreis mit einer Kaffeekanne in der Mitte: Im Parterre befindet sich das gemütliche Café „Špalíček“.

Im neuen Rathaus, wo einst ein Gefängnis war, ist jetzt eine Gemädegalerie. Sie besteht nicht einmal 20 Jahre, besitzt aber schon viele Kunstwerke, zu denen immer neue hinzukommen. So erwarb die Galerie zwei Gemälde Josef Capeks, eines Bruders des Schriftstellers und eines talentierten Malers, der in einem KZ umgekommen ist.

In der St.-Bartholomäus-Kapelle, die ebenfalls zur Galerie gehört, sind

gotische Holzplastiken ausgestellt. Erstaunlich, wie expressiv diese Miniaturen von Cheber Meistern aus dem 14.—15. Jahrhundert die reale Welt widerspiegeln: Die sanften Madonnen ähneln Bäuerinnen, und die Gesichter der Apostel wurden bestimmt in den Straßen des mittelalterlichen Cheb gesehen.



Auf dem Jiří-Poděbrad-Platz in Cheb

Die Stadtväter kümmern sich um das geistige Leben der Einwohner. Das merkten wir, Marie Kočvarová, meine Begleiterin auf dieser Fahrt, und ich auch bei einem Treffen mit den dortigen Kulturschaffenden. Eine gemütliche Mansarde im Rathaus begünstigte die Unterhaltung. Unsere Gastgeberin, die Galeriedirektorin Ludmila Vomelová, steht ab und zu auf, um die Gläser nachzufüllen oder die Glut im Kamin zu schüren. Unsere neuen Freunde erzählen uns unterdessen von den Sammlungen des städtischen Museums, von Orgelmusikkonzerten im St.-Clara-Dom und davon, wie sie den Verband der Freunde der bildenden Künste gründeten.

„Cremona“-Geigen

Cheb und die benachbarten Städte liegen in den Ausläufern des Krušné-Gebirges. Die dortigen Wälder sind reich an Resonanzkiefern. Vielleicht werden deshalb in dieser Gegend seit alters Saiteninstrumente gefertigt. In der Stadt Luby baute man Lauten und Geigen schon zu der Zeit, als in Cremona der berühmte Amati arbeitete.

Miloslav Duda, Parteisekretär der Fabrik „Cremona“ in Luby, führt mich herum und erzählt. Sie entstand 1968, und 1945 waren hier kleine Werkstätten mit je ein paar Handwerkern. Durch die faschistische Okkupation wurden die Meister aus Luby im ganzen Land verstreut. Gleich in den ersten Jahren nach der

Befreiung kehrten sie heim. Einer der ersten war Josef Pötzel, der 1946 nach Luby zurückkam und noch heute in der Fabrik beschäftigt ist. Bei einem internationalen Wettbewerb, an dem 60 italienische Meister teilnahmen, erhielt Pötzel die Silbermedaille. Damals kam auch Josef Vavra aus Prag. Gegenwärtig arbeitet sein Sohn Jan ebenfalls bei „Cremona“.

Es heißt, ein Instrument aus Meisterhand ist sofort zu erkennen: an der Form (Vavra arbeitet nach der von Guarneri, Pötzel hat sein eigenes Muster), an Lackschattierungen und zahlreichen anderen, für Laien nicht wahrnehmbaren Merkmalen.

Bei „Cremona“ hat man eine glückliche Kombination von herkömmlicher Gewerkekunst und moderner Technologie gefunden. Pötzel, die beiden Vavras und einige andere

Fachleute von Format arbeiten in ihren Heimwerkstätten. Jeder fertigt etwa 10 Instrumente im Jahr an. Der Meister macht alles selbst, angefangen mit der Auswahl des Holzes. Miloslav Duda sagt, daß die landläufige Vorstellung, der wunderbare Geigenton hänge vor allem von der Lackzubereitung ab, nicht stimmt. Vieles hängt vom Ausgangsmaterial ab. Bei „Cremona“ baut man die Instrumente aus verschiedenen Holzarten, darunter aus Palisander.

Die Fabrik hat eine Internatsschule. Aufgenommen werden Jugendliche nach Abschluß der 9. Klasse. Sie kommen aus verschiedenen Städten des Landes, werden vollversorgt, ausgebildet und lernen das Instrument spielen, das sie anfertigen sollen.

Bei „Cremona“ entstehen neben Geigen auch Cellos, Kontrabässe und Gitarren, darunter die klassischen spanischen. Die Nachfrage auf dem Weltmarkt ist gut. Die Musikinstrumente aus Luby klingen in den Konzertsälen der UdSSR, Ungarns, Schwedens, der BRD, der USA, Kanadas, Australiens und Neuseelands.

Auf dem Rückweg nach Cheb schlug Václav Burians Stellvertreter Jan Šnajdr, mit dem wir bei „Cremona“ waren, einen Abstecher nach Skalná vor, um den neuen Sportsaal des Städtchens zu sehen. Der Saal ist in der Tat ausgezeichnet: lichtüberflutet, getäfelt, mit Parkettboden. Mich beeindruckte folgendes: Finanzmittel wurden nur für die Bau-

stoffe und die Bezahlung besonders komplizierter, eine hohe Qualifikation erfordernder Ausgestaltungsarbeiten, aufgewendet, alles übrige machten die Einwohner des Städtchens in arbeitsfreier Zeit. Auf diese Weise entstand auch das Schwimmbecken in Aš. Burian arbeitete mehrere Monate jeden Sonntag auf der Baustelle mit. Der Sportsaal in Cheb wurde ebenso gebaut. Sein Kostenpunkt beträgt 16 Mio Kronen, von der Stadt wurden jedoch nur 9 Mio aufgewendet.

Sport wird hier groß geschrieben. Der FC „Lokomotiva-Cheb“ gehört zur 1. Liga, und darauf ist man stolz. Als ich in die Stadt kam, hörte ich gleich von Erfolgen der Fußballmannschaft. Die hiesigen Fans sagen, daß sie Glück haben: Der Erste Sekretär treibt selbst Sport und sorgt für dessen Entwicklung. Václav Burian war sogar lange Zeit Trainer der Junioren-Eishockeymannschaft in Aš. Wie er erzählte, waren die Jungen sehr betrübt, als sie hörten, daß ihr Schuldirektor und Trainer zum Sekretär des Parteikomitees des Kreises ernannt wurde. Er habe sie nicht enttäuschen wollen, meinte Burian. Und so war er noch bis vor kurzem Trainer der Mannschaft.

Inzwischen haben wir Cheb erreicht. An seinem Rand entsteht das Neubauviertel Skalka. Jaroslav Hložek, Vorsitzender des Nationalkomitees der Stadt, berichtete, daß Wohnungen noch immer knapp seien. Das Durchschnittsalter der Einwohner beträgt 29 Jahre. In einem Jahr werden etwa 350 Ehen geschlossen. Es mangelt an Kindergärten und Krippen. Der Bau von Skalka soll das Problem zum Teil lösen. In den Neubauten werden 8000 Menschen wohnen. Schon nehmen die Straßen Konturen an. Eine Straße ist nach der sowjetischen Partnerstadt Nischnetajsk im Ural benannt.

Nur ein Katzensprung bis zur Grenze

Nur wenige Kilometer trennen die Vororte Chebs von der Staatsgrenze. In Aš beginnt sie beinahe gleich hinter dem Bahnhof, der Fabrik, der Schule. Ich ließ mir über ein Dorf erzählen, das zum Teil in der DDR liegt. Doch strahlt die Gegend um Cheb eine solche Ruhe aus, daß man nicht gleich an die Grenze erinnert wird. An jenem Tag war es übrigens auch auf diesem Grenzposten, hinter dem das Territorium der BRD beginnt, still. Grenzsoldaten, die ihre Zeit abgedient hatten, waren fort, neue kamen erst an. Nur die Diensthunde, die wohl in jedem Zivilisten einen Grenzübertreter sehen, stimmten bei meinem Anblick ein lautes Gebell an.

In der Vorhalle des Grenzpostens hängen an der einen Wand zahlreiche Fotos. Einen zentralen Platz nimmt darunter ein Bild Adolf Keims ein. Er wurde in Házlov geboren und lebte dort bis zu seiner Emigration in die UdSSR 1938. Dann wurde er nach Nazideutschland eingeschleust und erfüllte während des Krieges Aufträge der sowjetischen Aufklärung. Er kämpfte mitten im feindlichen Land für die Freiheit der Tschechoslowakei. Doch passierte etwas fast Unwahrscheinliches: In Berlin begegnete der Aufklärer zufällig einer Nachbarin aus Házlov, und die erkannte ihn...

Hier weiß jedermann von Adolf Keims Leben und Tod. Am Beispiel dieses legendenumwobenen Mannes werden die jungen Grenzer im Geiste von Mut und Pflichterfüllung erzogen.

Dort hängen auch Fotos freiwilliger Helfer der Grenzsoldaten: Mit Hilfe der Bevölkerung wurden 35 bis 40% der Grenzübertreter festgehalten.

„Die Grenze ist nie eine abstrakte Linie“, sagt Oberstleutnant František Minha. Er hat sich dem Grenzübergang verschrieben. Gut erinnert er sich noch an jenen Frühling im Siegerjahr 45, als er zusammen mit anderen jungen Burschen aus dem Bataillon von Cheb (solche Bataillone waren die Urform der Grenztruppen) Offiziere der geschlagenen Hitlerarmee verfolgte. Die Amerikaner, die hier in den ersten Monaten lagen, ließen sie laufen. „Da wurden wir schlauer“, sagt Oberstleutnant Minha, „wir überwiesen die Festgenommenen nach Karlovy Vary, wo sich sowjetische Truppen befanden“.

Über das Heute berichten meine Gesprächspartner weniger. Aber selbst dieses Wenige läßt so manches vom Leben an der Grenze ahnen. Vor etwa zwei Jahren führten die Grenzer eine schwierige Operation durch, um drei Verbrecher zu fangen, die einen Bus an sich gerissen und in die BRD auszubringen versucht hatten. Im Bus saßen 40 Schüler. Die Banditen waren bewaffnet, das Leben der Kinder war bedroht. Die Operation dauerte mehrere Stunden. Ein Verbrecher wurde dabei getötet, die beiden anderen konnten gestellt werden. Und doch wurde eine Schülerin von einer Banditenkugel verwundet.

Wir verließen Westböhmen kurz vor dem Jubiläum der Befreiung des Landes. In Gedanken sehe ich Blumen in den Straßen von Cheb und anderen Städten, den festlichen Trubel und die freudigen Gesichter Václav Burians, František Minhas, Ludmila Vomelová... Herzlichen Glückwunsch zum Fest!

Prag—Cheb, im April



Lew BESYMENSKI

Die Hintergründe des Streits

Wenn man jetzt im Westen die Schlußphase des Krieges interpretiert, behauptet man, die amerikanischen und britischen Truppen hätten Berlin nehmen können, und setzt sich dabei bewußt über die damaligen Realitäten hinweg. Es war ja kein Zufall, daß die westlichen Truppen 1945 viel weiter von der Nazihauptstadt standen als die sowjetischen, sondern die logische Folge davon, daß die zweite Front in Europa aufgeschoben worden war.

Wenn man sich aber auf die Differenzen zwischen Eisenhower und Montgomery wegen der Richtung der letzten Schläge beruft, so ist es übertrieben zu sagen (was manche englischen Historiker oft tun), es sei dabei einzig um Berlin gegangen. Hinter den Streitigkeiten der beiden Feldherren steckte der viel ernstere Gegensatz zwischen den Interessen der USA und denen Englands. Jede der beiden Seiten war bemüht, sich rückblickend und in die Nachkriegszeit vorausschauend die besten Positionen zu sichern. So hieß es schon im Juni 1943 in einem Bericht des Aufklärungsamtes beim Hauptquartier der US Army, man dürfe nicht zulassen, daß sich England und die UdSSR näherten.

„weil uns das das Menschenmaterial und die Ressourcen Eurasiens geeint entgegenstellen könnte. Wir sind daran interessiert, daß die USA und nicht England der Stabilisator der Welt werden.“

Das britische Oberkommando wollte sich seinerseits mit der Rolle des Juniorpartners nicht abfinden und sich im künftig besetzten

Deutschland günstige Positionen nicht entgehen lassen. Hinzu kam Montgomerys übermäßiger Ehrgeiz. Was Churchill angeht, so befahl ihm 1945 besonders heftig das antisowjetische Syndrom und hinderte ihn daran, die Situation objektiv zu beurteilen. Es trieb ihn auf einen offenen Konflikt mit der UdSSR zu, er verlangte ein Vorrücken der westlichen Truppen in Gebiete, die laut gemeinsamem Beschluß der Großen Drei zur sowjetischen Besatzungszone gehören sollten.

General Eisenhower mußte viel großzügiger sein. Während der Gegenoffensive der Deutschen in den Ardennen brachte er ein Zusammenwirken mit der Sowjetarmee sowie Maßnahmen gegen eine Verlegung deutscher Divisionen von Ost nach West zur Sprache. Diese Meldung Eisenhowers vom 21. Dezember 1944 veranlaßte die Führung der USA und Englands, den Hauptluftmarschall Tedder, der stellvertretender Oberbefehlshaber war, schleunigst nach Moskau zu entsenden.

Von sowjetischer Seite kam sofort die Zustimmung, ihn zu empfangen. Er traf aber nicht zum anvisierten Termin ein. Churchill ersuchte Stalin in dem bekannten Schreiben vom 6. Januar 1945, die sowjetische Offensive zu beschleunigen. Stalin erhielt das Schreiben am 7. Januar abends und sagte unverzüglich zu. Er schrieb:

„Sie können sicher sein, daß wir alles tun werden, um den tapferen Truppen unserer Alliierten zu helfen.“

Bekanntlich konnte Eisenhower dank der sowjetischen Hilfe der Ardennenkrise Herr werden. Am 27. März sagte er auf einer seiner Pressekonferenzen:

„Als sie“ (die Deutschen) „die Stärke des russischen Schlages erkannten,

Schluß, Anfang s. Heft 18/80

sammelten sie die versprengten Überbleibsel der 6. Panzerarmee und warfen sie nach Osten... Hätten sie die 6. Panzerarmee nicht abziehen müssen, dann wäre unsere Lage bestimmt schwerer gewesen."

Nach dem Krieg erst sagte Eisenhower zu Shukow:

"Für uns war das die langersehnte Offensive. Uns allen wurde leichter ums Herz, besonders, als die Nachricht kam, daß die sowjetische Offensive mit viel Erfolg ausgebaut wird. Wir waren sicher, daß die Deutschen jetzt nicht mehr in der Lage sein würden, ihre Westfront zu verstärken."

Wer weiß, vielleicht hat die Erinnerung daran den General veranlaßt, sich zu Montgomerys Forderung, "den Russen zuvorzukommen", skeptisch zu verhalten.

Stoßrichtungen

Der Streit hielt an, als im März 1945 der Beschluß über die Richtung der letzten Schlüge gefaßt werden mußte. Eisenhower sah, daß die „breite Front“ Erfolg hatte. Der Rhein war überschritten. Die Wehrmachtstruppen Feldmarschall Model waren im Ruhrgebiet eingekesselt, nicht zuletzt, weil Eisenhower rasante Operationen an der Südflanke vorgesehen hatte (dort gingen die amerikanischen Divisionen bei Remagen über den Rhein). Die Praxis selbst nahm Korrekturen am Plan für den „Hauptschlag“ im Norden vor, und dadurch gelangten amerikanische Truppen mitten hinein nach Deutschland — sie standen bei Frankfurt a. M., Gießen und Aschaffenburg. Auch die 1. französische Armee General de Lattre de Tassignys kam gut voran.

Eisenhower beschloß, Ende April die deutschen Truppen in der Mitte zu zerspalten und sich im Raume Erfurt—Leipzig—Dresden mit den Sowjettruppen zu vereinen. Am 28. März setzte er das sowjetische Oberkommando davon in Kenntnis. Über die amerikanische Militärmision in Moskau informierte er Stalin, daß er Ende April „oder sogar noch früher“ eine neue Operation beabsichtige, bei der

„es meinen Truppen am gelegentlichsten käme, an der Linie Erfurt—Leipzig—Dresden mit Ihren Truppen zusammenzutreffen... Ich beabsichtige, meine größten Bemühungen in dieser Richtung zu machen. Dann wird, sobald es die Situation erlaubt, eine Offensive in anderer Richtung folgen, damit wir mit Ihren Truppen im Raume Regensburg—Linz zusammentreffen."

Eisenhowers Schreiben vom 28. März macht den antikommunistischen Interpreten des zweiten Welt-

kriegs noch jetzt viel zu schaffen. Nach ihrer Ansicht hatte der General mindestens zweierlei auf dem Kerbholz. Er beschloß ein gemeinsames Vorgehen mit dem sowjetischen Oberkommando und ließ Berlin „außer acht“.

Begreiflich, daß es Ende März, Anfang April 1945 zu einem regen Briefwechsel Washingtons und Londons mit dem Stab der Expeditionstruppen kam. Als erste erhoben Churchill und die britischen Stabschefs Protest und verlangten ein Vorrücken möglichst weit nach Osten, um „mit den Russen von einer Position der Stärke aus zu verhandeln“ (!) und möglichst Berlin zu nehmen. Eisenhower rechtfertigte seinen Standpunkt in einem Schreiben an den Stabschef der US Army, General George Marshall. Er schrieb:

„Ich habe hervorzuheben versucht, daß meine Offensive im Raum von Leipzig nicht nur die richtige Richtung für den entscheidenden Schlag ist... Berlin werden wir jederzeit nehmen, wenn das ohne große Verluste möglich sein wird. Ich halte es aber vom militärischen Standpunkt aus für unratsam, unter den jetzigen Umständen Berlin zum Hauptziel zu machen, besonders, wenn man bedenkt, daß es nur 35 Meilen von den russischen Stellungen entfernt ist."

Eisenhower faßte seinen Beschluß nicht im Alleingang. Er hatte bei General Omar Bradley, dem Befehlshaber der 12. Armeegruppe, die bis Ende März am weitesten vorgerückt war, angefragt, wie er darüber denkt. Beide kamen zu dem Schluß, daß erstens die Einkesselung des Ruhrgebiets die Gefahr eines ernstlichen

Widerstands des Gegners im Norden und in der Landesmitte behebt; zweitens standen Marschall Shukows Truppen in unmittelbarer Nähe von Berlin, die Amerikaner und Engländer aber trennten 300 Kilometer mit zahlreichen Gewässern von der Stadt. Und schließlich fürchteten beide, die Deutschen könnten die sogenannte Alpenfestung errichten, d. h. einen befestigten Raum in Bayern, wo sie einen langwierigen Widerstand organisieren könnten.

Später erinnerte sich Bradley noch eines Arguments. Er schrieb:

„Als mich Eisenhower fragte, was es uns kosten könnte, von der Elbe nach Berlin vorzustoßen, schätzte ich unsere Verluste auf 100 000 Mann."

„...das ist zu teuer“, sagte ich, „besonders, wenn man bedenkt, daß wir zu weichen und den anderen Platz zu machen haben werden."

Als nach dem Krieg diese Äußerung angezweifelt wurde, bestätigte Bradley sie:

„Natürlich habe ich beim Vorrücken nach Berlin keine Verluste von 100 000 Mann erwartet. Ich war aber überzeugt, daß die Deutschen schwer um ihre Hauptstadt kämpfen werden. In Berlin hätten wir die meisten Verluste gehabt."

Der amerikanische Historiker Michael Sherry untersuchte nach neuestem Archivmaterial die damaligen Diskussionen und schreibt:

„Wie General Dwight Eisenhower, so war auch Marshall entschlossen, keine amerikanischen Streitkräfte von der endgültigen Niederschlagung der Armeen Hitlers abzuzweigen, um mit den Russen in der Einnahme der Hauptstädte Mitteleuropas zu wetteifern. Dieses Manöver, das Churchill in den letzten Kriegsmonaten vorschlug, hätte die sowjetische Teilnahme an den Pazifikoperationen beeinträchtigt und die Verlegung amerikanischer Streitkräfte dorthin verzögert. Es würde die Amerikaner dazu bringen, Gebiete einzunehmen, die sie früher oder später doch den Sowjets abtreten mußten... Das

*Bradley kam der Wahrheit nahe, in den Kämpfen um Berlin verloren die sowjetischen Truppen vom 16. April bis zum 8. Mai 102 000 Mann. Die Zahl entnehme ich dem sowjetischen Fundamentalkwerk „Die Geschichte des zweiten Weltkriegs 1939—1945“.

Die Frontlage am 1. April 1945.



würde die Sowjets eher provozieren als einschüchtern. Und schließlich hätten die englisch-amerikanischen Truppen dabei schwere Verluste. Marshall antwortete Eisenhower, und seine Meinung wurde von den anderen Stabschefs bestätigt: „Ich verabscheue es, für rein politische Zwecke das Leben von Amerikanern aufs Spiel zu setzen.“

Bleibt nur noch hinzuzufügen, zu welchen „rein politischen Zwecken“ das abenteuerliche Manöver ausgeführt werden sollte. Es handelte sich um eine von Churchill erdachte großangelegte antisowjetische Provokation, beginnend mit einer Verletzung der Demarkationslinie bis zur eventuellen Verwendung der Wehrmacht als Verbündeten gegen die UdSSR.* Darauf konnten sich die nüchtern denkenden westlichen Politiker und Militärs nicht einlassen.

„Sie wollten, konnten aber nicht“

Die militärische und politische Lage im März und April 1945 bringt einen zu dem Schluß, daß — was für politische (darunter auch antisowjetische) Beweggründe gewisse westliche Spitzenpolitiker auch immer gehabt haben mögen — das Oberkommando der USA und Englands nach einer objektiven Analyse gestehen mußte, daß eine Einnahme Berlins nicht möglich war. Eisenhower nannte dieses Vorhaben nicht von ungefähr eine Fantasie und sagte,



Villa in Ascona (Schweiz), in der eine der geheimen Zusammenkünfte zwischen Obergruppenführer SS Wolff und Vertretern Englands und der USA stattfand

bei Montgomery sei der Wunsch der Vater des Gedankens.

In der Geschichte der Kämpfe vom April kommt allerdings noch eine Episode vor, die von den Urhebern der Lesart, daß der Westen auf die Einnahme Berlins verzichtet habe, gehörig strapaziert wird. Anfang April nahmen Alliierte ihre Operationen wieder auf. Im Norden

rückte Montgomery mit großer Mühe vor und überwand den feindlichen Widerstand in Holland erst am 20. April. Am 18. April erreichte ein seiner Korps bei Hamburg die Elbe.

Dafür kam Bradley wieder am weitesten vorwärts. Seine Armeegruppe rückte in schmalen Kolonnen in auseinandergehenden Richtungen vorwärts. Am 18. April kamen seine Truppen bis Magdeburg. Am Südabschnitt wurde am 20. April Nürnberg genommen, und die Amerikaner erreichten die tschechoslowakische Grenze.

Und was geschah in der Mitte? Hier hoffte eine Vorausabteilung der 9. Armee unter General Simpson, die sich Magdeburg näherte, wie bei Remagen die Elbbrücken zu erobern, konnte es aber nicht. Sie mußte Pontonbrücken bauen. Vom 12. bis 14. April nahmen die Amerikaner kleine Brückenköpfe am Ostufer. Manche Hitzköpfe sahen amerikanische Divisionen bereits in Berlin, und die „Washington Post“ meldete sogar, Potsdam sei genommen. Das war wieder einmal eine Zeitungssente. In Wirklichkeit ließ Bradley Simpson noch am 15. April kommen und erteilte ihm den Befehl, auf dem Brückenkopf zu bleiben.

Eisenhower machte sich nämlich Sorgen wegen der langegezogenen Front. Ihm mißfiel das Vorrücken der 9. Armee, die in einigen Tagen 200 km zurückgelegt hatte (dort wurde fast kein Widerstand geleistet). Eisenhower konstatierte:

„Infolge unseres schnellen Vorrückens wird der Nachschub immer schwieriger. Sollten unsere Truppen in der Landesmitte andauernd nach Osten vorstoßen, so werden wir, weil sie vom Nachschub losgerissen sein würden, keine Möglichkeit zu kräftigen Schlägen gegen den Feind haben, der an den Flanken noch immer Widerstand leistet.“

Am 16. April erwogen auch die Engländer die Anregung Eisenhowers, an der Elbe stehenzubleiben. Sie reagierten prompt: Sie meinten, wenn man den Angriff auf Berlin von der Elbe aus fortsetze ..., so werde das ein Vorwärtsschreiten in Richtung Kiel und weiter nach Dänemark behindern. Am 18. April wurde Eisenhowers Entscheidung bestätigt, und am 19. April schrieb Churchill an Eden:

„Anscheinend sind die westlichen Alliierten im Augenblick nicht instand-

de, sich nach Berlin durchzuschlagen... Die Russen haben vor den Mauern der Stadt 2,5 Millionen Mann, die Amerikaner aber nur Spitzentruppen.“

Das war alles. Wenn behauptet wird, die westlichen Truppen hätten Berlin nehmen können, aber nicht wollen, so war es in Wirklichkeit umgekehrt: Sie wollten, konnten aber nicht.

Und wieder Dulles

Hatten die Auseinandersetzungen unter den westlichen Alliierten für das Vorgehen der Sowjettruppen Folgen? Shukow schreibt, als er am 29. März nach Moskau zur Berichterstattung gerufen wurde, habe ihm Stalin gesprächsweise folgendes gesagt:

„Die deutsche Front im Westen ist endgültig zusammengebrochen, und die Hitlerfaschisten wollen offenbar keine Maßnahmen treffen, um das Vorrücken der Truppen der Alliierten zum Stehen zu bringen. Indessen verstärken sie an allen wichtigsten Richtungen ihre Truppen gegen uns.“

Stalin erkundigte sich nach den möglichen Terminen für die Bereitschaft zur Operation (Shukow nannte zwei Wochen) und entschied, daß die Fronten Shukows und Konews die Offensive beginnen können.

„Dann ging er an den Schreibtisch, blätterte in irgendwelchen Papieren und nahm einen Brief heraus:

„Hier, lesen Sie!“

Der Brief stammte von einem Ausländer, der uns wohlwollte. Er schrieb über Geheimverhandlungen von Hitleragenten mit offiziellen Vertretern der Alliierten. Und daraus ging klar hervor, daß die Deutschen die Alliierten aufgefordert hatten, den Kampf gegen sie einzustellen, wenn sie auf einen Separatfrieden zu beliebigen Bedingungen eingehen.

In dem Brief hieß es auch, die Alliierten hätten dieses Angebot zurückgewiesen, es sei jedoch nicht ausgeschlossen, daß die Deutschen den Truppen der Alliierten Wege nach Berlin freigeben würden.

„Was sagen Sie dazu?“, fragte Stalin. Ohne eine Antwort abzuwarten, fügte er gleich hinzu:

„Ich glaube, Roosevelt wird gegen die Vereinbarung von Jalta nicht verstoßen, aber Churchill — der kann auf Ganze gehen.“

Was meinte Stalin? In jenen Tagen war die Sowjetregierung über Aktivitäten von Abgesandten der Nazis sehr beunruhigt, die versuchten, die Kampfgemeinschaft der drei Großmächte zu zerbrechen. Moskau besaß u. a. Meldungen über die Kontakte von Nazivertretern mit Vertretern der USA in der Schweiz. Als

* Siehe Heft 9/80

die Sowjetregierung aber verlangte, daß sowjetische Vertreter hinzugezogen werden, kam ein ablehnender Bescheid, und die US-Regierung leugnete glatt, daß es politische Kontakte waren.

Gemeint sind die Verhandlungen, die Dulles in der Schweiz aufnahm, nur dieses Mal nicht mit Prinz Hohenlohe, sondern mit Obergruppenführer SS Karl Wolff, dem ehemaligen Chef von Himmlers persönlichem Stab, der am Ende des Krieges zum Bevollmächtigten der SS beim Oberbefehlshaber in Norditalien, bei Feldmarschall Kesselring, ernannt wurde.

Heute behaupten die Verteidiger von Dulles, gleich nach Aufnahme des Kontakts mit Wolff hätten die Amerikaner die Sowjetregierung in Kenntnis gesetzt. Das ist eine von vielen Unwahrheiten. US-Botschafter Harriman teilte erst am 12. März 1945 mit, daß die Schweizer Treffen stattgefunden hatten, während die ersten Kontakte schon im Februar aufgenommen worden waren! Einen ganzen Monat der für den Krieg entscheidenden und äußerst schwierigen Zeitspanne trafen sich die Amerikaner mit Abgesandten des Gegners, ohne die Alliierten davon in Kenntnis zu setzen. Warum? Das erkennt man aus dem Inhalt und der Art der Verhandlungen.

Wir besitzen ein noch unveröffentlichtes Dokument, das Wolff selbst nach dem Krieg abfaßte. Bei der Darstellung der deutschen Absichten beginnt er damit, daß er im Mai 1944 eine geheime Zusammenkunft mit Papst Pius XII. hatte, zu der ihn dieser in den Vatikan einlud. Der Papst

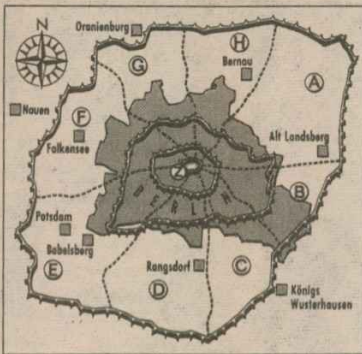
„interessierte sich u. a. insbesondere für die ihm bis dahin nur theoretisch bekannte Zusammensetzung und Bedeutung der SS.“* Und weiter:

„Ende des Jahres 1944 wurden durch italienische und schweizer Mittelsmänner die ersten Sondierungen über eine etwaige Verhandlungsbereitschaft vorgenommen.“

Er habe diese Fäden aufgenommen.

Wolff griff nicht nur die Fäden auf, sondern benutzte sein Ansehen in Berlin, um sich der hohen Gönnerschaft zu versichern.

„Am 6. Februar 1945** unterrichtete ich Hitler unter Hinweis auf die militärische Lage in meinem Bereich von den in der Zwischenzeit wesentlich konkreter gewordenen Friedensführlern der Alliierten aus der Schweiz, zu denen sich auch Vermittlungsangebote der katholischen Kirche gesellt hatten. Hitler hat meine Meldung zur Kenntnis genommen, ohne mir weitere Direktiven zu geben.“



Der vom OKW am 9. März 1945 aufgestellte Plan für die Verteidigung von Berlin. Es sind neun Verteidigungsabschnitte (einschließlich des Abschnitts Mitte in den Regierungsgebäuden) und vier Verteidigungsgürtel eingezeichnet.

Das Ausbleiben von Direktiven faßte Wolff als Erlaubnis auf, die Kontakte weiterzuführen (er wußte, daß Hitler früher nichts von solchen hören wollte, so daß sein Schweigen unverkennbar als Zustimmung aufzufassen war). Er machte also weiter und schreibt:

„Erhielt Ende Februar aus der Schweiz Einladung des Sonderbeauftragten des Präsidenten Roosevelt, Dulles, zu einer Besprechung in Zürich. Nach vorheriger Beratung mit Botschafter Rahn habe ich die Einladung angenommen... Insgesamt bin ich viermal zu Verhandlungen in der Schweiz gewesen.“

Die Verhandlungen dauerten lange.

„Mitte April wurde ich nochmals nach Berlin befohlen und habe mich dort am 17.4. vor Himmler, am 18.4. vor Hitler verantwortet.*** Obwohl ich erwartet hatte, daß die Fortführungen meiner Verhandlungen für mich persönliche Folgen haben würden, erfolgte zu meiner Verwunderung nichts. Hitler

erklärte lediglich, daß die Bedingungen für eine Kapitulation nicht gut genug seien und daß der Zeitpunkt noch verfrüht sei. Er glaubte damals immer noch an einen unmittelbaren bevorstehenden Ausbruch des Konflikts der feindlichen Partner in kriegerischer Form.“

Diese Aufzeichnung bestätigt, daß es sich nicht um einfache Gespräche, sondern um Verhandlungen, noch dazu solche mit Wissen der obersten Führung des Reiches, handelte. Nicht minder wichtig ist Wolffs Hinweis darauf, daß die Initiative von den Amerikanern ausging.

Vor einigen Jahren traf ich mit Rudolf Rahn, dem dormaligen deutschen Botschafter in Italien, zusammen, der aktiv an dem „schweizerischen Unternehmen“ teilnahm und den Wolff erwähnte. Rahn bestätigte, daß Dulles sehr beharrlich und sogar ungeduldig war. Es kam so weit, daß, als Wolff italienischen Partisanen in die Hände fiel, Dulles den SS-General herausholte.

Formal verhandelte man über die Feuereinstellung und die Bedingungen für die deutsche Kapitulation. In Wirklichkeit ging es aber um einen weiten Kreis politischer Fragen. Rahn erwähnte die Rolle des „Ordnungsfaktors“, die, wie er meinte, Kesselrings Divisionen in Norditalien spielen sollten. Dem amerikanischen Historiker Toland hat Wolff ausführlicher davon erzählt. Noch vor dem Treffen mit Dulles habe ihm Wolff seine Erwägungen durch Baron Parilli (päpstlicher Kammerherr, vor dem Krieg italienischer Vertreter des Nash-Konzerns) zugeleitet: Falls die deutsche Front in Norditalien zusammenbreche, könnten die Partisanen dort eine kommunistische Regierung bilden. Falls aber die westlichen Alliierten für eine „geordnete Kapitulation“ sorgen würden, könne man den Partisanen zuvorkommen. Wie weit die Verhandlungspartner gingen, zeigt die Tatsache, daß sie sogar die Zusammensetzung einer neuen deutschen Regierung erörterten!

Am 18. April meldete Wolff Hitler, er habe mit Hilfe von Dulles die Tür zu den westlichen Spitzenpolitikern geöffnet, worauf ihm Hitler schrieb:

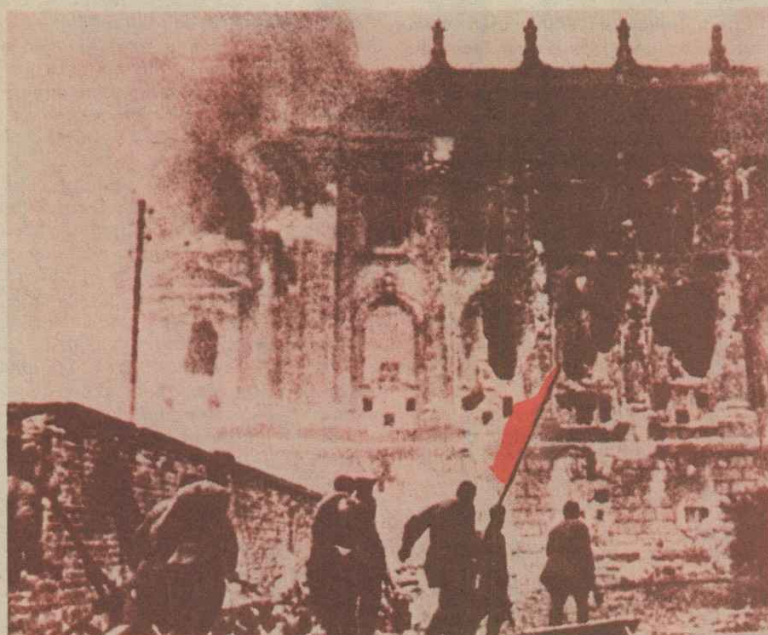
„Ich bin Ihnen dankbar, daß es Ihnen gelungen ist, zum ersten Mal die Türe nach dem Westen und zu Amerika aufzubekommen.“

Er sah Wolffs Verhandlungen in engem Zusammenhang mit dem Kampf um Berlin. Er hoffte, sich „noch acht Wochen“ zu halten, dann müsse es zu einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen den sowjetischen Truppen und denen der Alliierten kommen! Er erwartete

* Hier war Wolff sehr wortkarg. Von anderen Historikern weiß man, daß er dem Papst erklärt hat, er bedaure sehr, daß gegen den Westen Krieg geführt und Blut der Völker Europas vergossen werde, die doch in einen entscheidenden Konflikt mit dem Osten und dem Kommunismus treten müßten.

** Wolff irrt sich. In Bormanns Tagebuch steht der Empfang unter dem 7. Februar.

*** Der Empfang bei Hitler ist durch eine Aufzeichnung im Tagebuch von Hitlers Kammerdiener, Heinz Linge, unter dem 18. April bestätigt.



Die Erstürmung des Reichstags

u. a., daß die sowjetischen Truppen die Bündnisverpflichtungen verletzen und weiter nach Westen vorrücken würden. Wolff erinnert sich an folgende Worte Hitlers:

„Der Amerikaner wird das nicht zulassen und gezwungen sein, den Russen mit Waffengewalt zurückzudrängen. Dann ist es so weit, daß man ihm die Teilnahme an dieser entscheidenden Schlacht teuer bezahlen wird.“

Somit bildeten die Verhandlungen zwischen Wolff und Dulles einen Bestandteil des gefährlichen Plans, die Einheit der Antihitlerkoalition in der Schlußphase des Kriegs zu sprengen. Wolffs Mission war in dieser Hinsicht aber nicht die einzige. Nach Schweden reiste Schellenberg selbst und setzte sich dort mit Graf Bernadotte, dem Vizepräsidenten des schwedischen Roten Kreuzes, in Verbindung. Nach Lissabon begab sich als Bevollmächtigter Ribbentrops Melhausen und nach Stockholm, ebenfalls als dessen Abgesandter, Fritz Hesse. In München konnte ich den Exdiplomaten Hesse sprechen. Er bestätigte mir, daß sein Minister ernsthaft sondiert hatte.

* Diese irrealen Erwartungen waren bei den führenden Nazis sehr verbreitet. Reichsleiter Ley sagte am 14. April zu seinem Anhang, man brauche nur abzuwarten, „bis die Russen und die Amerikaner zusammenprallen“.

Er sagte, das Hauptargument habe die Aufforderung zum gemeinsamen Vorgehen gegen den Kommunismus sein sollen, zu welchem Zweck man im Westen die Front öffnen und gemeinsam gegen die Sowjettruppen vorrücken solle.

Daraus wurde nichts. Die Sowjetarmee brachte dem Dritten Reich den letzten, entscheidenden Schlag bei.

Am 16. April begann die Schlacht um Berlin. Im sowjetischen Hauptquartier war geplant, daß die 1. und 2. Belorussische sowie die 1. Ukrainische Front die Verteidigungslinie des Gegners an Oder und Neiße mit wuchtigen Schlägen durchbrechen und die Offensive vertiefen sollten. Sie sollten die deutschen Truppen bei Berlin einkesseln, sie in mehrere Teile spalten und aufreißen. Im weiteren sollten die sowjetischen Truppen die Elbe erreichen.

Die große Schlacht

Schnell — in 13—15 Tagen — wurden die unmittelbaren Vorbereitun-

gen zu der Operation getroffen und ausreichende Kräfte zusammengezogen. Es genügt ein Blick auf eine Tabelle im kürzlich erschienenen 10. Band der „Geschichte des zweiten Weltkriegs 1939—1945“, die eine Hauptredaktionskommission unter Marschall der Sowjetunion Dmitri Ustinow herausgibt.

Sie zeigt die Zusammensetzung und das Verhältnis der Kräfte zu Beginn der Berliner Operation. Unten folgt sie:

Hitlers Heeresgruppe Weichsel, die unter Generaloberst Heinrici Berlin abschränkte, bereitete sich auf die Verteidigung vor. Sie zählte 527 000 und die südlicher stehende Heeresgruppe Mitte 413 000 Mann. Eine mächtige, 20—40 km tiefe Verteidigungsstellung wurde bezogen. Am 9. März 1945 kam der Befehl, die Reichshauptstadt zur Verteidigung bereitzumachen. Sie wurde in neun Verteidigungsabschnitte eingeteilt, und in diesen rüstete man zu langwierigen Kämpfen. Nicht von ungefähr nannte Shukow die Berliner Operation „eine der schwierigsten Operationen des zweiten Weltkriegs“.

Das OKH war auf den Schlag gefaßt, konnte aber den sowjetischen Plan nicht in Erfahrung bringen. Hitler hoffte z. B., der Schlag werde sich nicht gegen Berlin richten. Er sagte zu Guderian:

„Die Russen werden nicht so dumm sein, wie wir es waren, als wir, von der Nähe Moskaus verblendet, es unbedingt nehmen wollten. Gerade Sie, Guderian, wollten mit Ihrer Armee als erster in Moskau sein.“

Der deutsche Nachrichtendienst bestärkte ihn in dieser Hoffnung. Gehlen, dem Chef der Abteilung Fremde Heere Ost, zufolge war der Schlag nicht gegen Berlin, sondern gegen Prag zu erwarten. Prag wurde allerdings auch bald befreit.

Der Verlauf der Berliner Operation bewies das operative Können des sowjetischen Oberkommandos. Als der Gegner auf den Seelower Höhen jenseits der Oder die 1. Belorussische Front aufhielt, die weiter südlich vorrückende 1. Ukrainische

Stärke und Mittel	Sowjettruppen	Wehrmacht	Verhältnis
Truppenstärke (in 1000 Mann)	2500	1000	2,5:1
Geschütze, Granatwerfer	41 600	10 400	4,0:1
Panzer, Selbstfahrlafetten,	6250	1500	4,1:1
Sturmgeschütze	7500	3300	2,3:1
Kampfflugzeuge	(800 Fernflugzeuge mit eingerechnet)		

Front aber mehr Erfolg hatte, führten deren Panzerheiten ein Umgehungsmanöver bis weit hinter Berlin aus. Die Heeresgruppen Weichsel und Mitte wurden voneinander abgeschnitten. Am 21. April abends standen die sowjetischen Panzer vor der äußeren Verteidigungslinie Berlins, und Marschall Shukows Divisionen erreichten den nordöstlichen Stadtrand. Die Voraussetzungen für die Einkreisung Berlins waren geschaffen.

Am 22. April wurde im Bunker der Reichskanzlei, wo das Donnern der sowjetischen Geschütze schon zu hören war, eine Lagebesprechung abgehalten. Fieberhaft wurden allerlei Maßnahmen zu Truppenverschiebungen getroffen, sie konnten aber das Unvermeidbare nicht mehr abwenden. Am 24. April vereinigten sich die ersten Truppenteile der 1. Belorussischen und der 1. Ukrainischen Front. Am 25. schloß sich der Kessel um Berlin. Am selben Tag fand an der Elbe im Raum von Torgau (wo die 1. Ukrainische Front stand) das erste Treffen der Alliierten statt. Deutschland war in zwei Teile gespalten.

Zugleich entbrannten im Raum von Frankfurt a. O.—Guben erbitterte Gefechte mit einer 200 000 Mann starken eingekesselten deutschen Gruppe. Sie wollte Berlin entsetzen, wurde jedoch aufgerieben. In Berlin selbst wollte das sowjetische Oberkommando nicht im ganzen Umkreis angreifen, sondern an einzelnen Abschnitten Keile tief hineintreiben. Das Ende des Krieges war nahe. Damals schrieb Hitlers Privatsekretär Bormann in sein Tagebuch:

„Unsere RK“ (Reichskanzlei) „wird zum Trümmerhaufen: „auf des Degens Spitze die Welt jetzt steht!“

Das weitere ist bekannt: Am 30. April beging Hitler Selbstmord, und in der Nacht zum 2. Mai ergab sich General Weidling, der Kampfkommandant von Berlin. Ungefähr um 15 Uhr stellte der Gegner den Widerstand ein.

Vom Verfasser

Es ist nicht üblich, einer trockenen Analyse von Dokumenten die Schilderung eigenen Erlebens hinzuzufügen. Jetzt, nach 35 Jahren aber, hat ein Teilnehmer der letzten Gefechte des Vaterländischen Krieges ein besonderes Gefühl, wenn er in allen Details über eine Seite der damaligen Geschehnisse berichtet, von der die Soldaten, die Berlin einnahmen, nichts wußten: über den angespannten politischen Kampf, in dem es um die Schlüsselfragen der Zusammenarbeit der Partner der Antihitlerkoalition ging. Mehr noch,

wir konnten uns kaum vorstellen, daß es in den USA und in England Leute gibt, die derart zynisch zu ihrer Pflicht und Schuldigkeit standen, den Nazismus auszutilgen.

Um so erkenntlicher gedenkt man der Konsequenz, die die Sowjetregierung in jenen entscheidenden Monaten an den Tag legte. Ebenso der staatsmännischen Weisheit jener westlichen Spitzenpolitiker, die dem antikomunistischen Sirenen gesang nicht verfielen. Trotz aller militärischen und politischen Komplikationen erreichte die Antihitlerkoalition ihr höchstes Ziel.

Aber was war, das war. Bei einer objektiven Analyse müssen auch die bisweilen widersprüchlichen Tendenzen erwähnt werden, die im Frühjahr 1945 auf dem politischen Schauplatz kollidierten. Das schmälert nicht im geringsten die Bedeutung des großen Sieges, eher umgekehrt. Nur ist es bedauerlich, daß die Tendenzen, die bei Hitlers Politikern und ihren Helfershelfern im Lager des internationalen Antikomunismus herrschten, noch 35 Jahre nach dem Sieg in der Politik des Westens festgestellt werden müssen.

Das Verhalten der UdSSR und des sowjetischen Oberkommandos zu den Versuchen der Nazis, einen Keil zwischen die Alliierten zu treiben, kennt der Schreiber dieser Zeilen aus eigenem Augenschein. Ich bekam am 1. Mai 1945 frühmorgens als Stabs-offizier der 1. Belorussischen Front den Befehl, mich sofort beim Befehlshaber zu melden. Einige Minuten später stieg ich in den Unterstand hinunter und meldete mich zur Stelle. Am Tisch saßen Marschall Shukow und neben ihm der Stabschef der Front, Generaloberst Malinin, sowie noch einige Generale.

Malinin reichte mir einige deutsch beschriebene dicke Blätter. Als erstes fiel mir die ungewöhnlich große Maschinenschrift auf.

„Übersetzen Sie das, Hauptmann“, sagte Malinin.

Ich fing an, und man kann begreifen wie erregt ich war, denn auf Shukows Befehl wurde der Text Wort für Wort dem diensthabenden General im Hauptquartier telefonisch nach Moskau durchgegeben. Es war ein Schreiben von Goebbels und Bormann. Ich habe den ganzen Brief nicht mehr im Kopf. Er war in der großen Schrift der „Führerschreibmaschine“ getippt (Hitler war kurz-sichtig, wollte aber öffentlich keine Brille aufsetzen). Er enthielt die Mitteilung von Hitlers Selbstmord und von der Bildung einer „neuen Regierung“ sowie das Angebot, mit ihr zu verhandeln.

Erst als ich von der ungewöhnli-

chen Übersetzungsarbeit zurück war, erfuhr ich, wie der Brief in Marschall Shukows Unterstand gekommen war. In der Nacht zum 1. Mai war General der Infanterie Hans Krebs, Generalstabschef des Heeres, herübergekommen. Man brachte ihn zu Generaloberst Tschujkow, dem Befehlshaber der 8. Gardarmee. Krebs hatte den an Stalin adressierten Brief mitgebracht, in dem sie ihn „als ersten Nichtdeutschen“ über Hitlers Selbstmord informierten. Das war aber nicht der einzige Auftrag von Krebs. Er sollte außerdem versuchen, die Kapitulation Deutschlands hinauszuziehen und im Namen von Hitlers Nachfolgern Verhandlungen mit der Sowjetregierung aufzunehmen. Er wurde sofort gefragt, ob er bereit sei, die bedingungslose Kapitulation natürlich vor sämtlichen alliierten Staaten zu unterschreiben. Krebs drückte sich vor einer eindeutigen Antwort.

Da wurde der Brief zum Stab der 1. Belorussischen Front gebracht, und ich erhielt Befehl, ihn zu übersetzen. Eine Liste der Mitglieder der neuen Regierung unter Goebbels lag bei. Ich weiß noch, wie spöttisch und dann böse Shukow die Namen anhörte: Großadmiral Dönitz als „Reichspräsident“, Goebbels als „Reichskanzler“, Bormann als Minister für Parteiangelegenheiten, Seyss-Inquart als Außenminister, Generalfeldmarschall Schörner als Oberbefehlshaber des Heeres — derselbe Schörner, dessen Truppen südlich von Berlin verbissenen Widerstand leisteten.

Schon damals war aus Bemerkungen von Marschall Shukow klar, daß von Verhandlungen keine Rede sein konnte. Bald kam die Antwort aus Moskau: Keine Verhandlungen, es sei denn über eine bedingungslose Kapitulation vor den drei Mächten. Diese Antwort bekam Krebs, und da er versetzte, er sei dazu nicht ermächtigt und müsse bei Goebbels und Bormann Rückfrage halten, wurde er aus Tschujkows Stab in den Bunker der Reichskanzlei zurückgeschickt. Goebbels und Bormann weigerten sich bekanntlich zu kapitulieren. Das Schicksal des Dritten Reichs war besiegelt.

Den Kriegsteilnehmern ist der Mai 1945 besonders denkwürdig. Seine weltgeschichtliche Bedeutung reicht aber viel weiter. Leonid Breshnew nannte die Siegestage mit Recht „eine Großtat in der Geschichte der Menschheit“.

Diese Großtat brachte Europa — und nicht nur Europa — den Frieden, den alle Menschen so nötig haben.

PRESSEKONFERENZ ANDREJ GROMYKOS IN PARIS

Am 25. April hielt Außenminister der UdSSR Andrej Gromyko, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, eine Pressekonferenz. Wir bringen den Bericht der TASS darüber.

Ich möchte vor allem die hier versammelten Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen begrüßen. Zuerst werde ich eine Erklärung über die Gespräche abgeben, die hier zwischen dem Präsidenten und dem Außenminister Frankreichs und mir stattfanden, dann werde ich mich bemühen, die Fragen zu beantworten, die Sie mir stellen werden.

Obwohl der Besuch nur kurz war, haben die Gespräche mit den Staatsmännern Frankreichs dennoch recht viele Stunden gedauert. Beide Seiten haben sich davon überzeugt, daß der Besuch und diese Gespräche notwendig waren. Ich glaube, man kann mit Recht sagen, daß nach Ansicht beider Seiten die Gespräche und Verhandlungen nützlich waren. Tatsächlich bestand das Bedürfnis nach einem Meinungsaustausch sowohl zu Fragen der bilateralen Beziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion als auch zu Fragen der Weltpolitik und der internationalen Lage, vielleicht sogar besonders zu Fragen der internationalen Lage und der Weltpolitik.

Eingangs kurz zum Meinungsaustausch über die bilateralen Beziehungen. Beide Seiten haben festgestellt, daß Frankreich und die Sowjetunion einen langen und fruchtbaren Weg bei der Entwicklung ihrer Beziehungen zurückgelegt haben. Was zur Entwicklung der Beziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion bereits getan wurde, ist ohne Übertreibung eine sehr wichtige und große Leistung. Das betrifft sowohl die politischen als auch die wirtschaftlichen Verbindungen, sowohl die kulturelle Zusammenarbeit als auch die anderen Gebiete, auf denen unsere beiden Länder zusammenarbeiten.

Um diese allgemeine These hinsichtlich des Geschäftsverkehrs zu konkretisieren, muß man folgende Tatsache hervorheben: Die Pläne für diese Kontakte zwischen Frankreich und der Sowjetunion, die in dem vorigen Jahr vom Präsidenten Frankreichs, Valéry Giscard d'Estaing, und Leonid Iljitsch Breschnew unterzeichneten Dokument enthalten sind, werden zügig erfüllt, mehr noch, bitte wundern Sie sich nicht: Diese Pläne werden sogar übererfüllt. Und man kann heute mit vollem Recht sagen, daß beide Seiten die vorgemerkten Pläne auf diesem Gebiet erfüllen und vielleicht sogar

übererfüllen werden, wenn sie im Vollbewußtsein der Wichtigkeit des Geplanten an seine Erfüllung herangehen werden.

Kurz, es ist die Meinung der sowjetischen Seite, daß das Gebäude der bilateralen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Sowjetunion stabil genug ist, und wir glauben, daß, wenn beide Seiten danach streben, alle Voraussetzungen dafür bestehen, es noch stabiler als gegenwärtig zu machen. Ich wiederhole: Diese Voraussetzungen bestehen.

Möglicherweise wissen manche Anwesenden, und mancher mag es auch nicht wissen, daß gegenwärtig zwischen Vertretern Frankreichs und der Sowjetunion Verhandlungen über die Möglichkeit des Abschlusses sehr großer neuer Kontrakte geführt werden. Diese Kontrakte betreffen wichtige Bereiche der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion. Wir, die sowjetische Seite, werden alles nur Mögliche und alles von uns Abhängende tun, damit diese Verhandlungen erfolgreich zu Ende geführt werden. Wir glauben, daß dies eine für beide Seiten vorteilhafte Angelegenheit sein wird, für Frankreich und die Sowjetunion von Nutzen und, unserer Meinung nach, zu niemandes Schaden.

Was die internationale Lage und die Weltpolitik betrifft, so sind sie bei den Gesprächen und Verhandlungen eingehend behandelt worden.

Ich möchte damit beginnen, daß beide Seiten feststellten, daß die internationale Lage komplizierter geworden ist. Und man kann sogar sagen: Sie hat sich zugespitzt. Darin stimmen alle überein. Dieser Meinung ist die Führung der Sowjetunion, sie stellt fest, daß sich die Lage kompliziert und zugespitzt hat. Dieser Meinung ist die Führung Frankreichs, dieser Meinung sind Regierungen anderer Staaten.

Da es um die Notwendigkeit geht, die Weltlage zu verbessern, muß man, um diese Aufgabe erfolgreich lösen zu können, eine richtige Vorstellung davon haben, was sie belastet hat. Als in den Gesprächen mit den Staatsmännern Frankreichs diese Ursachen erörtert wurden, stimmten die Ansichten in vielem überein. Ich muß jedoch sagen, daß es auch, zumindest in einigen Fragen, keine Übereinstimmung gab. Doch selbst beim Meinungsaustausch über diejeni-

gen Fragen, in denen die Lage und die Ursachen für die Zuspitzung der Weltlage unterschiedlich beurteilt werden, verlief dieser Meinungsaustausch, wie ich sagen würde, in sachlicher, freundschaftlicher Atmosphäre. Beide Seiten analysierten die Probleme und versuchten, überzeugende Erklärungen zu finden, die der Wirklichkeit entsprachen.

Wir möchten einen Abbau des Unterschieds in den Standpunkten der Seiten zu jenen Fragen erreichen, zu denen unterschiedliche Ansichten zwischen ihnen bestehen, und je größer dieser Abbau sein wird, desto besser. Wir haben den Eindruck, daß der Präsident Frankreichs, der Außenminister und folglich die französische Regierung auch möchten, daß es noch mehr Übereinstimmung gebe, daß sich auch in Fragen der Außenpolitik die Basis für die Zusammenarbeit zwischen den beiden Mächten sowohl in deren eigenem Interesse als auch im Interesse des Friedens und der Entspannung verbreitere.

Da ich die Entspannung erwähnt habe, muß ich noch einige Worte zu diesem Thema sagen. Die Entspannung in der Welt diene gewissermaßen als Achse, um die sich in vieler Hinsicht die Außenpolitik Frankreichs und der Sowjetunion drehte. Wir meinen, daß sie auch in Zukunft die Achse sein muß, da der Kampf um die Entspannung und folglich für den Frieden das ist, woran Frankreich und die Sowjetunion und, nach unserer Überzeugung, auch alle anderen Völker zutiefst interessiert sind. Es gibt kein Volk auf der Welt, das in Spannung leben möchte. Den Interessen aller Völker entsprechen Frieden und Entspannung.

Wir stellten bei den Gesprächen auch diesesmal mit Befriedigung fest, daß Frankreich nach wie vor für Entspannung in der Welt eintritt und daß es in den auswärtigen Angelegenheiten von diesem Kurs nicht abzuweichen gedenkt. Wir, die Sowjetunion, die sowjetische Führung, unsere Partei und das ganze Volk, treten ebenfalls für Entspannung in der Welt ein und gedenken nicht, von diesem Kurs abzugehen, was Leonid Breschnew wiederholt, auch in seinen jüngsten Reden, klar und nachdrücklich betont hat.

Die Anwesenden mögen sich fragen: Gut, wie haben die Seiten denn nun die Frage beantwortet, worin die Hauptursachen für die Zuspitzung der Weltlage bestehen. Es ist schwer, diese Frage mit einigen Worten zu beantworten und erst recht zu versuchen, die Antwort der anderen Seite wiederzugeben. Darum werde ich das nicht auf mich nehmen und Ihnen nur sagen, wie wir diese Ursachen

sehen und welche Antwort wir auf diese Frage geben.

Die Ursachen bestehen, wenn man objektiv urteilt, darin, daß die führenden Kreise einiger Länder — das betrifft vor allem die Regierungen, die den außenpolitischen Kurs dieser Länder bestimmen — beschlossen haben, in ihrer internationalen Politik eine scharfe Wende zu vollziehen. Es ist schwer, irgendein einzelnes Faktum oder Ereignis zu nennen, mit dem diese Wende in der Politik einiger Staaten verknüpft ist. Von dieser Wende zeugt eine Reihe von Tatsachen und Ereignissen. Dabei geht die quantitative Häufung in eine qualitative Veränderung, in qualitative Charakteristika über.

Nichtsdestoweniger macht es keine besondere Mühe, die Hauptetappen und die wichtigsten Tatsachen zu nennen, die von der Veränderung der Außenpolitik einiger Staaten zeugen. Ich wiederhole: Sie sind nicht schwer herauszufinden. Ich werde zwei oder drei solcher Tatsachen nennen.

Lange, bevor die sogenannte Afghanistan-Frage aufkam — es existierte gar keine —, hatten die NATO-Länder, vor allem die USA, beschlossen, eine neue Runde im Wettüsten zu beginnen. Zur gleichen Zeit, da nacheinander die verantwortlichen Vertreter von mehr als hundert Staaten der Welt auf der Tribüne der UNO-Vollversammlung ihre Einstellung und ihre Forderungen nach einer Beendigung des Wettüstens und nach Abrüstung darlegten, zu ebendieser Zeit faßte der NATO-Rat, der sich einige hundert Kilometer von New York entfernt in der USA-Hauptstadt versammelt hatte, den Beschluß, die Militärbudgets enorm zu erhöhen und das Wettüsten jäh zu forcieren. Diese Tatsache erwähnen die Führer jener Mächte nicht gern, die den Beschluß über die Erhöhung der Militärbudgets und die Erweiterung des Wettüstens gefaßt haben, mehr noch, im Westen ist es Mode geworden, diese Tatsache zu verschweigen. Wir täten aber falsch daran, unser eigenes Volk und die anderen Völker nicht daran zu erinnern. Um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß man die Dinge so zeigen, wie sie sind.

Weshalb haben die NATO-Länder diesen Beschluß gefaßt? Damals waren ja beträchtliche Erfolge im Kampf für die Entspannung in der Welt erzielt, war die gesamteuropäische Konferenz beendet, waren Verhandlungen in verschiedenen Gremien über einige Fragen der Abrüstung und der Eindämmung des Wettüstens begonnen worden. In der Vereinbarung des SALT-II-Vertrages waren Fortschritte gemacht.

Und zu diesem Zeitpunkt wird eine so krasse Wende zur Verstärkung des Wettüstens vollzogen. Einfach sagen, daß das eine großangelegte Provokation imperialistischer Politiker war, wäre zu wenig. Der Ausdruck ist nicht so um-

fassend und so negativ, wie diese Aktion der NATO-Länder gemeint ist.

Es fragt sich, welche Bedeutung jenes Dokument hatte und noch hat, das damals in der UNO zu Fragen der Abrüstung und der Reduzierung des Wettüstens angenommen wurde. Eine sehr geringe, und zwar deshalb, weil man dieses Dokument in Washington, noch bevor es das Licht der Welt erblickte, noch bevor es vereinbart und angenommen wurde, faktisch schon zu Grabe getragen hatte. Das Vorgehen Washingtons beim Aufstocken des Militäretats und bei der Eskalation des Wettüstens entwickelt sich sozusagen nach dem Gesetz der Lawine. Fortwährend wird von weiteren Erhöhungen der Militärbudgets, von einer weiteren Verstärkung des Wettüstens gesprochen.

Jetzt möchte ich auf eine zweite Tatsache hinweisen. Wir haben bereits wiederholt darüber gesprochen, es ist aber durchaus angebracht, die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen und über sie die Menschen in anderen Ländern, die unser Wort erreichen kann, erneut darauf aufmerksam zu machen. Es ist kein Geheimnis, daß sich die Lage in Europa bedeutend verschlechtert hat, vor allem infolge eines Schrittes, unternommen von einem Staat, der für diese Verschlechterung wirklich verantwortlich ist — diese Erklärung kann wohl kaum jemand anfechten. Dieser Staat sind die Vereinigten Staaten von Amerika, und es handelt sich um den Beschluß, neue Arten von Atomraketen mittlerer Reichweite in Europa zu stationieren.

Wozu war das nötig? Unmittelbar vor der Bekanntgabe dieses Planes durch Washington hatte der amerikanische Präsident bei seinem Treffen mit Leonid Breschnew in Wien erklärt, daß zwischen den USA und der Sowjetunion und überhaupt, wie man sagt, zwischen Ost und West in militärstrategischer Hinsicht eine Parität besteht. Wenn Parität besteht, weshalb, so fragt man sich, sollte man sie verletzen? In Wien hatte er sich doch gegen eine Verletzung der Parität ausgesprochen. Wir waren gegen eine Verletzung. Beide Seiten stimmten darin überein, daß die sicherste Methode in Fragen der Rüstungsbegrenzung darin besteht, das Prinzip der Parität und der gleichen Sicherheit nicht zu verletzen, nicht zu erschüttern.

Und plötzlich hieß es in Washington, Parität werde erst dann bestehen, wenn dieser Plan in bezug auf Westeuropa realisiert sein wird. Da haben Sie die zweite Tatsache, aus der sich die Zuspitzung der internationalen Lage im allgemeinen und der Lage in Europa im besonderen erklärt.

Alle Behauptungen, daß die Aufstellung dieses Planes auf irgendwelche Maßnahmen der Sowjetunion in bezug auf Arten ihrer Waffen zurückzuführen sei, sind völlig unbegründet, da das übliche Maßnahmen waren, wie sie von

den NATO-Ländern wiederholt getroffen wurden. Zudem waren diese Maßnahmen der Sowjetunion dem US-Präsidenten, dem Pentagon und den anderen NATO-Staaten vor dem Treffen in Wien genau bekannt.

Wozu brauchten die NATO-Länder die Situation in Europa durch den erwähnten Beschluß zu komplizieren? In den Hauptstädten der NATO-Staaten wurde und wird erklärt, daß diese beiden Schritte durch die Absicht der Sowjetunion veranlaßt seien, ihre Rüstungen zu verstärken und die NATO-Länder auf dem Gebiet der Rüstungen zu überrunden, was eine Gefahr für die Welt im allgemeinen und für die NATO-Länder im besonderen darstelle. Das ist völlig unwahr, es ist glatt erfunden.

Von was für einer von der Sowjetunion ausgehenden Gefahr kann die Rede sein, wo sie doch konsequent darauf besteht, die Dinge auf der Grundlage der Parität zu regeln? Was für eine Gefahr kann von der Sowjetunion samt ihren Freunden und Verbündeten ausgehen, wo sie doch unablässig konkrete Vorschläge zur Einstellung des Wettüstens und zur Abrüstung macht, wo sie doch beharrlich den Abschluß des SALT-II-Vertrages unter Wahrung des Prinzips der Gleichheit anstrebt und wo sie die Regierung der USA doch stets von der Notwendigkeit einer Ratifizierung dieses Vertrages zu überzeugen suchte? Was ist denn das für eine Bedrohung? In den Hauptstädten der NATO-Staaten ist die Wahrheit nicht in Ehren, und das schon lange nicht mehr. Will man die Versuche, die Situation so zu verdrehen, beim Namen nennen, so muß man sagen: Das ist eine Irreführung der Völker, eine Irreführung der Öffentlichkeit. Ich wiederhole: Die Behauptung, die Sowjetunion gefährde den Frieden und wolle auf dem Gebiet der Rüstungen einen Vorsprung gewinnen, ist Betrug. Ich könnte auch noch stärkere Ausdrücke gebrauchen, will es aber unterlassen.

Ich möchte auf noch eine Frage eingehen. In einigen Hauptstädten, namentlich solchen der NATO-Länder, behauptet man in letzter Zeit, daß die Afghanistan-Frage und die um Afghanistan entstandene Lage eine wesentliche Ursache der Zuspitzung der internationalen Situation sei, und manche behaupten sogar, daß sie fast die Hauptursache sei.

Erstens ist die Zuspitzung der internationalen Lage, wie ich bereits gesagt habe, durch das krasse Vorgehen der NATO-Länder auf dem Gebiet des Wettüstens, darunter auf dem westeuropäischen Schauplatz, verursacht. Zweitens wird die Afghanistan-Frage künstlich aufgebauscht. Die wirkliche Bedeutung dieser Frage wird übertrieben. Die Afghanisten betreffenden Ereignisse und Vorgänge werden systematisch falsch interpretiert.

Wie steht es in Wirklichkeit mit

Afghanistan? Die Sowjetunion kam Afghanistan zu Hilfe, indem sie auf die wiederholten Bitten der afghanischen Führung wegen der bewaffneten Anschläge auf die Aprilrevolution ein begrenztes Kontingent ihrer Truppen dorthin entsandte. Die Sowjetunion hat ihr Truppenkontingent zeitweilig dorthin verlegt und dazu eindeutig erklärt — Leonid Breschnew hat persönlich unmißverständliche Erklärungen abgegeben —, daß die sowjetischen Truppen aus Afghanistan abgezogen werden, sobald die Ursachen beseitigt sind, wegen derer die afghanische Führung um Entsendung einer begrenzten Anzahl sowjetischer Truppen gebeten hatte. Ich benutze die Gelegenheit, das hier zu bekräftigen. Dieser Gedanke muß jedem Menschen in Frankreich und in anderen Ländern klar werden, der sich für Fragen der Außenpolitik, auch für die Afghanistan betreffenden Tatsachen und die dort entstandene Lage, interessiert.

Aus welchen Gründen hat sich die afghanische Führung mit dieser Bitte an die Sowjetunion gewandt? Die Gründe sind die bewaffneten Einfälle in Afghanistan größtenteils von Pakistan aus. Darüber haben wir mehrfach Erklärungen abgegeben. Das ist weltbekannt. Allerdings tat man in einigen Hauptstädten, als sei dort die Tatsache der Einfälle von Pakistan aus nicht oder kaum bekannt.

Doch jetzt wird diese Tatsache von fast niemandem mehr bestritten. Der Sowjetunion ist sie gut bekannt — glauben Sie mir, sie besitzt gute Informationen darüber —, und es liegt nicht in ihrem Interesse, ungenau über diese Frage zu sprechen. Jede Ungenauigkeit würde bemerkt und demontiert werden. Der afghanischen Führung sind alle Tatsachen gut bekannt. Ihre Armee kämpft gegen die Interventionen, die von Pakistan aus eingebracht sind. In diesem Kampf ist nicht wenig Blut geflossen.

Vor einigen Tagen, vor etwa einer Woche hat der US-Präsident ausdrücklich erklärt, daß den Aufständischen amerikanische Hilfe erwiesen worden ist und geleistet werden wird. Er spricht von Aufständischen. Tatsächlich handelt es sich um diejenigen, die von Pakistan aus eindringen.

Schließlich werden auch diejenigen wissen, die es noch nicht gewußt haben, daß vor einigen Tagen der Präsident Pakistans ebenfalls erklärt hat, daß von Pakistan aus Invasionen verübt werden. Doch sagte er, die Behörden Pakistans seien nicht in der Lage, diese Invasionen zu verhindern. Uns aber ist nicht bekannt, daß sich der pakistanische Präsident an andere Staaten um Hilfe gewandt hätte. Kommen Sie bitte und helfen Sie diese Invasionen verhindern. Die Erklärung, Pakistan sei nicht in der Lage, den Invasionen Einhalt zu gebieten, ist, gelinde gesagt, nicht überzeugend, sie ist unseriös.

In Afghanistan dringen von Pakistan

aus viele Tausend Mann ein, die mit fremden Waffen ausgerüstet sind, welche ihnen ständig geliefert werden. Es ist gut bekannt, von welchen Ländern sie bewaffnet werden. Es ist gut bekannt, wo sie ausgebildet werden und aus welchen Ländern die Ausbilder kommen, wenn ich diese Länder auch nicht nennen werde. In der Sprache der UN-Charta ist dies eine Aggression, eine regelrechte Aggression. Schon dieser Umstand rechtfertigt die Bitte der afghanischen Führung an die Sowjetunion um Hilfe.

In den Gesprächen mit dem Präsidenten und dem Außenminister Frankreichs hoben wir die Tatsache hervor, daß es in Pakistan Dutzende von Lagern gibt, in denen Kontingente aufgestellt, ausgebildet, bewaffnet und dann zum Kampf gegen die legitime Regierung Afghanistans in dieses Land eingeschleust werden. Erst vor kurzem übergaben wir bei unserem Besuch in Delhi der indischen Regierung eine Liste mit den genauen Namen der Lager. Wer, wenn nicht die Vereinigten Staaten, müßte es am besten wissen? Wozu wird das alles getan?

Sehr befremdet sind wir über die Handlungsweise der pakistanischen Führung. Glaubt sie etwa, daß Pakistan daran interessiert sei, mit dem Nachbarstaat Afghanistan ständig in Feindschaft zu leben? Sie ist sich doch sehr wohl darüber im klaren, daß sie die Staatsordnung in Afghanistan nicht ändern kann. Auch kann nicht die Rede davon sein, diesem Land die Unabhängigkeit zu nehmen. Das alles ist ihr wohlbekannt. Daher ist es unverständlich, wie sich die Führung Pakistans die weitere Gestaltung ihrer Beziehungen zu Afghanistan denkt.

Indes besteht die Möglichkeit, die Afghanistan-Frage dadurch zu lösen, daß die Aggression gegen Afghanistan und überhaupt alle Formen der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans von außen her eingestellt werden. Nur so wird eine sichere Grundlage für den Abzug der sowjetischen Truppen geschaffen werden. Wir haben gesagt, daß die Truppen abgezogen werden, sobald die Aggression gegen Afghanistan aufgehört hat. Alles Gerede, daß erst nach dem Abzug der sowjetischen Truppen mit der Erörterung der anderen Fragen begonnen werden könne, ist natürlich trügerisch. Das Gerede darüber ist pure Zeitverschwendung. Das ist einfach unrealistisch.

Trotz der unterschiedlichen Beurteilung der Lage um Afghanistan durch die Sowjetunion und Frankreich muß, alles, was recht ist, gesagt werden, daß die Äußerungen des französischen Präsidenten, auch die öffentlichen, positive Elemente enthalten. Was für welche? Er sagt, niemand dürfe sich von außen in die inneren Angelegenheiten Afghanistans einmischen, die soziale Frage, die Frage der Gesellschaftsordnung Afgha-

nistans sei eine interne Frage und dürfe nur vom afghanischen Volk selbst entschieden werden. Das ist richtig. Der Präsident spricht sich dafür aus, daß Afghanistan ein nichtpaktgebundener Staat sein soll. Bisweilen wird auch das Wort „neutral“ benutzt. Korrekt muß es aber „nichtpaktgebundener“ Staat heißen, da dies eine legitime internationale Kategorie ist, besonders nach der Gründung der Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten. Sowohl wir als auch die afghanische Führung gehen davon aus, daß Afghanistan ein nichtpaktgebundener Staat sein soll.

Wie Sie sehen, bestehen zwischen den Politikern unserer beiden Länder unterschiedliche Meinungen. Die Frage des Truppenabzugs muß richtiggestellt werden, auch in zeitlicher Hinsicht, und man muß den richtigen kausalen Zusammenhang sehen. Der Truppenabzug ist der Abschluß und nicht der Anfang aller Maßnahmen. Die Truppen werden abgezogen, wenn die Aggression eingestellt ist, wenn zwischen Pakistan und Afghanistan friedliche Beziehungen hergestellt sind und wenn das alles gebührend garantiert sein wird.

Hiernach beantwortete Andrej Gromyko Fragen von Journalisten.

Frage: Herr Minister, wie Sie wissen, haben Amerikaner heute morgen versucht, durch eine militärische Aktion die Geiseln im Iran zu befreien. Was können Sie zu diesem Vorfall sagen und wie stehen Sie überhaupt zur Geiselfähre im Iran?

Antwort: Ich kann sagen, daß wir gegen jede wie immer gearteten und überhaupt gewaltsamen Maßnahmen der USA und ganz gleich von welcher Seite gegen den Iran sind. Wir verurteilen solche Maßnahmen ganz entschieden.

Frage: Die Sowjetunion hat gerade ein wichtiges Abkommen mit dem Iran unterzeichnet, und der Außenminister des Irans hat heute erklärt, daß der Iran, wenn sich die Amerikaner in dessen Angelegenheiten einmischen und den Persischen Golf sperren werden, die Sowjetunion um Hilfe bitten wird. Wie beurteilen Sie die Aussichten auf eine Wahrung des Friedens in dieser Region?

Antwort: Zum Teil habe ich diese Frage bereits beantwortet. Bei jenem Teil, der ein eventuelles Ersuchen des Irans um Hilfe an die Sowjetunion betrifft, gehen Sie von einer hypothetischen Situation aus, die heute nicht besteht, und ich brauche diese hypothetische Situation nicht ins Auge zu fassen. Jedenfalls ziehe ich es vor, das nicht zu tun.

Frage: Herr Minister, haben Sie die Absicht, in nächster Zeit Bonn zu besuchen?

Antwort: Ich habe keine solche Absicht, da die Frage nicht aufgeworfen wurde. Außerdem habe ich Bonn unlängst besucht.

Frage: Wurde bei den Verhandlungen in Paris eine Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung zur Sprache gebracht, und ist in dieser Frage ein Fortschritt festzustellen?

Antwort: Ja, sie wurde zur Sprache gebracht. Ich kann feststellen, daß Frankreich und die Sowjetunion für eine solche Konferenz sind. Das befriedigt uns. Als erste Etappe geht es um eine Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen. Das wird eine äußerst wichtige Konferenz. Wir und die französische Seite stimmen darin überein, daß einer solchen Konferenz über Vertrauensmaßnahmen eine andere Konferenz über Fragen der Abrüstung in Europa folgen soll. Auch über diese Frage sind wir uns einig. Ich kann natürlich nicht sagen, daß der Weg zu diesen Konferenzen sehr kurz ist. Offensichtlich wird er nicht kurz sein. Doch die Tatsache, daß mit Frankreich ein Einvernehmen besteht, ist positiv zu werten.

Frage: Wenn es zum Boykott der Olympischen Spiele in Moskau kommt, glauben Sie, Herr Minister, daß sich dadurch die Politik der Sowjetunion den westlichen Ländern gegenüber verändern wird? Und glauben Sie, daß der Besuch Bundeskanzler Schmidts in der Sowjetunion noch stattfinden kann?

Antwort: Ich will zuerst auf die zweite Frage antworten. Wir wissen nicht, wie Kanzler Schmidt über den Besuch in unserem Land, genauer über den Zeitpunkt dieses Besuchs denkt. Wir werden seiner Antwort entgegensehen.

Was den Zusammenhang zwischen der Politik der Sowjetunion und der Olympiade angeht, möchte ich nicht, daß die Anwesenden diese Frage zu einfach auffassen. Unsere Politik ist eine prinzipielle Politik. Sie ändert sich nicht wegen dieser oder jener Ereignisse und aus konjunkturbedingten, zeitweiligen Gründen. Wir meinen, daß Staaten, die Maßnahmen treffen, um ihre Sportler nicht an der Olympiade in Moskau teilnehmen zu lassen, einen Fehler machen. Das ist ein Schlag gegen die olympische Bewegung und in gewissem Grade auch gegen die internationale Lage. Kurz, ich möchte meine Anwesenheit in Frankreich benutzen, um zu erklären: Wir laden Frankreich und die französischen Sportler herzlich nach Moskau ein. Sie werden gastfreundlich aufgenommen werden, und ich glaube, sie werden nicht unzufrieden sein. Diese Worte würde ich gern nicht nur an Frankreich, sondern auch an die anderen Staaten richten, die möglicherweise noch nicht positiv über die Teilnahme an der Olympiade entschieden haben.

Frage: Genosse Minister, welche Aussichten hat heute der Kampf für die Einstellung des Wettrüstens, für die Abrüstung?

Antwort: Für unser Land, für die sozialistischen Warschauer Vertragsstaaten kann ich mit Sicherheit sagen, daß wir

für die Einstellung des Wettrüstens, für die Abrüstung gekämpft haben und kämpfen werden, welche Hindernisse man uns in diesem Kampf auch bereiten mag. Wir haben nicht wenig Vorschläge zur Einstellung des Wettrüstens gemacht und werden das auch in Zukunft tun, weil es heute für die Menschheit kein akuterer und wichtigeres Problem gibt.

Was gewisse andere Staaten anbelangt, so wäre es angebracht festzustellen, daß ihre Politik nicht auf die Einstellung des Wettrüstens, auf die Abrüstung abzielt. Obwohl Politiker dieser Staaten von Zeit zu Zeit Erklärungen für einen Abbau des Wettrüstens abgeben, besteht zwischen diesen ihren Erklärungen und den realen Taten ein himmelweiter Unterschied. Auf einige ihrer realen Taten habe ich hingewiesen. Ich möchte gern eine optimistischere Erklärung abgeben, aber leider ist die Situation nicht danach.

Es liegt uns aber fern, uns fatalistischen Stimmungen hinzugeben. Fatalismus ist unserer Außenpolitik fremd. Wir meinen, daß die ureigenen Interessen der Völker den Kampf für Abrüstung fordern, und früher oder später muß dieses Problem gelöst werden. Offensichtlich wird das in Etappen geschehen. Viel wird davon abhängen, wie beharrlich die gesellschaftlichen Kräfte, in erster Linie die Personen, die die Außenpolitik bestimmen, für die Einstellung des Wettrüstens kämpfen werden. So würde ich diese Frage beantworten.

Frage: Es gibt eine Frage, Herr Minister, die Sie hier nicht angeschnitten haben. Ich meine den Faktor China und die Rolle Chinas bei der Verschlechterung der internationalen Lage. Es heißt, daß es in letzter Zeit zu einer Mäßigung der Außenpolitik Chinas gekommen sei. Was können Sie dazu sagen?

Antwort: Ich möchte damit beginnen, daß wir, die sowjetische Führung, keine Mäßigung der chinesischen Außenpolitik festgestellt haben. Nach wie vor ist das eine Politik, die auf die Zuspitzung der internationalen Lage ausgerichtet ist. Soweit es um die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China geht, zielt diese Politik darauf ab, allem auszuweichen, was einer Verbesserung und Entschärfung dieser Beziehungen förderlich wäre. Außenpolitisch applaudiert die chinesische Führung bei beliebigen Schritten mancher Staaten des Westens zu einer Verstärkung des Wettrüstens sowie zu allen militaristischen Aktionen gegen andere Länder und Völker.

Ist das etwa eine Mäßigung der Außenpolitik Chinas? Wir hätten eine solche als positiven Faktor begrüßt. Wir wären zufrieden, wenn Peking in internationalen Angelegenheiten, in Fragen des Kampfes für Abrüstung, und in den Asien betreffenden Fragen und in

anderen weltpolitischen Fragen eine vernünftigere Haltung einnähme. Ich kann heute nicht verantwortlich erklären, daß Peking in den auswärtigen Angelegenheiten wirklich eine vernünftigere Haltung angenommen hat. Das ist vorerst nicht der Fall.

Frage: Welche Bedeutung mißt die Sowjetunion dem bevorstehenden Treffen in Madrid bei?

Antwort: Die Sowjetunion mißt ihm große Bedeutung bei. Wir möchten, daß die Atmosphäre in Madrid anders, positiver sei als auf der KSZE-Konferenz in Belgrad. Wir glauben, es wäre ein wichtiger Schritt, wenn die Teilnehmerstaaten des Madrider Treffens in der guten Absicht dorthin kämen, wirklich eine Annäherung der Standpunkte wenigstens in einigen Fragen zu suchen, die sich aus der in Helsinki unterzeichneten Schlußakte ergeben. Und sie können überzeugt sein, die Sowjetunion wird alles tun, um einen positiven Beitrag zur Madrider Konferenz zu leisten. Soweit uns bekannt ist, nehmen die Freunde der Sowjetunion aus dem Warschauer Vertrag den gleichen Standpunkt ein.

Frage: Könnten Sie auf die Frage antworten, wie Sie über die amerikanische Aktion im Iran denken? Sind Sie der Ansicht, daß die Lage der amerikanischen Geiseln in Teheran ernst ist? Und kann die UdSSR nicht zur Befreiung der Geiseln beitragen?

Antwort: Wir verurteilen diese Aktion. Wir glauben nicht, daß derartige Aktionen zur Lösung des Problems führen können. Der einzig gangbare Weg ist seine friedliche Lösung. Diesen Weg müssen die USA denn auch gehen. Was Hilfe anbelangt, so bittet uns erstens niemand darum. Und zweitens haben wir unsere Einstellung zur Geiselfrage schon früher dargelegt. Sie hier zu wiederholen, ist unnötig.

Frage: Was könnten Sie zum gegenwärtigen Stand der Nahostregelung sagen?

Antwort: Zur Nahostregelung — ein schwieriges Problem. Aber dennoch möchte ich kurz folgendes sagen: Die Nahostregelung kommt nicht vom Fleck. Was sich jetzt mit den Verhandlungen zwischen Israel, Ägypten und den Vereinigten Staaten von Amerika tut, ist kein Weg zur Bereinigung der Frage, nicht einmal hinsichtlich des Westjordanufers. Nennt man diese Verhandlungen beim Namen, so sind das Verhandlungen der Beteiligten mit sich selbst. In Wirklichkeit geht es dabei um die Erhaltung des Besatzungsregimes. Selbstverständlich sind wir entschieden gegen einen solchen Ausgang der Verhandlungen. Unser Standpunkt lautet: Erstens vollständige Räumung aller 1967 von Israel besetzten arabischen Gebiete. Zweitens müssen die legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina

respektiert werden. Ihm darf die Bildung eines selbständigen Staates, und sei er noch so klein, nicht verweigert werden. Drittens müssen alle Länder des Nahen Ostens das Recht auf freie und unabhängige Existenz und Entwicklung haben.

Das sind, so möchte ich sagen, die drei Säulen unserer Nahostpolitik. Wir vertreten diesen Standpunkt jetzt und werden das auch in Zukunft tun. Es befriedigt uns, daß mehrere Länder in der Nahostfrage einen nüchternen Standpunkt vertreten. Wir unterstützen sie, und sie unterstützen uns. Ich möchte, daß auch die Staaten, die in der Nahostfrage noch nicht zu einer realistischen Politik übergegangen sind, ihre Politik korrigieren, also auf den Boden der Realitäten zurückfinden.

Frage: Sie wissen, daß wir in Frankreich immer für den Geist der olympischen Bewegung eingetreten sind. Wie bewerten Sie aber angesichts der jüngsten Ereignisse die Möglichkeit einer Absage der Länder der „Neun“, darunter auch Frankreichs, an den Olympischen Spielen teilzunehmen? Sind Sie der Ansicht, daß es noch eine

Möglichkeit gibt, durch multilaterale Verhandlungen, die mit einer Regelung des Afghanistan-Problems durch Abzug der sowjetischen Truppen enden könnten, aus der entstandenen Situation herauszukommen?

Antwort: Wir möchten, daß sich die internationale Lage bessert, es sieht aber nicht danach aus, daß die Staaten, von denen das abhängt, Maßnahmen treffen werden, damit sich die internationale Lage zum Besseren wendet. Ich möchte mich nicht weiter zu diesem Thema äußern. Aber was wollen wir hier herumräteln, ob die Staaten der „Neun“ eine Teilnahme an den Olympischen Spielen ablehnen werden, genauer, ob die Sportler dieser Länder unter dem Druck der Regierungen eine Beteiligung an den Olympischen Spielen ablehnen könnten? Sollte das passieren, so könnten wir es nur bedauern und sogar die Sportler bemitleiden, weil wir wissen, wer der Hauptmotor ist, der auf eine Erschwerung der Lage bezüglich der Olympiade hinarbeitet.

Frage: Ich möchte Ihnen eine heikle Frage stellen. Was meinen Sie wohl, wie sich die Sowjetunion verhalten

würde, wenn eine Gruppe islamischer Studenten sowjetische Vertreter als Geiseln nähme? Würde die Sowjetunion die Hände in den Schoß legen?

Antwort: Ich merke schon, daß Sie lange überlegt haben, bevor Sie Ihre Frage stellten. Meiner Meinung nach aber nicht sehr erfolgreich.

Frage: Ist ein Besuch Leonid Breshnews in Paris geplant?

Antwort: Bekanntlich war Leonid Breshnew von Präsident Giscard d'Estaing eingeladen worden. Während unserer Gespräche hier in Paris hat der Präsident diese Einladung in Erinnerung gebracht. Ich habe im Namen von Leonid Breshnew gesagt, daß er an diese Einladung denkt und zu gegebener Zeit den Besuch mit Vergnügen absetzen wird. Was den Zeitpunkt des eventuellen Besuches anbelangt, so muß er noch erörtert und zwischen den Seiten über die diplomatischen Kanäle abgestimmt werden.

Abschließend dankte Andrej Gromyko den Anwesenden und sprach die Hoffnung auf eine objektive Berichterstattung über die Pressekonferenz aus.

GEMEINSAME MITTEILUNG

über den Besuch Andrej Gromykos in Frankreich

Auf Einladung der französischen Regierung weilte A. A. Gromyko, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Außenminister der UdSSR, vom 23. bis 25. April d. J. zu einem Arbeitsbesuch in Frankreich.

Gromyko führte Gespräche mit dem französischen Außenminister François-Poncet. Er wurde vom Präsidenten der Französischen Republik, Giscard d'Estaing, zu einer Unterredung empfangen.

Bei den Gesprächen kam es zu einem offenen und gründlichen Meinungsaustausch.

Verschiedene Aspekte der bilateralen Beziehungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur wurden erörtert. Die Seiten wünschen sich einen weiteren Ausbau dieser Beziehungen.

Die Minister konzentrierten sich auf den derzeitigen Stand der internationalen Beziehungen. In diesem Zusammenhang legte jede Seite ihren Standpunkt zur Afghanistan-Frage dar.

Die Seiten erörterten Vorbereitung und Aussichten des Madrider Treffens und äußerten den Wunsch, es

möge in einer Atmosphäre verlaufen, die nützliche Ergebnisse ermöglicht und damit den Erfolg sichert.

Zu den militärischen Aspekten der Sicherheit und Abrüstung in Europa sprachen die Seiten den Wunsch aus, daß man sich in Madrid über Ziele, Inhalt und Modus einer entsprechenden Konferenz einigt.

Erneut stellten die Seiten fest, daß Maßnahmen für eine allgemeine, wirksame und kontrollierte Abrüstung getroffen werden müssen.

Die Lage im Nahen Osten und in verschiedenen Teilen Asiens und Afrikas wurde besprochen.

Die Seiten messen unter den gegenwärtigen Bedingungen dem Besuch des Außenministers der UdSSR in Frankreich besondere Bedeutung bei. Sie äußerten beiderseitiges Interesse an der Fortführung der Kontakte zwischen den beiden Ländern.

Gromyko lud den französischen Außenminister François-Poncet zu einem Besuch in die Sowjetunion ein. Die Einladung wurde dankend angenommen. Der Zeitpunkt für den Besuch wird noch vereinbart.

Ich habe gelesen, die Sowjetunion habe den westlichen Staaten 1954 ihren Beitritt zur NATO vorgeschlagen. Wie vereinbart sich das damit, daß die UdSSR ein friedliebender Staat, die NATO aber ein aggressiver Block ist?

A. MUSNIZKI
Fergana, UdSSR



Es diskutiert das
Mitglied des
NZ-Redaktions-
kollegiums
Wladlen
KUSNEZOW

Ihre Frage berührt Ereignisse, die länger als 30 Jahre zurückliegen. Die Nordatlantikunion, die NATO, wurde 1949 gegründet. Dafür wie überhaupt für den kalten Krieg gegen die UdSSR gleich in den ersten Nachkriegsjahren gab es nicht den mindesten Grund. Man versuchte dieses Vorgehen mit „sowjetischem Expansionismus“ zu begründen. Indessen hielt sich die „aggressive“ Sowjetunion peinlich genau an alle Abmachungen zwischen den Mitgliedern der Antihitlerkoalition und richtete ihre Politik auf Weiterführung und Vertiefung der während des Krieges begonnen Zusammenarbeit aus. Die UdSSR verminderte die Zahl ihrer Streitkräfte und verzichtete auf Militärstützpunkte auf fremdem Territorium.

Darauf reagierten die westlichen Mitglieder der Antihitlerkoalition mit atomarer Erpressung, mit tückischen Plänen für einen Überfall auf ihren Verbündeten im Krieg gegen den Faschismus und schließlich mit der Gründung eines Blocks, der gegen die Sowjetunion gerichtet war. Diesen aggressiven Block stellten sie als „defensiv“ hin.

Wie sollte die Sowjetunion darauf reagieren? Natürlich hätte sie als Gegengewicht sofort eine eigene Verteidigungsorganisation aufbauen können. Das wäre gerechtfertigt gewesen. Aber die Gegenmaßnahme wurde erst sechs Jahre später, 1955, mit dem Warschauer Vertrag getroffen. Die Sowjetunion hatte nicht sofort nach dem Prinzip „Speerspitze gegen Speerspitze“ gehandelt, sondern zunächst nach gegenseitig annehmbaren Lösung gesucht, die verhindern sollen, daß die Welt in gegensätzliche Militärblöcke gespalten wird, denn das mußte unweigerlich eine langandauernde militäri-

sche Konfrontation, die Gefahr einer direkten Konfrontation und des Wettwüstens nach sich ziehen. Die Sowjetunion machte sich über die „Defensivität“ der NATO keine Illusionen und war fest entschlossen, das Schlimmste zu verhindern.

Auf unermüdliches Betreiben der Sowjetunion fand im Januar/Februar 1954 in Berlin eine Konferenz der Außenminister der UdSSR, der USA, Frankreichs und Großbritanniens statt. Moskau schlug den Teilnehmern einen Gesamteuropäischen Vertrag über kollektive Sicherheit in Europa vor. Das lehnten die drei Westmächte jedoch ab. Bald nach der Konferenz übersandte die Sowjetregierung ihren Partnern aus der Antihitlerkoalition eine Note, in der die Mitgliedschaft der UdSSR im Nordatlantikpakt angeboten wurde. Die Sowjetunion ließ sich dabei von dem Gedanken leiten, wenn dieser Pakt, wie seine Organisatoren versichern, ausschließlich der Verteidigung diene, dürften sie nichts Besonderes dagegen einzuwenden haben. Doch in der NATO wurde das als propagandistischer Schritt gewertet. Dabei war ihren Mitgliedern hier eine ausgezeichnete Gelegenheit gegeben, ihre Friedensliebe und ihren guten Willen zu beweisen. Sie taten jedoch das Gegenteil.

Sehen wir uns doch einmal an, was auf das Konto der NATO-Mitglieder unter der Ägide der USA kommt. Das Koreaaufstand und der schmutzige Krieg der USA in Indochina. Frankreichs Kolonialkrieg in Algerien. Die britisch-französisch-israelische Aktion gegen Ägypten. Die Intervention der USA in der Dominikanischen Republik. Das bewaffnete Vorgehen gegen Kon-

go, das das belgische Kolonialjoch abgeworfen hatte. Die Versuche, das portugiesische Kolonialreich in Afrika zu retten. Das Unternehmen „Prometheus“ faschistischer Aufrührer in Griechenland. Die Verschwörung gegen Zypern. Die militärische Intervention in Zaire. Augenblicklich werden in der NATO Intrigen gegen Iran und Afghanistan gesponnen.

Zwischen 1945 und 1977 unternahmen die USA und ihre 14 NATO-Verbündeten 115 bewaffnete Aktionen, 22 davon nach 1970, als der Entscheidungsprozeß schon begonnen hatte.

Die Sowjetunion und die anderen Mitglieder des Warschauer Vertrages haben in all diesen Jahren alles in ihren Kräften stehende getan, damit sich die Konfrontation nicht verhärtet. Jahr für Jahr schlagen sie vor, die NATO und den Warschauer Vertrag oder fürs erste ihre Militärorganisationen aufzulösen. Da die NATO zu solchen weitreichenden Kardinallösungen nicht bereit ist, empfiehlt die Sowjetunion auch weiterhin andere Maßnahmen, die sich bei gutem Willen und ohne aggressive Absichten recht leicht verwirklichen ließen, zum Beispiel einen Nichtangriffspakt zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages (zum erstenmal 1958 vorgeschlagen).

Die Führer der NATO lehnen das alles ab! Das hindert die Sowjetunion jedoch nicht, nach Wegen zur Minderung der militärischen Konfrontation und zur Zügelung des Wettwüstens zu suchen. Anders läßt sich der dauerhafte Frieden, nach dem sich die Menschheit so sehr sehnt, nicht gewährleisten.



Was wird z. Z. in Polen für die Lösung des Wohnungsproblems getan?

A. Kurpewski
Minsk, UdSSR

Im letzten Jahrzehnt ist es mit dem Wohnungsbau in Polen merklich vorangegangen. In den 70er Jahren entstanden hier etwa 2,7 Mio Wohnungen, 1 Mio mehr als 1961—1970. 9 Millionen, mehr als einem Viertel der Bürger des Landes, konnten neue Wohnungen zugewiesen werden, denn es entstanden über 160 Wohnungsbaukombinate. Bei der Errichtung dieser modernen Basis wurde Polen von der Sowjetunion unterstützt.

Aber in Polen werden für die vielen jungen Menschen noch viele neue Wohnungen gebraucht. Im vergangenen Jahrzehnt wurden im Jahresdurchschnitt 320 000 Ehen geschlossen. Auf dem VIII. Parteitag der PVAP im Februar d. J. wurde beschlossen, bis Ende der 80er Jahre jeder polnischen Familie eine eigene Wohnung zu geben. Im nächsten Jahrzehnt sollen 1,7 Mio neue Wohnungen bezogen werden.

PS

Verschwinde, oder...



Der ehemalige US-Vizepräsident Spiro Agnew, der 1973 abdanken mußte, weil er der Korruption beschuldigt wurde, hat ein Buch unter dem Titel „Verschwinde, oder...“ herausgegeben. Er schreibt darin, er habe die Beschuldigung widerlegen wollen, es aber unterlassen, weil ihm der damalige Personalchef im Weißen Haus Haig (der spätere Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa) gedroht habe, wenn er nicht „in aller Stille verschwinde“, werde es ihm an den Kragen gehen. Agnew schreibt, er habe um sein Leben gebangt, weil er nur zu genau wußte, was der US-Geheimdienst macht, wenn er einen der Regierung unliebsamen Menschen aus dem Wege räumen will. Zur Auswahl stünden ein Autounfall, ein Selbstmord etc.

Übereilte Auszeichnung

Sadat und Begin werden — so der Londoner „Observer“ — ihre Verhandlungen bestimmt nicht termingemäß bis zum 26. Mai zu Ende führen. Falls sie sich über die „Autonomie für die Palästinenser“ nicht einigen sollten, könne das Nobelpreisinstitut in Oslo zu dem Schluß kommen, daß es sich „im Dezember 1978 übereilte“, als es den beiden den mit 85 000 Pfund Sterling dotierten Nobel-Friedenspreis zusprach. Ein Vertreter des Instituts habe geklagt: „Manche nehmen das Geld nicht an, aber

noch nie hat jemand gesagt, er wolle es zurückzahlen.“

Paradies mit Schattenseiten

König Taufa'ahau Tupou IV. (Tonga) besuchte im vergangenen Herbst die BRD. Sein Königreich besteht nur aus einigen Pazifikinseln mit 700 km² Gesamtfläche. Der König rühmte aber das paradiesische Klima und die üppige, exotische Natur. Daraufhin bekam die Botschaft von Tonga, die für ganz Westeuropa zuständig ist und sich in London befindet, von deutschen Bundesbürgern eine Unmenge Einwanderungsgesuche. Der erste Legationssekretär, Hauptmann Maulupekotofa Tuipa, erklärte, über Touristen würde sich Tonga freuen, aber Einwanderer nehme es nicht auf, weil im Königreich sehr schwer Arbeit zu finden sei, weil es zu wenig fruchtbaren Boden gebe und die Steuern hoch seien.

Wohlerzogene Automaten?



Die japanische Firma Matsushita Reiki hat einen sprechenden Verkaufsautomaten entwickelt, der die Kundschaft mit einer lieblichen Frauenstimme begrüßt, mitteilt, was bei ihm zu haben ist und zu welchem Preis, unaufdringlich bittet, ein paar Yen zuzulegen oder das herausgegebene Geld nicht zu vergessen, und sich sogar bedankt. Die altmodischen „sprachlosen“ Automaten schluckten oft Münzen, ohne mit der Ware heraus-

zurücken. Deshalb möchte die Londoner „Financial Times“ wissen, was die liebliche Frauenstimme bei einer solchen Panne sagen wird.

Knalleffekt

Neben den von der Krise heimgesuchten britischen Firmen gibt es auch glückliche Ausnahmen. Eine solche ist die Gesellschaft Tom Smith in Norwich, die es sich vor kurzem viel Geld kosten ließ, die Erzeugung von Knallbonbons zu automatisieren. Einer der Besitzer sagte zu einem Reporter von der „Financial Times“, selbst in den schwersten Zeiten, sogar in der großen Krise, hätten die Leute immer Silvester mit Knallbonbons gefeiert und würden es auch weiter tun.

Der Soldate, der schönste Mann im Staate

Unlängst brach in den USA ein Skandal los, als eine amerikanische Soldatin als Fotomodell für den „Playboy“, das „Magazin für den Herrn“, posierte. Jetzt sucht das „Playgirl“, ein ebenfalls in den USA erscheinendes „Magazin für die Dame“, unter den männlichen Soldaten und Polizisten Fotomodelle, denn die Inhaber glauben, daß infolge des herrschenden Hurratriotismus Soldaten im Adamskostüm großen Anklang finden werden.

Unter Aufsicht...

Vor den Sommerferien wirbt ein kanadisches Reisebüro für Touren nach Israel. Man könne da nicht nur die Sehenswürdigkeiten genießen, sondern auch malen, sogar in den Straßen von Jerusalem, dort allerdings nur unter „Anleitung israelischer professioneller Maler“. In Kanada spottet man, ob nicht vielleicht unter Aufsicht professioneller Okkupanten des besetzten arabischen Teils von Jerusalem.

Schlaf, Kindchen, schlaf



Auch in England sind Babysitter immer schwerer zu bekommen. Der Wissenschaftler Richard Zawadski, der die von seinem schreilustigen kleinen Töchterchen verursachten schlaflosen Nächte nicht mehr aushalten konnte, baute sich einen elektronischen Babysitter. Dieser schaltet sich beim Schreien des Babys ein und beruhigt es mit der Stimme von Vater oder Mutter. Jetzt arbeitet Zawadski an einem Computer, dem er Märchen und Gedichte für größere Kinder eingeben will.

Auch wer schläft, sündigt

Der Rat der englischen Grafschaft Berkshire hat eine Verfügung beschlossen, laut der Personen, die in Lesesälen einschlafen, beim ersten Mal verwahrt werden und bei einer Wiederholung des Vergehens 20 Pfund Sterling Strafe zahlen müssen. Warum? Sie nehmen Plätze ein, die für Leser gebraucht werden, und stören durch Schnarchen.

Nostalgie mit Hintergründen

Der Engländer Frank Goodman ging unlängst nach Nordkanada, um — die alte Kultur der Eskimos wiederzuerwecken. Schuld an ihrem schweren Los seien die Motorboote, die die Kajaks aus Tierhäuten verdrängt hätten. Goodman findet, sie müßten wieder Kajaks haben — allerdings aus dem Fibroglas seiner Firma.

Zeichnungen: V. Rosanzew

NEUE ZEIT
НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ
ПРЯМО В КАЖДОЕ СТРАНА

AEROFLOT LÄDT SIE EIN
ZU EINER INTERESSANTEN REISE NACH MOSKAU,
DER HAUPTSTADT DER
OLYMPISCHEN SPIELE 1980

Sie werden großartige Geschichts-, Architektur- und Kulturdenkmäler sowie neue Wohnviertel sehen, können weltbekannte Theater, Museen und Ausstellungen besuchen. Auch andere Städte der Sowjetunion erwarten Sie.

Näheres über die interessantesten Reiserouten erfahren Sie in jeder Vertretung bzw. Agentur von Aeroflot und Intourist.



MOSKAU ERWARTET SIE!



OFFICIAL OLYMPIC CARRIER

АЭРОФЛОТ

Soviet airlines

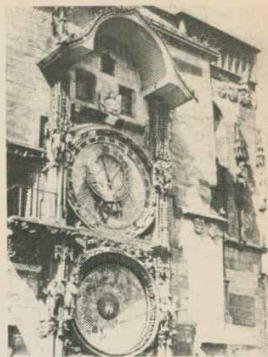


Im Objektiv: PRAG



Prag ist ohne den Hradschin und den Staroměstské-Platz ebenso unvorstellbar wie Moskau ohne den Kreml und den Roten Platz. Jeder Ankömmling will vor allem den Hradschin und die Turmuhr auf dem Prager Rathaus bewundern.

Von diesem Turm aus hat man an klaren Tagen einen unbeschreiblichen Ausblick. Unten ein Meer graugrüner und rötlicher Ziegeldächer, über dem hier und da die Türme gotischer Kirchen aufragen.



Die berühmte Prager Rathausuhr

Zu jeder Jahreszeit schön, ist die Stadt an der Vltava im Mai besonders prächtig, wenn die Gärten und Parks herrlich blühen.

Dieses Jahr im Mai feiern die Einwohner Prags und der ganzen Tschechoslowakei ihr größtes Fest: Vor 35 Jahren kamen

An einem sonnigen Maitag

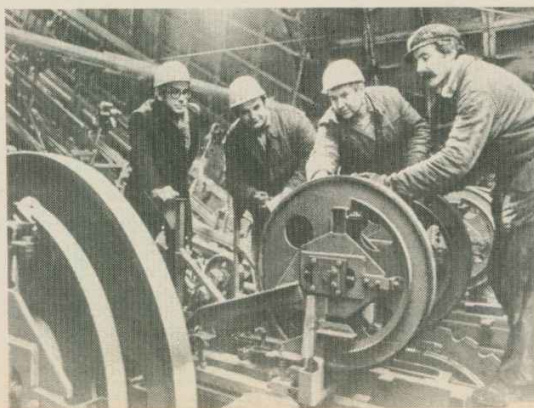


Alles blüht

Altes und junges Prag



Auf einer neuen Station der Prager U-Bahn wird die Rolltreppe eingebaut



sowjetische Panzer Prag zu Hilfe, das sich gegen die Nazis besitzer erhoben hatte.

Seit 1945 ist viel Wasser unter den schönen Prager Brücken hindurchgeflossen. Auf früheren Ödländereien sind Neubauviertel entstanden. Unter den Straßen der Altstadt befinden sich die Tunnels der U-Bahn, die hier ein Bau der tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaft genannt wird. Das Goldene Prag ist verjüngt, es ist noch schöner geworden.

Fotos: TASS und ČTK